

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragener in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Spalte  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag den 27. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Unter Hinweis auf den Aufruf des Parteivorstandes vom 10. Oktober erinnern wir die Vertrauensleute, Agitationskomitees, Provinzial- und Landesvorstände daran, daß sämtliche in Umlauf befindlichen

### Petitionslisten gegen den Brotwucher

nach im Laufe dieses Monats an die Adresse:  
 Buchdruckerei Max Bading,  
 Berlin SW. 19, Benthstr. 2  
 einzufenden sind.

### Befreiung vom Freisinn?

Lebhafter als je richtet diesmal die Berliner Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit auf die Stadtverordneten-Wahlen. Hat doch die Regierung wieder einmal unsere Geschäfte vortrefflich besorgt und die sonst in Kommunal-Angelegenheiten leider viel zu gleichgültigen Volksmassen gar gründlich aufgerüttelt, gleichzeitig aber den Beherrschern des Rathhauses, den Freisinnigen, die schönste Gelegenheit gegeben, ihre ganze politische Unzuverlässigkeit zu offenbaren. Das bisher demokratische Jutis, mit dem sich der Freisinn so gern herausputzt, hielt nicht fest, als er der Reaktion Widerstand leisten sollte. Nur unsere Partei war es, die mit voller Entschiedenheit und ohne jede Rücksicht auf „oben“ für die Wahrung der Volksrechte eintrat, deren Schutz einst auch der Liberalismus auf seine Fahne geschrieben hatte.

Doch — das war einmal! Heute ist der Freisinn so weit herunter, wie es ihm 1863 Schulze-Delisch vorausgesagt hatte, als er schrieb: „daß die Bourgeoisie bereit ist, aus Furcht vor der socialen Bewegung auf die politische Freiheit zu verzichten.“ Der Freisinn vertritt wie jede andere kapitalistische Partei nichts als die Interessen der bestehenden Klasse. Da die ihm zugehörige Schicht im wirtschaftlichen Gegensatz zu anderen Schichten steht, erstrebt sie gewisse politische Freiheiten, um durch sie wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Sobald aber diese Freiheiten auch der Arbeiterklasse Vorteile verschaffen, giebt der liberale Bürger gern alle politischen Rechte preis, wenn er sich dafür die wirtschaftliche Macht über die besitzlose Klasse unbeschränkt erhalten kann.

Das hatte sich so recht deutlich wieder gezeigt, als vor zwei Jahren im preussischen Abgeordnetenhaus die Umgestaltung des Kommunal-Wahlrechts verhandelt wurde. Damals beantragten unsere Genossen im Rathhaus, an den preussischen Landtag eine Petition zu richten, zwecks Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeindevahlen. Dieser doch für einen Liberalen scheinbar selbstverständliche Antrag wurde aber am 19. Dezember 1900 von sämtlichen Nicht-Socialdemokraten bis auf zwei abgelehnt und zwar deshalb, weil die liberale Mehrheit erklärte, daß erst die Gehässigkeit in der Gemeinde und eine Steuerleistung das Wahlrecht begründen. Mit besonderem Nachdruck wurde noch hervorgehoben, daß die Forderung eines allgemeinen Wahlrechts für die Kommune „niemals in einem freisinnigen Programm gestanden habe“. Der Wortführer der großen Fraktion begründete die Notwendigkeit der Steuerleistung und Gehässigkeit damit, daß „sonst die Gefahr drohe, es könnten von Mizdorf oder von Weissenherher tausende Schlafbusen nach Berlin heringebracht werden, die dann über das Vermögen der Berliner Bürgerschaft zu entscheiden hätten. Nach einiger Zeit gehen sie dann wieder weg; sie hätten selbstredend gar kein Interesse daran, ob durch ihre indirekte Mitwirkung hier so und so viele Millionen neuer Schulden aufgenommen werden.“

Da haben wir glücklicherweise wieder die Wassermannschen Gestalten, die schon 1848 der Liberalismus als Schreckbild aufmarschieren ließ, als er nach einem Vorwand suchte, um seine Prinzipien im Stich zu lassen!

Ja, wo der Freisinn die Macht hat, sorgt er nicht für eine Ausdehnung, sondern für eine Einschränkung der Volksrechte! Die Schmach von Kiel bleibt dem Freisinn unvergessen! Als es dort 1865 unseren Genossen gelungen war, endlich zwei Vertreter in die Gemeindeverwaltung zu entsenden, erhöhte dessen liberale Mehrheit schamlos den Wahlcensus von 600 M. auf 1200 M., so daß die Arbeiter rechtlos wurden. Als schon vorher in Gedenkförde eine solche Erhöhung des Wahlcensus stattgefunden, hatte das Ober-Verwaltungsgericht dies nicht für zulässig erklärt. Trotzdem aber blieb der Kieler Freisinn bei seinem Entschluß. Gleichzeitig kam die gesamte reaktionäre Presse dem Freisinn zu Hilfe — hatte er doch bewiesen, daß er Fleisch war von ihrem Fleisch. Ebenso laßen die vom preussischen Ministerium des Innern erteilten „Berliner Politischen Nachrichten“ dem Ober-Verwaltungsgericht den Text und erklärten dessen Entscheidung für „höchst bedauerlich und vom staatsverhaltenden Standpunkt nicht zu rechtfertigen. Nötigenfalls sei unter Inanspruchnahme der Gesetzgebung für den erforderlichen Schutz der Gemeindevertretungen gegen socialdemokratische Ueberflutung zu sorgen.“

So schrieb 1899 das offiziöse Regierungsblatt! Am 18. Oktober 1895 aber hatte bereits die „Freisinnige Zeitung“ die Kieler Wahlrechts-Attentate damit gerechtfertigt, „daß derjenige, welcher gar nichts, auch nicht den geringsten Steuerbeitrag beiträgt zu den Kosten des Gemeinwohl, auch kein Recht beanspruchen kann, in kommunalen Angelegenheiten mitzubestimmen und über den Geldbeutel der Steuerzahler zu verfügen.“ Kein Wunder, daß dieser vereinten Erkenntnis aller

kapitalistischen Richtungen schließlich auch das Ober-Verwaltungsgericht seine Anerkennung nicht verweigerte und am 22. Oktober 1900 die Entrechtung der Kieler Arbeiter als ganz gesetzmäßig erklärte!

Konservative und Freisinnige unterscheiden sich, wie man sieht, nur darin, daß die ersteren ehelich und offen ihre reaktionären Ansichten aussprechen. Die „Kreuz-Zeitung“ hat ganz recht, als sie neulich über die in einem liberalen Blatt erhobene Forderung, die städtischen Klassenwahlen zu beseitigen, spottete und schrieb: „Wäre es dem Freisinn mit dieser Forderung ernst, so würde er in Berlin und andern Großstädten gar bald das Gest aus den Händen und an die Socialdemokratie geben müssen. Man wird also mit dem rein platonischen Charakter dieser Forderung zu rechnen haben.“

So ist es! Die Macht, die der Geldsack im Wirtschaftsleben verleiht, will die bestehende Klasse, selbst wenn sie sich freisinnig nennt, auch in der Stadtverwaltung ausüben. Weis sie doch ganz genau, daß ihr sociales Sündenregister riesengroß ist und ihr daher nichts übrig bleibt, als jede sociale Verpflichtung gegen die ärmere Bevölkerung abzuleugnen! Wenn neulich eine Leuchte des Freisinn sich beklagte, daß die Arbeiter nicht einmal „danke schön!“ sagten, wo doch die Stadt so wohlthätig gegen sie sei, so ist das nicht, wie einige liberale Blätter glauben machen wollen, eine Entgeißlung jenes Mannes, sondern nur das offene Bekenntnis der liberalen Anschauungen. Oder ist nicht selbst der linke Flügel des Freisinn davon überzeugt, daß das Kapital nicht ein Mittel zur Ausbeutung der Besitzlosen, sondern eine heilig zu haltende Grundlage dieser und aller kommenden Gesellschaftsordnungen sei? Ist nicht das Ideal des Herrn Eugen Richter jene freie Konkurrenz, jenes freie Spiel der Kräfte, das erbarmungslos den wirtschaftlich Schwächeren vernichtet zu Gunsten des Stärkeren?

Nur wo die Angst vor dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht ihre erzieherische Wirkung ausübt, nur im Reichstage, läßt sich der Freisinn von uns wenigstens zu einigen Zugeständnissen auf socialdemokratischem Gebiet pressen — aber derselben eisernen Notwendigkeit beugen sich ja auch die Junker!

Und im städtischen Dreiklassen-Hause schmelgte der Freisinn jahrzehntelang in Nichterfüllung seiner socialen Pflichten, bis ihn die stets steigende Zahl socialdemokratischer Stadtverordneten auch hier zu Zugeständnissen zwang. Wie lärglich aber sind sie! Dieselben Liberalen, die Goethe und Schiller als die Ihrigen reklamieren, sorgen noch heute nicht dafür, daß die Volksschulen selbst nur dem Maßstab entsprechen, den die doch gewiß nicht „freigeistige“ Regierung an die Volksbildung legt. Viele Tausende von Schülern haben nicht einmal ein Klassenzimmer — und daß der Unterricht in den sogenannten „fliegenden Klassen“, denen kein eigener Raum zur Verfügung steht, leidet, ist notorisch. Dabei kommen in allen Klassen doppelt so viel Schüler auf einen Lehrer, als normalerweise zulässig ist! Zur Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts hat sich der Berliner Kommunal-Freisinn noch immer nicht aufschwingen können, und wäre zum letzten preussischen Städtetage nicht auch ein Socialdemokrat gewählt worden, der für die obligatorischen Fortbildungsschule eintrat, so wäre Berlins Freisinn nur durch seinen Verblüdung, den jetzt glücklich pensionierten Stadtschulrat Bertram, zum Wort gekommen, der in echt manchesterlich-liberaler Weise als Gegner jedes „Joaquins“ gegen die Mehrheit des Städtetages eiferte, die, obwohl ihre politische Stellung noch mehr rechts als die freisinnige ist, doch diesen Zwang als durchaus notwendig im Interesse der Volksbildung erklärte.

Zu einer völligen Bankrotterklärung des Freisinn auf socialdemokratischem Gebiete hat sich aber die Behandlung der Wohnungsfrage gestaltet. Ganz abgesehen von jener Karikatur der Wohnungsfürsorge, wie sie sich in der Jubiläumsmillion-Stiftung repräsentiert, und den halben Maßnahmen neuesten Datums, die nach langen Wehen der Aufschau jetzt endlich zur Welt brachte, — die Hauptursache der Berliner Wohnungsnot ist gerade von der engherzigen Reformpolitik des Stadtfreisinn verschuldet: daß nämlich die Worte nicht eingemeldet wurden! Der frühere Oberbürgermeister Jelle und der jetzige Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans, die Vertreter der weiblichen und der männlichen Linie des Freisinn, haben sich in rührender Uebereinstimmung der von uns vertretenen Eingemeindung widersetzt. Und der Erfolg? Berlin ist jetzt, wie eine Festung durch ihre Mauern, so durch seine Vororte an der Ausdehnung gehindert und vermag sich nicht oder nur schwer die erforderlichen billigen Terrains zu beschaffen, die es für eine Wohnungspolitik in großen Zügen benötigte. Und selbst wo innerhalb des jetzigen politischen Gebietes sich Raum für eine solche bietet, ist der Freisinn nur ängstlich besorgt, daß ja nicht den Hausbesitzern ein Schaden geschieht! — das Wohnungselend der Volksmassen Berlins, die in so teuren und daher überfüllten Zimmern ihre Gesundheit untergraben müssen, rührt ihn nicht!

Es darf ihn auch nicht rühren! Sonst würde er ja seiner historischen Mission untreu, die darin besteht, dem Kapitalismus möglichst Bewegungsfreiheit und dadurch Gelegenheit zur Vermehrung zu schaffen!

Gegenüber dem Klasseninteresse des bestehenden Bürgertums steht das der besitzlosen Arbeiter in unverdrehlichem Gegensatz! Und deshalb ist es selbstverständliche Pflicht der Arbeiter, am 6. November für den Vertreter seiner Interessen zu stimmen, das heißt also: der Socialdemokratie zu neuen Siegen zu verhelfen. Der Klassenkampf macht vor dem Portal des Rathhauses nicht Halt! Auch dort heißt es: Ein Häben, ein Dräben nur gilt!

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 26. Oktober.

#### „Ich schlage alles kurz und klein.“

Es ist gewiß auffällig, daß der Kaiser, zu dessen Eigenarten die Zurückhaltung seiner Anschauungen nicht zählt, gerade in derjenigen Frage, die jetzt die gesamte Öffentlichkeit am meisten erregt, sich ausgesuchter Schweigsamkeit befleißigt. Der Kaiser hat öffentlich über die Neugestaltung des Zolltarifs und der Handelsverträge kein Wort gesprochen.

Den Agrariern ist dieses kaiserliche Schweigen nicht geheuer. Sie haben den Willen mit Leichtigkeit klein bekommen, aber der Kaiser könnte ihnen vielleicht noch unangenehme Ueberraschungen bereiten! Die Liberalen wiederum schöpfen aus dieser seltsamen Redeankunft die Hoffnung, der Kaiser lasse nur vorläufig die agrarische Regierung gewähren, werde aber schließlich sein einseitiges Wort vom Brotwucher doch wieder erneuern und in die Wege der sozialpolitischen Entscheidungen werfen.

Aus dieser Unsicherheit über die Meinungen des Kaisers entspringen nun allerlei Gerüchte von privaten Äußerungen desselben, die zwar keinerlei politische Bedeutung haben, da sie unbeglaubigt und für die Politik unverbindlich sind, die aber doch jenen agrarischen Befürchtungen und liberalen Hoffungsgefühlen stets neue Nahrung geben. Die „Köln. Volksztg.“ führt geradezu die Ungevihrheit der gegenwärtigen politischen Situation auf diese angeblichen Äußerungen des Kaisers zurück. Sie sagt in einem heutigen Leitartikel:

„In politischen Kreisen wird angeführt, daß der Kaiser so oft spricht, das Ausbleiben jeder öffentlichen Äußerung von seiner Seite über den Zolltarif und die Handelsverträge viel bemerkt und kommentiert. Dazu kommt, daß private Äußerungen des Kaisers kolportiert werden, welche auf Abneigung gegen die „agrarischen“ Forderungen hindeuten. Wenn der Kaiser z. B. nicht gesagt hat, der Minimaltarif sei Unfuss, so wäre es doch um das Papier und den Raum des „Köln. Anzeigers“ nicht zu schade, wenn dies als Erfindung gekennzeichnet würde. Durch den Umstand, daß dies nicht geschieht, gewinnt die gefälschte Zuversicht der Liberalen, der Kaiser sympathisierere für seine Version mit dem Handelsvertrags-Berein, an Boden, und da man hiermit die amtlichen Erklärungen des Reichskanzlers nicht zu vereinbaren vermag, ist der Geschichtesträger Raum gelassen. Neben Dingen, die den Stempel der Wahrscheinlichkeit tragen, werden ganz abenteuerliche Sachen erzählt; aber wer vermag bei dieser Lage der Dinge die Spreu von dem Weizen zu sondern?“

Zu den „ganz abenteuerlichen Sachen“ scheint nun wohl ein sehr drastischer Ausdruck, den der Kaiser vor einiger Zeit gethan haben soll, noch nicht zu gehören, ein Ausdruck, der nach der „Köln. Volksztg.“ also lautet:

#### „Kommen keine Handelsverträge zu stande, so schlage ich alles kurz und klein.“

Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt, auch ihr sei von diesem Ausdruck des Kaisers schon vor Wochen berichtet worden.

Wenn der sehr energische Ausdruck wirklich gefallen ist, so bedeutet er eine durchaus richtige Beurteilung der Notwendigkeit von Handelsverträgen seitens des Kaisers, eine Beurteilung, die nicht nach dem Geschmach der Agrarier wäre, die hohe Kornzölle wollen, mögen auch die Handelsverträge dabei kurz und klein geschlagen werden. Dennoch wird die Echtheit des Ausspruchs bezweifelt werden können, weil nicht wohl angenommen werden kann, daß der Kaiser seinen Unwillen erst dann entfeßeln will, wenn es zu spät sein wird. Er würde dann schon jetzt dreinfahren, da seine Regierung am Werke ist, alles zu thun, was das Nichtzustandekommen von Handelsverträgen heraufbeschwört.

Wie dem nun sein mag, ob nur die Nichtstellungnahme des Kaisers in der Öffentlichkeit darauf zurückzuführen ist, daß er seine frühere Anschauung über die Zollpolitik des Reiches geändert hat, oder ob er bei persönlichem Festhalten an der früheren Gegner-schaft gegen den extremen Brotwucher seiner Regierung das agrarische Experiment nachzulassen gewillt ist, die Entscheidung in diesen großen Fragen, die unsrer Gegenwart bewegen, ist, trotz agrarischer Befürchtungen und liberaler Hoffnungen, niemals von Worte und Meinungen eines Einzelnen abhängig. —

### Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Erhebungen, welche jetzt die preussische Staatsregierung, auf Veranlassung des Ministerpräsidenten, über die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen vornimmt, lassen die Größe des schrecklichen Elends ahnen, von dem die Arbeiterklasse schon jetzt, erst an der Schwelle des Winters, betroffen worden ist. Ohne zwingenden Not unternimmt die Regierung des Klassenstaates solche Schritte nicht. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise haben die Arbeiterklasse in der schlimmsten Weise getroffen. So große Mühe sich die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisationen auch gegeben haben, den Gang der Krise zu verfolgen, konnten sie naturgemäß am Ende doch nur ein Teilbild geben. Gätten wir in Deutschland ähnliche Stellen, die gewissenhaft das Auf und Ab des Wirtschaftslebens verfolgten, so würde sich vor unsren Augen ein grauenhaftes Gemälde dieses schwarzen Elends aufthun, das wie eine verheerende Seuche binnen wenigen Monaten das Wirtschaftsleben verwüstet hat und zu einer blutigen Anlage wider die kapitalistische Produktionsanarchie wird. Diese dauernde systematische Beobachtung des Arbeitsmarktes fehlt uns und die jetzigen Erhebungen werden sie nicht ersetzen.

Die Krise wird auch in den Verhandlungen des Reichstags wiederhallen. Gegen die socialdemokratische Forderung, für

die Opfer des Kapitalismus, die Brot- und existenzlosen Arbeitermassen, zu sorgen, will die Regierung sich nun decken können mit der bekannten Ausrede: „es sind Erhebungen im Gange“. Daher die jetzige Unterfuchung!

Die Regierung dürfte sich allerdings sehr täuschen, wenn sie glauben sollte, damit der Kritik die Spitze abbrechen zu können; denn bei diesen ganzen Erhebungen wird nicht viel herauskommen. Es sind mit ihnen die Oberpräsidenten beauftragt, die sich der Vermittlung der Polizeibehörden bedienen werden und was bei den polizeilichen Produktionen auf social-politischen Gebiete herauskommt, ist ja hinlänglich bekannt. Da erscheint uns das Vorgehen Bayerns, das mit seinen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit die Gewerbe-Inspektoren beauftragt hat, weit zweckentsprechender zu sein.

Die Nachrichten, die aus allen Teilen des Reiches kommen, Landtags-Interpellationen in Bayern und Hessen, Beratungen in städtischen Vertretungskörpern über Notstandsarbeiten, lassen erkennen, mit welcher großen Sorge die kapitalistische Gesellschaft der Wirkung des weiteren Verlaufes der Krise auf die Arbeiterklasse entgegenfieht. Denn mit Beginn des Winters Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend unheimlich wachsen, wie will sie dann der Not steuern, da in den sieben Prosperitätsjahren so gut wie alles verfaulend worden ist, um den Folgen des Rückschlags vorzubeugen? Während der wahnsinnigen Jagd nach Profit, der man auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Proletarier fröhnte, dachte die kapitalistische Welt nicht an den Rückschlag und deshalb hat auch die Krise, so zeitig und so drohend ihre Anzeichen taken, die Kapitalisten vollständig überrascht. Jetzt stehen sie ratlos einer verzweifeltsten Situation gegenüber. In allen größeren Industrien, und nicht bloß an einzelnen Orten sondern über ganz Deutschland, haben umfassende Entlassungen von Arbeitern, Lohnreduktionen, Einschränkungen der wöchentlichen oder der täglichen Arbeitszeit stattgefunden. Man braucht, um Berliner Verhältnisse zunächst ins Auge zu fassen, sich jetzt nur einmal zur Zeit der Ausgabe des Arbeitsmarktes in der Zimmerstraße aufzustellen, und man wird erschrecken über die vielen Hunderte, die dort auf Arbeitsgelegenheit warten.

Dabei steigert sich die Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche. Aus den Kreisen der Fleischer, der Bäcker und der Lebensmittelhändler kommen bereits lebhafte Klagen über den Rückgang des Konsums. Diese Verschlechterung der Lebenshaltung des Arbeiters wird auch der Staat empfinden. Das Finanzwesen des Reiches baut sich auf der Besteuerung der Lebensmittel auf. Jeder Rückgang des Konsums bringt also auch einen Rückgang der Reichseinnahmen. Das Hundert-Millionen-Defizit, welches die Offizialen des Reichs-Schatzamt angeündigt haben, weist erst hin auf den Rückgang der Reichsfinanzen in der Zukunft. Das wird eine starke Belastung der Einzelstaaten bringen, deren Einnahmen aus den Einkommensteuern ohnedies infolge der Krise ebenfalls zurückgehen. Die Gemeinden werden die Armenlasten rasch anschwellen sehen, die Steuerrestanten werden sich mehren, die Einnahmen sich vermindern. Tritt in dieser schwierigen Lage noch das Reich, ebenfalls aus Gründen rückgehender Einnahmen mit vermehrten Ansprüchen auf, so geraten die Einzelstaaten in eine schlimme Situation. Diese schreien deshalb auch schon nach neuen Steuerquellen. Neben den Zollerhöhungen, die sie bei der Neuregelung des Zolltarifs auf Kosten der Volksmassen durchdrücken wollen, ist u. a. auch bereits eine Biersteuer, eine Zündholzsteuer genannt worden.

Gerade in dieser Zeit wird das Elend der arbeitslosen Massen zu einer schreienden Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft. Der Anklage steht sie gegenüber in völliger Ratlosigkeit. Die paar Notstandsarbeiten, die Staat und Gemeinden vielleicht anordnen werden um der socialdemokratischen Kritik zu begegnen, und die das Elend wesentlich mildern könnten, wenn sie in umfassendem Maße vorgenommen würden, werden eben als Einzelmaßnahmen die ungeheure Not nicht bannen. Sieben Jahre ist alles unterlassen worden, man sollte in sorglosem Uebermut dahin, erklärte die socialistische Kritik der Gesellschaftsordnung für „wissenschaftlich“ durch die Thatsachen widerlegt und jetzt werden die Unterlassungssünden der Bourgeoisie heimgejagt an dem Proletariat.

Die deutsche Socialdemokratie hat schon beizetzten Maßnahmen vorgeschlagen, für die das Arbeiterelend der Niedergangsperiode jetzt eine furchtbare Begründung bildet. Sie hat im Reichstag einen vollständigen Gesetzesentwurf eingebracht, betreffend Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts, Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern. Der Gesetzesentwurf beabsichtigt eine reichsgesetzliche Organisation des Arbeitsmarktes, eine über das ganze Reich sich erstreckende Arbeitsnachweisung. Die Durchführung eines solchen Gesetzes würde dem jetzigen anarchischen Zustand, den der Kapitalismus geschaffen hat, weil er seinem Interesse dient, durch die Anhäufung vieler Arbeitskräfte in einem Ort, auf den Lohn zu drücken, ein Ende machen, auch der Produktion selbst eine gewisse Stabilität geben und die Wirkungen der Geschäftskrisen auf die Arbeiterklasse erheblich mildern.

Jetzt rächt sich an der Masse des Proletariats auch die Gleichgültigkeit, mit der die Regierung des Klassenstaates während der Prosperitätsjahre den socialdemokratischen Forderungen auf gesetzliche Einführung eines Normalarbeitstages begegnet ist. In zahllosen Streikbewegungen haben unsere gewerkschaftlichen Organisationen einen wahrhaft heroischen Kampf um die planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit geführt und in vielen Branchen ist es ihnen gelungen, dem Kapital wesentlich Verbesserungen abzutrotzen. Doch die Dauer guter Geschäftsperioden würde weit länger sein, die Krisen würden nicht so plötzlich und unermittelt hereinbrechen können, wenn ein gesetzlicher Normalarbeitstag die Ausnützung der Arbeitskraft in endloser Arbeitszeit verhinderte.

Zu den Unterlassungssünden gehört auch, daß von Reich wegen nichts geschieht ist, um, als es Zeit war, der Frage der reichsgesetzlichen Arbeitslosen-Versicherung näherzutreten. Auch hier haben die gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren die Pionierarbeit für die staatliche Socialreform thun müssen. Der Frage ist, infolge der gewerkschaftlichen Thätigkeit und den auf ihr sich aufbauenden Vorschlägen des Prof. Schanz erhöhte Aufmerksamkeit in der Presse zugewandt worden. Alles, was gegen sie eingewandt wird, schrumpft schließlich zusammen auf Meinungsverschiedenheiten über den Weg, der zu gehen ist. Unsere Manchesterteile aber werden nicht lange mehr die Achseln ausden können; die Notwendigkeit, daß der Staat in den guten Jahren vorjorgt, damit die Arbeitermasse in den Jahren des Niederganges nicht schutzlos allem Elende preisgegeben wird, drängt sich zu wichtig auf.

Wenn jetzt die kapitalistische und offiziöse Presse die Arbeitslosen bedauert und die Regierung „Erhebungen“ — wie lange werden sie dauern? — veranstaltet, so täuschen sie damit eben nicht über die Thatsache hinweg, daß sie in den hinter uns liegenden Jahren alles verfaulend haben. Auf dem Staat und den herrschenden Klassen lastet daher auch die ganze Verantwortung für das namenlose Elend, welches jetzt als Begleitererscheinung der Krise und als Folge der Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse trifft. —

### Die Gewaltpolitik Chamberlains.

Während das Gerücht ging, daß Eduard VII. an der Fortführung des Krieges verzweifelte und gemeist sei, durch Konzessionen an die Boeren dem entscheidlichen Blutvergießen, der kühneren Genterthätigkeit und dem stürmischen Massenmord in den Konzentrationslagern ein Ende zu machen, hat jetzt Chamberlain am Freitagabend in Edinburgh eine Rede gehalten, die nichts weniger als eine Friedensstimmung atmet, vielmehr die trostlose Entschlossenheit des politischen Commis der Minenationäre verrät, das abenteuerliche va banque-Spiel bis zum Neufesten fortzuführen. Und nicht nur, daß Chamberlain jäh alle Friedenshoffnungen zerstört, die Rede des Kolonialministers ist auch eine trostlose Kriegserklärung an die Gegner seiner imperialistischen Raubpolitik. Ueber die Rede Chamberlains wird gemeldet:

Der Kolonialsekretär Chamberlain hielt in einer Versammlung von 8000 Unionisten in Edinburgh eine Rede, in welcher er die irischen Mitglieder des Unterhauses heftig angriff, welche sich offen als Feinde des Reichs erklärt hätten. Die Regierung wolle vorschlagen, die Geschäftsordnung des Unterhauses abzuändern, um den Fortgang der Geschäfte zu erleichtern und die Leute besser überwachen zu können, welche das Haus bis auf ihr eigenes Niveau herabbringen wollen. Die Anzahl der irischen Parlamentarier sei im Verhältnis zur Bevölkerung Irlands ein Skandal und ein Mißbrauch. Nebst dem an, daß die Regierung vor den nächsten allgemeinen Wahlen dem Lande den Plan für eine Herabsetzung der Zahl der irischen Parlamentarier vorlegen wolle. Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Chamberlain die Kriegsfrage und wies mit Nachdruck zurück, daß die Regierung zu der Zeit, als das Ultimatum der Boeren übergeben wurde, die Kriegserklärung vorbereitet; sie habe im Gegenteil alles gethan, den Krieg zu vermeiden, der, wie sie wußte, ein schwieriges und ernstes Unternehmen sein würde.

Die den Boeren angebotenen Bedingungen seien günstiger gewesen als irgendwelche, die je einem besiegten Feinde angeboten seien; da diese Bedingungen abgelehnt seien, müsse der Krieg zu Ende geführt werden. Die Regierung gelte es, daß sie bezüglich der Dauer des Krieges geirrt habe; sie bewundere die Zähigkeit der Boeren, aber es sei notwendig, daß England dieser Zähigkeit eine gleiche Entschlossenheit entgegensetze. Die Boeren verlangten nunmehr eine größere Unabhängigkeit als zu Beginn des Krieges; das sei eine Bedingung, die die Regierung nicht gut annehmen konnte. Die Zeit komme jetzt, wo es notwendig sein mag, strengere Maßregeln zu ergreifen, um die Aufständischen und die Guerillabanden zu belagern. Wenn diese Zeit da sei, werde die Regierung Präcedenzfälle für alles, was sie thun werde, in dem Vorgehen jener Nationen finden, welche Englands Vorgehen als Barbarei und Grausamkeit verurteilten; aber sie werde sich doch nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, Tonkin und im Kriege von 1870 thaten. Nebst dem schloß, die Regierung wolle nicht davor zurückweichen, von dem Lande weitere Opfer zu verlangen, wenn es nötig sei; die militärische Lage biete keinen Grund zu ängstlichen Beschränkungen.

Also eine Abänderung der Geschäftsordnung des Unterhauses, so ein kleines parlamentarisches Maulkorbgesetz, und eine Verminderung der Zahl der irischen Abgeordneten sei wird von der Regierung geplant. Da man befürchtet, daß der Verlauf des Boerenkrieges die Opposition gegen die Raubpolitik der Regierung verstärken könnte, sucht man sein Heil sozusagen in einem kleinen Verfassungsbruch. Allerdings ist die Zahl der irischen Abgeordneten — 103 von 870 — im Verhältnis der Bevölkerung Irlands zu der des Vereinigten Königreichs eine unverhältnismäßig große, da Irland mit seinen 4700000 Einwohnern nur etwa ein Viertel der 870 Siege beanspruchen könnte; allein dieser Umstand vermag die erbitternde Thatsache nicht zu verschleiern, daß es sich hier nur um eine gefällige Gelegenheitsgesetzsmacherei handelt würde. Auch Schottland schickt mehr Abgeordnete ins Unterhaus, als ihm der Bevölkerungsgröße nach zuläßen — man möchte also eine vollständige Neuregelung der Wahlkreiseinteilung vornehmen, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Aber nicht um einen solchen, sondern um eine Schwächung der antiimperialistischen Opposition ist es dem Kabinett zu thun. So zieht die Vergewaltigung nach außen die Vergewaltigung im Innern mit Notwendigkeit nach sich.

Wenn Chamberlains Erklärungen über den Boerenkrieg mehr sind als eine persönliche Meinungsäußerung, und das scheinen sie zu sein, und mehr als ein abgebrauchter Händlertrick, so ist an eine Verhängung des Krieges noch lange nicht zu denken. Die Lage zu beschönigen besch Chamberlain diesmal nicht mehr den Mut, wenn er auch vor allzu ängstlichen Versäufungen warnte, er stellte im Gegenteil die Notwendigkeit weiterer Opfer in Aussicht. Er suchte also das Land mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß der Krieg in seiner bisherigen Form noch geraume Zeit fortbauere. Charakteristisch ist ferner, daß er schamlos die Bestialitäten des Genterkriegs in Schutz nahm und gar noch strengere Maßregeln in Aussicht stellte. Seinen Dank für die Liebesschwärzlichkeit der deutschen Regierung und die Verleumdung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts stattete er mit der schmeichelhaften Bemerkung ab, daß England trotz alles Erfolgens und Hängens sich doch nie dem nähern werde, was „andre Nationen... 1870 thaten“. Wohl bekomm's!

### Deutsches Reich.

Zur Behandlung des Zolltarifs im Reichstage plaudert die „Deutsche Tageszeitung“ von ihren Hoffnungen und Mutmaßungen:

Vom Bundesratssekretär wird wahrscheinlich der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky im wesentlichen die nicht leichte Last der Verteilung der Vorlagen tragen. Graf von Posadowsky ist weißeslos derjenige unter den Staatssekretären und höheren Reichsbeamten, welcher die in Betracht kommenden Fragen am meisten beherrscht und am gründlichsten studiert hat. Dies überraschende Lob erinnert daran, wie hitzig die Agrarier den 12000 Mann-Stand des Reichsamts des Innern verteidigten! Red. v. B. Vermutlich wird sich auch Geheimrat Dr. von Körner aus dem auswärtigen Amte bei der parlamentarischen Vertretung der Entwurfs wesentlich beteiligen. Dr. von Körner gilt in wirtschaftspolitischen Kreisen für den besondern Informator des Herrn Reichskanzlers. Er ist jedenfalls ein kenntnisreicher, kluger und thätiger Beamter, aber, wie wir früher mehrfach erörtert und bewiesen haben, etwas freihändlerisch angehaucht. Daß der Herr Reichskanzler selbst bei den wichtigsten und wesentlichsten Fragen eingreifen werde, ist mit Sicherheit zu erwarten. An sich wäre eine tiefgreifende und weitwichtige Be-

ratung kaum nötig. Die Fragen sind sämtlich so eingehend, so gründlich, so oft erörtert worden, daß etwas Neues beizubringen weder haben noch dürfen möglich sein dürfte. Wenn in der linksliberalen Presse immer und immer wieder hervorgehoben wird, man müsse die wichtige Angelegenheit aufs gründlichste behandeln, so ist dies entweder Selbsttäuschung oder Spiegelschreiberi. Wüßes Erachtens kommt es, wie die Dinge jetzt liegen, weniger auf das Reden, als auf das Abstimmen an. Selbst die Verebtheit des Demosthenes würde im gegenwärtigen Stadium der Sache keinen belehren. Deshalb werden die Vertreter der Rechten, des Centrums und der national-liberalen Partei voraussichtlich auf lange Reden zum Fenster hinaus verzichtet und sich mit kurzen Darlegungen ihres Standpunkts begnügen. Zumehrin werden die Verhandlungen äußerst langwierig und ungemein schwierig werden, und nicht nur an die einzelnen Abgeordneten, sondern ganz besonders an das Präsidium des Reichstags hohe Anforderungen stellen...

Von der agrarischen Obstruktion ist also augenblicklich nicht die Rede. Früher war in der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen, daß die Wähler alle parlamentarischen Mittel aufbieten würden, um einen „so schlechten Zolltarif“, wie der jetzt vorliegende, zu verhindern. Sehen sie jetzt ein, daß der Tarif doch nicht gar so läbel ist und wollen sie sich deshalb jedes verzögernden Redens und Rärmens enthalten?

Es ist natürlich lächerlich zu behaupten, daß sämtliche Fragen des Zolltarifs gründlich und genügend erörtert seien. Die „Deutsche Tageszeitung“ würde sofort der entgegengeleiteten Meinung werden, wenn der Zolltarif ihren Wünschen weniger entsprechen würde.

Nicht einmal die Begründung der Regierung zu ihrem Entwurf, von der doch seine Beurteilung wesentlich abhängt, ist bisher bekannt gegeben. Ferner bedürfen die zahlreichen Eingaben der verschiedensten Interessenten an den Reichstag pflichtgemäßer Berücksichtigung und eingehender Diskussion. Dazu aber kommt, daß innerhalb der großen Parteien, die der Zolltariffrage geneigt sind, über das Maß der Erhöhungen und über mannigfache Einzelfragen sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorwalten.

Dies alles wird die agrarische Hoffnung auf eilige Durchpeitschung des Entwurfs vereiteln. Und zum Ueberflus wird die Opposition sorgen, daß das schamlose Spiel der Wucherparteien nicht allzu glatt von statten gehen wird!

### Handwerkmeister gegen den Lebensmittelwucher.

Die Kölner Wäckermeister-Zunung hat sich in einer einstimmig beschlossenen Resolution gegen den Zolltarif-Entwurf ausgesprochen. Der Referent, Herr Kampmann, führte aus, daß der neue Zolltarif nicht nur eine Verteuerung der Brotstoffe, sondern auch fast aller einschlägigen Rohmaterialien (Milch, Eier, Fett usw.) mit sich bringe. In der Resolution spricht die Zunung die Hoffnung aus, daß die hohe Staatsregierung von einer Zolltarif-Erhöhung der notwendigen Nahrungsmittel zu Gunsten einer Interessentengruppe Abstand nehmen möge.

Die Kölner Fleischermeister-Zunung hat sich ebenfalls bezüglich dem Zolltarif befaßt. Die Zunung wählte zwölf Abgeordnete zu dem Bezirkskongress rheinisch-westfälischer Metzgermeister, die sich alle verpflichteten, gegen jede Zolltarif-Erhöhung zu stimmen.

Sowohl die Kölner Wäcker- als die Metzgermeister sind in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl Angehörige der Centrums-Partei. Sie erklären sich in seltener Einmütigkeit gegen die Zolltarif-Erhöhung. Ebenso haben sich die katholischen Arbeiter zahlreich und entschieden gegen den Brotwucher ausgesprochen. Unterdes schreien die ultramontanen Agrarier beharrlich nach dem 750-Mark-Weizen, nach Gemüsen, Milch, Eier usw. Bölen. Wo bleibt das arme Centrum mit seiner „ausgleichenden Gerechtigkeit“!

Die Erfurter „Tribüne“ berichtet: In der am Mittwoch, den 23. Oktober, stattgehabten Quartalsversammlung der Erfurter Wäcker-Zunung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Erfurter Wäcker-Zunung erklären sich gegen jede Erhöhung der Zölle, da sie durch dieselbe keinen Nutzen für den Handwerker und kleinen Landmann erlangen können, sondern im Gegenteil eine Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel für den größten Teil der Bevölkerung.“

Jetzt weiß man's. Die „Frankfurter Jg.“ erzählt folgendes amüsante Geschichtchen:

In vergangenen Jahre war's. Der nun verlebene Dr. Georg v. Siemens war zur kaiserlichen Frühstücksstafel geladen, an der außerdem noch der König von Württemberg mit seinem Schwiegersohn, dem Erbprinzen von Wied, teilnahm. Das Gespräch kam auf den Transvaal-Krieg. Der Kaiser meinte, er könne sich die in ganz Deutschland hervorbrechende Begeisterung für die Boeren nicht erklären. „Wo kommt sie her?“

„Die Sache ist sehr einfach zu erklären“, meinte Dr. v. Siemens, „die Begeisterung für die Boeren ist so groß, weil die Frauen und Kinder für die Boeren sind. In meiner Familie ist's so und so wird's wohl überall sein!“

Der Kaiser schlug sich lachend auf das Antlitz: „Sie haben ganz recht, lieber Siemens, in meiner Familie ist's gerade so. Von den Frauen kommt die Boerenbegeisterung. Auch die meine kann morgens kaum die Zeitungen erwarten, die ihr die Siege der Boeren melden!“

Danach mühte es ja wohl auch von dem 1806er Krieger-Telegramm heißen: chereoz la femme. —

„Das hohle Wort des Herrschers“. Die Leitung des königlichen Schauspielhauses in Berlin will nicht den Censor Goethe spielen. Der „Post. Jg.“ wird von „zuständiger Seite“ mitgeteilt, daß die Streichung des Satzes im „Gymnion“: „Und diese treibt ein hohles Wort des Herrschers, nicht ihr Gemüt“ in Berlin selbst nie veranlaßt worden ist, und daß insbesondere die Berliner Hoftheater-Intendant dieser Redaction des Textes völlig fernsteht. Die Auslassung der Stelle soll darauf zurückzuführen sein, daß Herr Matkowsky, der die Rolle früher in Dresden spielte, vom dortigen Hoftheater her gewohnt war, die citierten Worte zu unterdrücken.

Nach dieser Art trägt also Sachsen die Schuld. Nach einer andren Version befindet sich die Streichung des gefährlichen Satzes allerdings im Souffleurbuch für Herrn Matkowsky, aber schon seit — zwanzig Jahren. Man sucht sich also auf verschiedene Weise herauszureden. Jedenfalls wird man nun, nachdem die ganze Unschicklichkeit des Satzes erkannt worden ist, für alle Zukunft verhindern, daß derlei hochverräterische Worte auf königlichen Bühnen gesprochen werden. Oder will sich die Hoftheater-Intendant der Aufreizung zur Revolution schuldig machen? —

Ein Hauptmann als Soldatenmishandler. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Steettin hatte sich der Hauptmann und Compagniechef im Grenadier-Regiment Nr. 2 von Kehlerling wegen Mißhandlung Untergebener und Beleidigung zu verantworten. Die Verhandlung fand, da eine Gefährdung der militärischen Disziplin befürchtet wurde, vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, selbst die Zugen durften nach ihrer Vernehmung nicht im Gerichtssaal bleiben, sondern mußten wieder hinaustrreten. Nach Schluß der einflussigen Beratung wurde zur Verkündung des Urteils die Öffentlichkeit herbeigeführt, jedoch schon für die Begründung des Urteils wieder ausgeschlossen. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten wegen Mißhandlung Untergebener und Beleidigung in je drei Fällen auf je sechs Wochen Stubenarrest. —

Die Typhus-Epidemie in Gelsenkirchen ist noch immer in der Ausbreitung begriffen. In der Zeit vom 19. bis 26. Oktober hat sich die Zahl der Typhusfälle im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen von 1257 auf 1320 erhöht. 27 Kranke sind gestorben, 192 Personen als genesen entlassen worden.

**Fünftausend Chinamedaillen!** Ein Blatt behauptet, es solle auch eine Verleihung der Chinamedaille an Nicht-Kombattanten erfolgen, die sich um die Expedition in einer oder der anderen Weise verdient gemacht haben. Gegenwärtig würden bei den einzelnen Armeekorps die Vorschlagslisten für die zu dekorierenden Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften fertiggestellt, die dann von den Generalkommandos an die zuständige Stelle weitergegeben würden. Es seien im ganzen 50 000 Verleihungen der Medaille an Nichtkombattanten vorgesehen, so daß nach Dekretierung der angegebenen Militärpersonen noch eine erhebliche Anzahl für Nichtkämpfer übrig bleiben wird.

Bei einem so überreichen Segen wird es schon heißen müssen: Freiwillige vor! —

**Vom bürgerlichen Parlamentsgewerbe.** Dem früheren badischen nationalliberalen Abgeordneten Müller widmet der „Bad. Landmann“ die folgende schmeichelechte Schilderung:

„Müller war thätigste eine parlamentarische Null, er hat im Landtag nichts geleistet, und zu besonderem Dank hat sein Weizel allerdings keinen Anlaß. Er hat nichts gethan, als der liberalen Partei das Opfer seiner religiösen Ueberzeugung gebracht und dafür die Ehre gehabt, „Vollvertreter“ zu sein, und das Vergnügen, jeden zweiten Winter, statt in dem langweiligen Beschäftigen, in der Residenz zubringen zu dürfen, wo er sich amüsierte und doch beschreiben lebte, hier und da einen Fraktionschef mitmachte und die eine Zeit abends mit Wiener Würstchen oder einem Schweinsrippchen füllte, und so am Schluß jeder Session ca. 800—1000 M. nach Hause brachte, als Lohn für seine Null-Rolle, mit dem er sich alle 2 Jahre ein Landtagsräucherlein gekauft hat. Solcher Patrone sind übrigens schon mehr im Landtag gewesen.“

Und nicht nur in Baden! —

**Aus Sachsen-Meinungen.** (Fig. Ver.) Am Freitagmittag wurde der Landtag nach zweiwöchiger Tagung geschlossen. Ein Antrag unserer Genossen gegen eine weitere Erhöhung der Getreidezölle wurde zurückgezogen, nachdem dessen Nichtannahme feststand, die Regierung dagegen aber die bestimmte Erklärung abgegeben hatte, im Bundesrat mit allen Mitteln für das Wiederzustandekommen der Handelsverträge wirken zu wollen. —

**Detmold, 25. Oktober.** (Fig. Ver.) Bei der gestern hier stattgefundenen Stichwahl zum Lippischen Landtage erhielten Domscheit (Socialdemokrat 462, Wilmann (frei.) 480 Stimmen. Letzterer ist damit gewählt. Die bürgerlichen Parteien haben diesmal geschlossen für den Freisinn gestimmt. In Anbetracht, daß noch ein großer Teil unserer Wähler, die Ziegler, außer Landes sind, ist das Resultat ein sehr günstiges.

## Ausland.

### Die erste Woche.

st. Wien, 25. Oktober. Es will nicht recht vorwärts gehen im österreichischen Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten waren zwar sehr entzückt, als ihnen Herr v. Koerber ihre Aufsehen in so glänzenden Farben malte, aber die alte Behauptung des geschäftigen Vorgehens können sie nicht lassen. Die erste Woche der neuen Session ist um, aber noch nicht anders gethan, als „Dringlichkeitsanträge“ von zumeist sehr fragwürdiger Wichtigkeit verhandelt. Diese Dringlichkeitsanträge sind eine Erfindung der Obstruktion, und wenn man sie auch nicht mehr braucht, um die Tagesordnung zu verrammeln, so sind sie doch ein nie versagendes Mittel der Demagogie. Im österreichischen Parlament wird nämlich das Recht der Abgeordneten auf Initiative so stark gebraucht, daß die Quantität der gestellten Anträge das Antragsrecht selbst ganz totgeschlagen hat. Die in dieser Session, die beinahe im Februar begann, eingebrachten Initiativanträge werden die Zahl von Tausend erreicht haben; es ist also einleuchtend, daß sie, selbst wenn ihnen das Haus nicht einen Schwerpunkt, sondern ganze Schwerinswochen einräumen wollte, von der Verhandlung so ziemlich ausgeschlossen sind — zumal da im österreichischen Abgeordnetenhaus jeder Antrag einer Vorberatung im Ausschusse bedarf. Nun enthält die Geschäftsordnung die Bestimmung, daß mit derselben Zahl von Unterschriften, mit welcher ein Antrag gestellt wird, auch die „Ablösung“ der Verhandlung beantragt werden kann; daß also die zwanzig Antragsteller eine dringliche Verhandlung durchsetzen können: „daß der Antrag, der nicht an der Tagesordnung steht, sofort zur Verhandlung gelangt.“ So lange diese geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit nur benutzt wurde, um eine wirklich dringende Sache zur Sprache zu bringen, eine plötzlich entstandene Notwendigkeit parlamentarisch auszubringen, wirkte die Bestimmung ganz nützlich. Jetzt freilich dienen die Dringlichkeitsanträge entweder als Obstruktion oder zu demagogischen Zwecken: die Parteien haben es mit ihnen in der Hand, ihre Parteibedürfnisse dem Parlament als Notwendigkeit aufzudrängen. Da es nun im österreichischen Parlamente der Parteien nicht wenige gibt — derzeit sechsundzwanzig! — und die Parteien schon geradezu unläuterer Wettbewerbs treiben, so ist auch ohne Obstruktion die Zahl der Dringlichkeitsanträge zu Beginn jeder Session sehr groß. Bis jetzt wurden ihrer sieben abfolgt, es liegen aber noch weitere sechs vor. Dabei steht die erste Lesung des Budgets noch immer „auf der Tagesordnung“; die nach der Geschäftsordnung „sofort“ zu verhandelnden Dringlichkeitsanträge sperren den Zugang zu ihr.

Heute vormittag ist nun im Parlament die Situation ganz kritisch geworden. Man sprach von Demissionsabsichten der Regierung, sogar die Drohung mit der Auflösung des Hauses wurde laut. Das sind natürlich kindliche Uebertreibungen; Thatsache ist, daß Herr v. Koerber den „Beweis“ der Arbeitsfähigkeit des Hauses nach oben und gegenüber Ungarn braucht. Es ist auch gelungen, ein Einvernehmen herzustellen: von den aufgeregten Dringlichkeitsanträgen werden lediglich zwei, die sich auf die Altersversicherung beziehen, verhandelt, die übrigen werden auf gelegenerer Zeit „zurückgestellt“. Politisch befugt der Zwischenfall nur, daß das Parlament nicht gefund ist. Die Axtantheil besteht jetzt nicht gerade darin, das die Parteien das Parlament umbringen wollen; was sich in der Verhandlung der parlamentarischen Institution offenbart, ist die Verzerrung des Hauses. Es ist gewiß ein höchst bedenkliches Zeichen, daß zur Durchsetzung einer so selbstverständlichen Sache, wie die Beratung des Staatsvoranschlags es ist, so große Anstrengungen notwendig sind; das Parlament lebt eben nicht, sondern geteigert.

Unter solchen Umständen ist von der Thätigkeit des hohen Hauses nicht viel zu melden. Ein gewisses Aufsehen hat eine Unterlassung des Präsidenten des Hauses erregt: ganz gegen die servile Art dieses Parlamentes wurde der Ermordung des Präsidenten der Union mit keinem Worte gedacht. Graf Vetter hat es zwar bestritten, daß ihm diese Taktlosigkeit vom Grafen Solachowski soufflet worden sei, er habe es nur unterlassen, weil der Tod Mac Kinkels schon zu weit in der Zeit liege, aber es steht demoh fest, daß in der Unterlassung ein Vorzeichen der österreichischen Diplomatie gewaltet hat. Man kann es am liebsten Hof den Amerikanern noch immer nicht vergeben, daß sie sich erlaubt haben, den spanischen Habsburgern Cuba abzunehmen. Dann hat sich das Haus einen Vizepräsidenten gewählt, den deutschvolklichen Professor Kaiser, einen ebenso unbedeutenden und unbedeutenden Mann; er erhielt weniger Stimmen, als leere Stimmzettel abgegeben worden sind. Von den Dringlichkeitsanträgen hat ein unangenehmlicher Skandal der der Junggehehen über die Vorfälle in Vittau erregt. Diese „Vorfälle“ in der kleinen mährischen Stadt war die Ermordung eines deutschen — Kindergerichts, zu der die Deutschen aus ganz Mähren, um der einst deutschen jetzt in czechische Hände gefallenen Stadt ihre Solidarität zu beweisen, zusammengekommen sind. Dabei sind natürlich sehr pathetische Reden gehalten, viel Bier getrunken und zum Schluß Festscheiben eingeschlagen worden. Da kein Mensch krank oder totgeschlagen wurde, so war an den Vorfällen nichts, was nicht schon oft vorgekommen wäre und bei den nationalen Meibereiten nicht weiter vorkommen würde. Trotzdem brachten die Junggehehen einen glänzlich übertriebenden Antrag ein, der die Ein-

leitung einer strengen Untersuchung und rückichtslose Bestrafung der Schuldigen verlangte. Der Antrag wurde von einem der unsympathischsten Menschen begründet, aber den das an solchen Leuten nicht gerade arme österreichische Abgeordnetenhaus verflucht: von dem Abgeordneten Strassky, der noch das Unglück hat, ein getaufter Jude zu sein. Infolgedessen nahm die Debatte einen echt österreichischen Charakter an; das in der letzten Zeit etwas manierlicher gewordene Parlament zeigte sich wieder einmal in seiner vollsten Ursprünglichkeit. Mit dem Quantum von Schimpfsworten, den hier eine einzige Sitzung produzierte, könnten alle europäischen Parlamente das ganze Jahr auskommen. Sobald die nationale Seite berührt wird, gerät das Parlament außer Rand und Band.

Nicht so aufregend, aber weitaus wichtiger war die Verhandlung über die sozialpolitischen Anträge unserer Genossen. In erster Linie war es der Antrag über die Arbeitslosigkeit und die Mittel ihrer Bekämpfung, der durch die wirtschaftliche Krise leider so dringlich geworden war. Der Antrag, der die Regierung zu einer planmäßigen Thätigkeit anruft, wurde dem sozialpolitischen Ausschusse zugewiesen. Die größte Bedeutung kommt aber dem Dringlichkeitsantrage zu, der die Regierung auffordert, dem Hause selbst eine Vorlage auf Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung vorzulegen. Damit erreicht eine große Aktion der Partei ihren vorläufigen Abschluß. Sie wurde am letzten deutschen Parteitag, in Graz, begonnen und erhielt einen kräftigen Impuls durch die von der Regierung im Frühjahr eingebrachte Vorlage auf Versicherung der Privatbeamten. Den ganzen Sommer hindurch wurde die Bewegung in der ganzen Monarchie verbreitet. Überall wurden Versammlungen abgehalten und eine Petition an das Abgeordnetenhaus wurde aufgesetzt, für die massenhaft Unterschriften gewonnen wurden. Ein Teil der Petitionen wurde im Parlament dieser Tage eingebracht, vorläufig 1307 Petitionen mit 575 506 Unterschriften, weitere Petitionen von 1242 Gemeinden und von 1187 Vereinen. Die gewaltige Bewegung hat ihren Zweck nicht verfehlt: Der Ministerpräsident erklärte, daß für die Reform bereits die Grundzüge ausgearbeitet sind, die nun in Kürze der öffentlichen Kritik vorgelegt werden werden. Trotz der Erfahrungsmittel unseres öffentlichen Lebens arbeitet die Socialdemokratie planvoll an der Verwirklichung ihrer Forderungen.

**Wien, 26. Oktober.** In parlamentarischen Kreisen verläutet, dringt Ministerpräsident v. Koerber bei den arbeitswilligen Parlamentarierparteien auf die Schaffung einer neuen Geschäftsordnung, welche eine Verschärfung des Disziplinarrechts bedeuten und sich gegen die Einreichung der Dringlichkeitsanträge richten soll.

## Frankreich.

### Die Ansichten der Förderer der französischen Vergarbeiter.

Nachdem der Generalstreik auf unbestimmte Zeit verlagert ist, kann die Frage, ob und inwieweit der Generalstreik von Erfolg gewesen sein würde, unerörtert bleiben. Sicher ist, daß die liegende Bewegung unter den Verlegten, ihre Unzufriedenheit und ihr stürmisches Verlangen nach den lang erwarteten Reformen nicht ganz ohne Einfluß auf Parlament und Regierung geblieben ist. Es ist schon mitgeteilt, daß der Kammerausschuß für Arbeitergesetze sofort an die Beratung des Antrags schritt betreffend die Einführung des Achtstundentags herantreten soll. Auch die Forderung eines Minimallohnes, die bisher ganz jähe abgelehnt worden ist, soll in dem Ausschusse beraten werden; Unternehmer- und Arbeiter-Organisationen sind aufgefordert, schriftlich und durch Zusendung von Delegationen dem Ausschusse ihre Vorschläge und Begründung zu unterbreiten. Ferner ist von dem Verlehter Ausschusse, Odilon Barrot, bereits ein Projekt betr. die Alters-Pensionskassen für Vergarbeiter ausgearbeitet und der Kammer unterbreitet worden. Danach hat jeder Vergarbeiter im Alter von 50 Jahren und noch jüngerer Arbeitszeit das Recht auf eine Pension. Arbeiter der Bekleidungsbranche, so erhält er nur die Hälfte der Pension; nach seinem Tode erhalten die Witwe und die Kinder eine Pension im Betrage der Hälfte der dem Vergarbeiter zuzurechnenden. Der Antragsteller glaubt, daß die Summen, die nach dem Gesetz von 1894 für diese Zwecke aufgebracht werden, im Jahre 1902 so hohe sind, daß 10 000 Vergarbeiter eine jährliche Rente von je 575 Fr. erhalten können.

Späteren Nachrichten zufolge hat auch die Regierung nunmehr die Frage betreffend die Alterspensions-Kassen für Vergarbeiter fertig gestellt. Die Deputierten Washy und Devoge waren nämlich im Auftrage der sozialistischen Fraktion nochmals bei dem Minister für öffentliche Arbeiten vorstellig, um die Absichten der Regierung bezüglich der Vergarbeiter-Forderungen zu hören. Der Minister Baudin machte die Mitteilung, daß das Projekt fertiggestellt sei und die übrigen Minister auch bereits ihre Zustimmung gegeben hätten. Bezüglich des Achtstundentages erklärte der Minister, er habe die Ingenieure angewiesen, sich mit ihren Gutachten über diese Frage zu belegen. Nach allem dem scheint also, daß die Regierung jetzt ernstlich beabsichtigt ist, den Wünschen der Vergarbeiter entgegenzukommen. —

**Gegner von links und von rechts.** Weil Melne nicht die Beratung des Antrages Washy in der Kammer als günstige Gelegenheit benutzte, das Ministerium zu stürzen, sind einige Abgeordnete aus seiner Gruppe ausgetreten und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Spaltung der Melnisten kommt. Jetzt hat auch ein Progressist seinen Austritt aus demselben Grunde aus seiner Fraktion erklärt. Es ist der Senator Gotton, welcher von seiner Partei in der Kammer erwartet, daß sie den Sturz des jetzigen Ministeriums herbeiführe. Er schreibt: „Die wahre Gefahr für das Land ist nicht der Generalstreik, sondern das Ministerium Waldeck-Rousseau und seine anarchischen Präferenzen.“ —

## Belgien.

### Anfang der Obstruktion.

Man schreibt uns intern 25. aus Brüssel: Gestern nahm die Centralfraktion der Kommune einen Antrag an, der den Vorsther ermächtigt, einen Abgeordneten aus dem Saale entfernen zu lassen und zu einer Geldstrafe von 200 bis 1000 Frank zu verurteilen.

Als Antwort auf diese Maulkorbpolitik beschlossen die Socialdemokraten, alle Artikel des Reglements streng auszuführen zu lassen. Darum erhob sich im Anfang der Sitzung am Freitag Genosse Wandervelde und verlangte die Kammeraufhebung, um die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Die Herren der Rechten befanden sich auf der Jagd — also mußte die Sitzung verlagert werden. Jeden Tag wird diese Anfrage gestellt — und andere geschäftsordnungsmäßige Ueberrückungen werden folgen.

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, die Agitation für das gleiche Wahlrecht in folgender intensiver Weise zu betreiben: Die Deputierten begeben sich an einem bestimmten Sonntage alle in denselben Kreis und halten Versammlungen ab. Nach und nach sollen so alle Kreise des Landes erreicht werden. Am Sonntag, den 10. November, wird mit dem Lütticher Gebiet begonnen, bis die Agitationstour mit dem 20. April im Kreise Lugenburg ihren Abschluß finden. Die Zahl der sozialistischen Abgeordneten in der belgischen Kammer beträgt 93, so daß jedesmal gegen 30 Versammlungen in Betracht kommen werden.

## Italien.

**Lina Cristipi.** Auch der Name Cristipi kommt im Bericht der neapolitanischen Untersuchungskommission mit vor. Die Municipalität von Neapel hatte große Terrains zu verkaufen, teils zu 25, teils zu 15 Lire pro Quadratmeter, je nach dem Wert des Bodens. Der Donna Lina gelang es, den wertvolleren Boden mit

15 Lire pro Quadratmeter zu erhalten; bevor jedoch der Kontrakt unterzeichnet wurde, verlangte die geschäftsgewandte Frau des ehemaligen Premier-Ministers, daß man ihr den Quadratmeter für 3 Lire berechne, und der höfliche Magistrat willigte ein.

## England.

**Der Fall Buller** scheint noch sein Nachspiel haben zu sollen. Wie in London verlautet, beabsichtigt Buller für die Wahlen zum Unterhause zu kandidieren, wo er alsdann die Regierung bekämpfen wird. Buller dürfte sich den Liberalen anschließen. — Wie aus Simla gemeldet wird, protestiert die englisch-indische Presse in heftigen Worten gegen die Haltung des Kriegsministeriums gegenüber dem General Buller. Die Bevölkerung von Devonshire, dem Geburtsort des General Buller, bereitet eine Demonstration zu Ehren des gemahregelten Generals vor. Die Rundgebung richtet sich speziell gegen das Kriegsamt. —

## Rußland.

**Der Kampf gegen die Freiheit.** In Petersburg sind in den letzten Tagen 140 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden. In einem Gymnasium in Rischyn-Kowgorod waren Schülerunruhen; 11 Schünflaster wurden ausgeschloffen. Der berühmte russische Schriftsteller Maxim Gorky (Peschokow), der in letzter Zeit, nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis, unter strenger Polizeiaufsicht — zeitweise unter Stubenarrest — in Rischyn-Kowgorod lebte, ist nach dem Städtchen Arjamaß verbannt worden, wo er unter Aufsicht der dortigen Polizei sich aufhalten müssen wird. In Riga wurde der Lehrer Freymann verhaftet und nach dem Gefängnis in Libau überführt. —

## Asien.

**Zur Palastrevolution in Persien** wird der „Frankf. Zig.“ aus Petersburg gemeldet: Nach Berichten aus Teheran sind die beiden heftigsten Gegner des Großveziers, die zwei Brüder des Schahs, welche die regierungsfeindliche Bewegung leiteten, verhaftet und nach Ardebil verbannt worden. Ein Schwager des Schahs, der wegen Teilnahme an der Bewegung enthauptet werden sollte, wurde, als er schon auf dem Schafot stand, begnadigt, auch ein Onkel des Schahs Schawam-Ed-Daulch, wurde vom Schafot weg ins Gefängnis zurückgebracht, wo er, wie verlautet, später gefoltert wurde und starb. In persischen Kreisen Teherans herrscht die Ansicht, daß diese Agitation in England unterstützt wird. Unter den Verhafteten befinden sich viele Würdenträger, Gelehrte, zahlreiche Ulemas und gebildete junge Leute. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die Verhaftungen dauern fort.

Andere Berichte behaupten übrigens, daß die beiden Brüder des Schahs an der Verschwörung nicht beteiligt gewesen seien. —

**Die Philippinos machen's wie die Boeren.** Der Aufstand nimmt, so wird aus Manila gemeldet, neuerdings einen großen Umfang an. — Die Aufständischen legen eine große Energie an den Tag, sie verbrauchen die Ortschaft Sant Jose Balangas trotz der Anwesenheit der amerikanischen Garnison. —

## Der Boeren-Krieg.

### Ueber die Kriegslage.

hielt am Donnerstagabend in Essen ein Kriegsberichterstatler der „Rein. Westf. Zig.“, der sich durch nemürjigen Aufenthalt in Südafrika genaue Kenntnisse der Verhältnisse erworben zu haben erklärte, einen interessanten Vortrag, über den wir dem genannten Blatte das Folgende entnehmen:

Der Redner warnte zunächst vor dem Pessimismus, mit dem man oft in Deutschland den Krieg ansieht. Er sprach die zuversichtliche Erwartung aus: „Die Boeren werden siegen! Wir brauchen keine Intervention der europäischen Mächte mehr. Wir werden allein mit den Engländern fertig. Denn jetzt sind nicht mehr die Angegriffenen, sondern sie, die Engländer sind in der Defensive — seit nahezu einem Jahre schon — seit Roberts Abreise, der auf der ersten Station der Rückfahrt mit der Nachricht übertrifft wird, daß die „Low maroing hands“ unter Delarey einen glänzenden Sieg davongetragen haben über Clements. Die maroierenden Boeren sind jetzt nicht die Boeren, es sind die Engländer. — Man ist in Kapstadt selber nicht sicher vor den Uebergriffen englischer Soldaten, die Kanadier übten geradezu ein Schreckensregiment aus. Reiterreien sind an der Tagesordnung, auch das Offizierscorps steht nicht mehr auf der Höhe, wie zuerst. Der Redner verwahrt sich dagegen, etwa ein Englandstrefker zu sein; er erkennt durchaus an, daß das Soldatenmaterial am Anfang des Krieges nicht so schlecht war. Was es doch die Elite des englischen Militärs; die schottischen schwarzen Highlanders, die Gloucester-Püsiliers. Aber wo sind sie jetzt? Sie ruhen bei Wagesfontein, bei Colesberg. Was jetzt noch da ist an englischen Militärs, ist demoralisiert — Kriegsmüde — sogar die Offiziere. Von 30 britischen Generalen sind über zwei Duzend zurückgelehrt, nur Brench ist noch da — er verläßt jetzt auch den Kriegsschauplatz — und der thätige „Gammelsinger“ Methuen. Und die englische Feldarmee? 80 000 Mann sind nötig, um die Stappenstraße zu beden, eine Straße wie von Berlin nach Barcelona, weitere 70—80 000 Mann sind als Garnisonen unbedingt festgelegt, da bleiben nur 40 000, höchstens 50 000. Mit diesen aber nehmen die Boeren es leicht auf. An Waffen und Munition fehlt's auf lange Zeit nicht. Sie schließen schon lange mit englischen Lee-Netford-Gewehren. Und sie haben gelernt in den 2 Kriegsjahren. Der Kampf hat sie gefährt, die 15 000, die jetzt noch im Felde stehen. Sie verzweifeln nicht; was haben sie noch zu verlieren? Verbannung droht ihnen oder Tod, wenn sie in die Hände der Engländer fallen; ihre Wohnstätten sind Zimmerbauwerke. Darum halten sie aus. Und sie haben jetzt Bundesgenossen genug. Schon 15 000 Bapholländer kämpfen jetzt auf ihrer Seite. Warum aber erst jetzt?

Es hat ein ungeheurer Druck dazu gehört, die Langmut des Afrikanertums zu erschöpfen. In den besseren Zeiten fühlten sich die Bapholländer ganz wohl unter englischer Herrschaft, sie waren durchaus loyal. Konstitutionell erzogen, hielten sie auf Wahrung ihrer Rechte, erfüllten aber streng ihre Verpflichtungen gegen die Krone. Durch die ausgeprägte Religiosität wurde dieses Verhalten befestigt. Da kam die Hege der englischen Geistlichen gegen das Afrikanertum. Reformierte Geistliche wurden verhaftet, die Beamten drangen in die Häuser, hörten Frauen und Kinder aus. Das Demunziantentum breitete sich überallhin aus. Und trotzdem — immer noch hielten die Bapholländer sich vom Kampfe fern. Da kamen die englischen Wörde, die Hinrichtungen der Führer, gegen alles Recht und Gesetz. Redner behauptet als persönlicher Bekannter der Familie Lotter, daß Lotter nicht englischer Unterthan, sondern Vürger des Orange-Freistaats war. Jede englische Bluttat der Art führt den Gegnern der Engländer neue Kämpfer zu aus den Reihen der Afrikaner. Ein kritischer Tag war der 11. Oktober. Die englische Regierung hätte das Parlament berufen müssen. Durch Nichtachtung dieser Verpflichtung beging sie einen Staatsverstoß. Die Afrikaner halten sich ihrerseits für von jeder Verpflichtung England gegenüber entbunden. Sogar frühere Anhänger der englischen Politik — aus den Reihen der Engländer selbst — schlugen sich jetzt zur Separatistenpartei. „Los von England“ ist die Losung, die „Vereinigten Staaten von Südafrika“ das Ziel. Der Versuch des Herzogs von Port, höfisches Schmegelehrstück, wo so nahe das Ende des Krieges ist, die Rot vieler Tausender hat die Abneigung gegen England erhöht. So steht die Sache der Boeren nicht mehr schlecht, sie sieht gut; sie müssen siegen.

### Der Kindermord.

In London eingetroffenen Meldungen zufolge hat die Sterblichkeit in den südafrikanischen Konzentrationslagern eine enorme Höhe erreicht. Die Kindersterblichkeit ist bereits über 30 Proz. gestiegen. Die Krankenbetten sollen infolge Gammelfleisch brandigen Hammelfleisches hervorgezogen worden sein.

**Zur Boykottbewegung gegen England**

wird von einem Depeschbureau aus Havre gemeldet: Die Vertreter der Antsterdamer Dodarbeiter wurden von den hiesigen Dodarbeitern begeistert empfangen. Es steht außer Zweifel, daß die hiesigen Fabrikarbeiter der Boykottbewegung gegen die englischen Frachtschiffe beitreten werden. Auch die Kopenhagener Dodarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen und bereits einen diesbezüglichen Ausschuß ernannt.

**Die Neutralität Deutschlands.**

Die „Volls.-Ztg.“ meldet: In der Nacht vom Freitag, 18. Oktober, zum Sonnabend, 19. Oktober, und die folgenden Tage wurden im Hamburger Hafen 25 000 Kisten Kartoffeln — (die Kartoffeln nach England gehen in Säcken) auf dem Dampfer der deutsch-ostpreussischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Duisburg“ verladen, der am Dienstag, den 22. Oktober, abgegangen ist. Am 29. Oktober geht der Dampfer „Apolonia“ derselben Linie ab. Die Gesellschaft hat, um Ludwig zu bekommen, Extra-Frachtfräge für Kartoffeln nach Kapstadt, Alaba-Way und Woffel-Way bekannt gemacht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die für englische Rechnung gekauften Kartoffeln für die englischen Truppen in Süd-Afrika bestimmt sind. Wenn man bedenkt, wie die Engländer lächerlichstos deutsche Postdampfer auf den leeren Verdacht, daß sie Kriegskontrollen führten, beschlagnahmen ließen, so muß es befremden, daß eine deutsche Dampfergesellschaft sich dazu versteht, den Engländern in diesem grauenhaften Vernichtungskriege gegen die Boerennation behilflich zu sein.

Aus Hamburg wird ferner berichtet: Mit dem gestern abend von hier nach London abgegangenen Dampfer „Virgo“ (Kapitän Wells) sind an den St. Pauli-Landungsbrücken 80 große kräftige Pferde zur Verschiffung gekommen, die für Transvaal bestimmt sind und von England mit einem englischen Subventionsdampfer nach Kapstadt transportiert werden sollen.

**Aus Industrie und Handel.**

Die Reichsbank weist in ihrer Wochenübersicht abermals eine erhebliche Stärkung auf. Die Wechsel- und Lombardkonten sind um 61 252 000 M. zurückgegangen und betragen sich auf 943 055 000 M. Der Metallbestand stieg um 51 087 000 M., während der Noten-Umlauf um 50 370 000 M. zurückging. Die steuerfreie Rotenreierde hat sich auf rund 174 000 000 M. erhöht.

**Deutsche Roheisen-Erzugung.** Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat September 1901 auf 625 220 To. Die Produktion im August 1901 betrug 643 321 To., im September 1900 717 100 To. Es hat also gegenüber dem Vormonat eine weitere Verringerung um 18 101 To. stattgefunden, während im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Rückgang um 91 880 To. oder um 12,8 Proz. stattgefunden hat. Vom 1. Januar bis 30. September 1901 wurden produziert 5 871 859 To. gegen 6 249 314 To. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also 377 455 To. oder rund 6 Proz. weniger.

**Die ober-schlesische Kohlenkonvention** schießt sich in ihrer Preisbestimmung vollkommen dem rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat an. Wie berichtet wird, denke man gar nicht daran, in der nächsten Sitzung, die Anfangs November stattfindet, eine Preisermäßigung zu beschließen, wohl aber ist eine Fördereinschränkung in Aussicht genommen. Einer Ermäßigung der Preise soll erst für den Sommer näher getreten werden, so daß Abschlüsse vom 1. April nächsten Jahres ab davon profitieren. In der Ausdehnung der Konvention herrscht danach innerhalb beider Interessengruppen eine ruhende Einigkeit.

**Der Kampf des Kalisyndikats gegen die Konkurrenz.** Wie verlautet, hat das Kalisyndikat beschlossen, nimmere auch den Kampf gegen die Gewerkschaft Kohlenzölle aufzunehmen, und falls bis Ende November eine Mäßigung nicht erzielt ist, den Preis für Chloralkalium von 15 auf 10 M. zu erniedrigen. Die Preisunterbietung geschieht, um das außerhalb des Syndikats stehende Werk zum Anschluß zu zwingen. Ganz dieselbe Lastrift ist, wie wir vor kurzem berichteten, gegen die Gewerkschaft Kaiseroda im Weimarschen eingeleitet.

**Arbeiterentlassungen.** Auf verschiedenen mitteldeutschen Kohlenwerken haben infolge der schlechten Geschäftslage Arbeiterentlassungen stattgefunden; auf mehreren Gruben ist der Betrieb eingeschränkt und mit der Einleitung von Feiertagen begonnen worden.

**Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.** Die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer-Gesellschaft) erzielte im verfloffenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 552 134 M. (im Vorjahre 639 397 M.), Dividende 25 Proz. (33 Proz.). — Die Berliner Elektrizitätswerke schließen mit einem Gewinn ab, der 330 548 M. niedriger ist als im Vorjahre. Dividende 7 Proz. (10 Proz.). — Kirchner u. Co., Maschinenfabrik in Leipzig, berichten über einen Verlust von 555 000 M. (Gewinn 451 534 M.). Vorjährige Dividende 14 Proz. Der Verlust wurde beglichen durch Vernichtung von 500 000 M. Aktien, die der Werksbesitzer Kirchner zur Verfügung stellt. 55 000 M. werden dem Reservefonds entnommen. — Die Voithinger Eisenwerke hatten einen Reingewinn von 69 341 M. (239 349 M.). Dividende für Prioritätsaktien 1 1/2 Proz. (6 Proz.). — Die Gasmotoren-Fabrik Deutz gibt den Reingewinn auf 1 226 242 M. an (1 588 861 M.). Dividende 5 Proz. — Der Rürsch-Westfälische Bergwerksverein verzeichnet einen Gesamtverlust von 1 426 789 M. Der Bergwerksbetrieb soll eingeschränkt werden. — Die Kambacher Hütte verfügt über einen Reingewinn von 1 748 264 M. Dividende 10 Proz. (20 Proz.). — Die Brauerei Königsbrunn in Berlin verteilt wie im vorigen Jahre 5 Proz. Dividende. Der Generalversammlung soll der Rückkauf von 1 200 000 M. Aktien unterbreitet werden. — Das Eisenhüttenwerk Rote Erde in Dortmund schließt mit einem Verlust von 49 414 M. ab. Die Deckung erfolgt aus dem Dispositions- und Reservefonds. — Die Berliner Weibier-Brauerei vormals Landré zahlt 10 Proz. Dividende (11 Proz.). — Die Eisengießerei und Maschinenfabrik vorm. Freund in Charlottenburg hatte einen Reingewinn von 648 506 M. Dividende 12 Proz. (21 Proz.). — Die Zeiger Eisengießerei und Maschinenbau-Aktiengesellschaft gibt ihren Reingewinn auf 350 987 M. an (485 248 M.). Dividende 14 Proz. (20 Proz.). — Eisenindustrie zu Wenden und Schwerte erlangte einen Reingewinn von 391 200 M. (1 004 362 M.) Dividende 4 Proz. (15 Proz.).

**Verbot des Terminhandels in Getreide, Mehl und Wolle** fordert der Kammerauschuss des französischen Parlaments. In allen andern Waren sollen Zeitgeschäfte nur mit der Absicht wirklicher Lieferung und Abnahme gestattet werden; ein Verkäufer, der am Fristtage nicht liefern kann, soll als Betrüger verfolgt werden.

**Gewerkchaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Achtung, Gewerkschaften!** Wir eruchen hiermit alle, die noch in Besitz von Sammellisten für die Glasarbeiter sind, möglichst umgehend Listen und Gelder an unser Bureau abzuliefern. Die Listen tragen den Stempel der Berliner Gewerkschafts-Kommission und sind, laut Regulativ der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Listen und Gelder nur auf unserem Bureau abzurechnen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engel-Platz 15, part.

**Achtung Vergolder!** Die Differenzen bei der Firma Leo Berg u. Co. sind beigelegt.

Die Ortsverwaltung, J. A.: E. Dehler.

**Achtung Kürschner!** Der Streik der Pariser Kollegen dauert noch unverändert fort, darum ist der Bezug nach Paris streng fernzuhalten.

Der Vertrauensmann der Kürschner Berlins

**Achtung Klempner!** Die Klempner der Firma Sturtevant-Ventilatorfabrik (16 Mann) haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

**Vom Streik der Bauanschläger** sind zur Zeit noch 30 der Ausständigen ohne Arbeit und deshalb zu unterstützen. Da die Streikliste erschöpft ist und Beiträge von andern Gewerkschaften nicht mehr zu erwarten sind, so beschloß der Verein der Bauanschläger in seiner Generalversammlung am Donnerstag, daß am Sonnabend, den 26. d. M. die letzte Streikunterstützung ausgezahlt wird. Gleichzeitig wird mit demselben Tage das Streikbureau aufgehoben. Die Arbeitsausgabe findet wieder in den alten Arbeitsnachweisen bei Opay, Sebaktianstr. 50, und Döring, Neue Schönhauserstr. 9, statt. Ferner wurde der bisher gezahlte wöchentliche Beitrag von 3,35 M. vom 28. Oktober ab auf wöchentlich 35 Pf. und einen Extrabeitrag von 10 Pf. täglich festgesetzt. Denjenigen, welche mit diesen Beiträgen noch im Rückstande sind, wird eine Frist bis zum 8. Dezember dieses Jahres gewährt. Wer bis dahin seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, geht der Mitgliedschaft verlustig. Ebenso sollen sämtliche noch ausstehende Sammellisten bis zum 26. d. M. abgeliefert werden.

**In der Lohnbewegung der Berliner Schlächtergesellen** ist jetzt eine Aenderung insofern eingetreten, als zur Zeit Verhandlungen mit einigen Meister-Korporationen gepflogen werden. Die bisherigen Mißbräuche haben ergeben, daß die Meister eventuell geneigt sind, die Sonntagskündigung und Entlassung abzuschaffen und eine bessere Regelung der Arbeitsvermittlung durchzuführen. Der vollständige Abschluß der Unterhandlungen ist jedoch vor Mitte November nicht zu erwarten.

**In der Drahtzinnfabrik von Paul Helze in Lichtenberg** wurde — wie uns die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Vereins mitteilt — vor einiger Zeit versucht, den Arbeitern Lohnabzüge zu machen, was jedoch nicht gelang, weil die Arbeiter solidarisch zusammenhielten. In der Fabrik arbeiten 15 Schlosser, 12 Beslechschpinner und 5 Radler. Neuerdings wurden nun alle Arbeiter mit Ausnahme von 5 Spinnern nach Fertigstellung ihrer Arbeit entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Bald darauf wurden aber neue Arbeitskräfte eingestellt und zwar zu niedrigeren Löhnen als die Entlassenen erhalten hatten.

**Für die Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter** finden heute vormittag 10 Uhr die Delegiertenwahlen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, und bei Brodnow, Weberstr. 17, statt. Die Mitglieder seien hiermit darauf aufmerksam gemacht.

**Deutsches Reich.**

**Die Situation nach dem Glasarbeiter-Streik** stellt der Verbandsvorstand wie folgt dar:

Nach den bis zum 26. Oktober bei uns eingegangenen Nachrichten der Vertrauensmänner sind in den nachstehenden Orten noch ausgesperrt:

Rienburg: Firma Hebe.	verh. 63 mit 151 Kindern.	Iedig 16
Firma Hinkl	"                  "	10
Obernährchen	"                  "	17
Porta	"                  "	4
Dresden	"                  "	10
Minden	"                  "	4
Vergedorf	"                  "	3
Gerresheim	"                  "	4
Brackwede	"                  "	1
Döhlen	"                  "	4
Stadthagen	"                  "	1
Kreuznach	"                  "	2
Hainholz	"                  "	2
Minteln	"                  "	—
Odenburg	"                  "	2
Vransthausen	"                  "	—
Hörstel	"                  "	5
Hensburg	"                  "	1
		verh. 307 mit 781 Kindern, Iedig 91

Es mag ja möglich sein, daß noch ein Teil der Ausständigen im Laufe der nächsten Woche Arbeit erhält, doch dürfte der größte Teil noch wochenlang als ausgesperrt zu betrachten sein. In den meisten Orten sind die Vertrauensleute nicht wieder eingestellt worden. Es scheint, als ob der Ring der Fabrikanten beschlossen hat, die Leiter der örtlichen Verwaltungen stellen auszuburgern zu lassen. Die Herren dürften aber damit kein Glück haben, da am Sonnabend, den 26. Oktober, an die Ausständigen die Summe von 5700 M. ausgezahlt werden konnte. Wir können behaupten, daß nicht ein einziger Betrieb voll besetzt ist, daß alle Betriebe mit Arbeit überhäuft sind und trotzdem noch 398 ausgesperrte Kollegen. — Die Absicht der Unternehmer, die Organisation zu vernichten, scheint diesen Herren wenig genügt zu haben, denn unangeseht kommen Mitteilungen, daß die Kollegen der Organisation treu bleiben. — Wir eruchen die Parteigenossen, so weit es in ihren Kräften steht, die Aussperrten auch ferner noch zu unterstützen.

Der Vorstand, J. A.: Emil Girbig.

**Zur Beilegung des Ausstandes in Nordhausen** wird der Erfurter „Tribüne“ geschrieben:

Auf Veranlassung einer Versammlung wurden die Kommissionen der Tabalarbeiter nochmals bei den acht bekannten Fabrikanten vorstellig, um bezüglich der Einstellung der Arbeiter zu unterhandeln. Die Fabrikanten erklärten zunächst, einen kleinen Teil einstellen zu wollen. Hierauf wurden die Abstimmungen in den einzelnen Fabriken vorgenommen und einigte man sich überall dahin, den Widerstand des unglücklichen Standes des Kampfes wegen aufzugeben. Das wirkliche Ende des nunmehr in der 27. Woche tobenden Kampfes dürfte nach den gegebenen Verhältnissen wohl eine Zeit ausmachen. Der Rot gehörend, nicht dem eigenen Triebe, nehmen die ein halbes Jahr im Kampfe gestandenen Tabalarbeiter die Arbeit wieder auf. Das Koalitionsrecht ist erungen. Die 8 Fabrikanten haben erklärt, nichts gegen den Verband fernerhin unternehmen zu wollen. Gut denn, wir wollen sehen! Bei den letzten Verhandlungen über die Einstellung schenkte man sich nicht, wiederum durchblicken zu lassen, daß für die in Arbeit tretenden gewisse Paragraphen bereit liegen, um sie event. aufs neue zu liebeln.

So lange die Lebensfragen der Tabalarbeiter: 1. Wollte, unbeschränkte Gewährung des Koalitionsrechts, 2. Regelung des Bezahlungswesens, 3. Die langjährig zugestandene Aufbesserung der Köchleinmacher-Löhne, nicht gewährleistet sind, so lange ist es nach wie vor eine Notwendigkeit für alle in Betracht kommenden Konsumenten, eine derartige Stellungnahme zu beobachten, welche den Arbeitern entgegenläuft zu ihrem Rechte verhilft.

Der größte Teil der Kämpfenden liegt zur Zeit noch auf der Straße und ist die Not in den Reihen der Männer und Frauen eingetriften; die Unterstützung ist deshalb nach wie vor eine Notwendigkeit.

**Im Gothaer Fleischergerwerbe** sind zwischen Meistern und Gesellen Differenzen ausgebrochen. Die Innungsmeister haben es nämlich auf die Sprengung der Verwaltungsstelle des Fleischerverbandes abgesehen, weil deren Mitglieder seiner Zeit eine Position an den Stadtrat unterzeichnet hatten, die eine frühere Schließung des Schlachthofes bezweckte. Da sich der Stadtrat dieser Sache auch annahm, die Meister hiervon jedoch nichts wissen wollten, so suchten diese an den Arbeitern der Eingabe, an den Leitern der Gesellen-Organisation, ihr Mithen zu fahlen. Sie kündigten einfach diesen Personen und glaubten durch Veseitigung der Führer auch die Organisation beseitigt. Die Herren Innungsmeister haben sich dabei aber gewaltig verrechnet, denn das Gothaer Gewerkschaftsartell hat beschlossen, den Kampf der jungen Organisation der Fleischer mit altem Nachdruck zu unterstützen.

**Zur Kennzeichnung christlicher Gewerkschaften.** Das Offener Gewerkschaftsartell hatte bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Vereinen angeregt, der Stadtverwaltung gemeinsam eine Eingabe zu unterbreiten. Diefelbe sollte folgende Anträge mit Begründung enthalten: Erhöhung des ordentlichen Tagelohnes (der bisherige Tag beträgt 2,80 M.); Zugelung der Arbeiter bei Verwaltung des Arbeitsnachweises und Erlass von Vorschriften betr. achtägiger Lohnzahlungsfristen, unter Ausschluss der Sonnabende, Sonntage und Montage als Löhnungstage. Die angegangenen Vereine erklärten sich mit der gemeinsamen Eingabe einverstanden, das geschah auch bei den Beratungen. Die Berechtigung der Forderungen erkannte man unumwunden an, Trozdem erklärte, als die Eingabe ausgearbeitet vorlag, das christliche Kartell, erst einige Stadtverordnete — Ehrenvorsitzende von christlichen Arbeitervereinen — betr. der gemeinsamen Eingabe befragen zu wollen. Obwohl mittlerweile wieder vier Wochen ins Land gegangen sind, scheint bei den Christlichen die Antwort der Stadtväter Ehrenvorsitzenden noch nicht eingegangen zu sein. Das Gewerkschaftsartell und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben nunmehr ohne die Christlichen die betreffende Eingabe an die Stadtverwaltung abgehen lassen.

Es ist auch das beste, wenn man diese Leute, die sich von ihren Heilighelmschleichen Ehrenvorsitzenden berart beeinflussen lassen, daß sie darüber auch die bescheidensten Vertretungen von Arbeiterinteressen vergessen, ihren Weg allein gehen läßt.

**Ausland.**

**Der Bergarbeiterstreik im Lütticher Kohlenrevier** ist vollkommen erloschen bis auf die Gruben von Marichage; dort wird noch gestreikt. Die Streikenden dieser Grubenteile haben bei der Direktion nochmals den Versuch gemacht, eine Verständigung zu erzielen; dieselbe bleibt unerdittlich. Die Streikenden haben hierauf eine Delegation an den Gouverneur von Lüttich geschickt, der als Vermittler dienen soll; derselbe hat zugesagt.

**Die Vergolder in Göteborg (Schweden)** befinden sich in der Lohnbewegung. Sie verlangen, daß die 57-stündige Arbeitswoche und ein Minimallohn von 38 Oere pro Stunde, wie sie in einer Fabrik bereits bestehen, allgemein durchgeführt werden. Die Arbeitgeber verhalten sich ablehnend. In G. Offens Vergolderie und Goldbleichfabrik ist es bereits zum Streik gekommen.

**Der Generalstreik und die Arbeiterkommune Stockholms.** Ueber den Generalstreik, den die Arbeiter Schwedens, wenn alle friedlichen Mittel zur Eringung des allgemeinen Wahlrechts schlagend sollten, eröffnen wollen, wird mit immer größerem Eifer im ganzen Lande diskutiert und selbst aus den kleinsten Landstädten laufen Berichte über zahlreich besuchte Versammlungen ein, die sich einstimmig für die eventuelle Anwendung dieses letzten Kampfmittels erklären. Am Mittwoch hat nun auch Stockholms Arbeiterkommune (das Kartell der dortigen Arbeiterorganisationen) in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung im großen Saal des neuen Volkshauses zu dieser Frage Stellung genommen und nach einem Vortrag H. Brantings einstimmig beschlossen, daß im äußersten Notfall zur Anwendung des Generalstreiks zwecks Eringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts geschritten werden soll, zuvor aber sich noch ein besonderer Parteitag mit der Sache beschäftigen. — Die Versammlung gestaltete sich zu einer von Vegetierung getragenen Demonstration und lieferte wiederum einen Beweis dafür, daß die schwedischen Arbeiter fest entschlossen sind, ihr Aeußerstes an die Erklämpfung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu setzen. —

**Die Verhandlungen zwischen Apothekern und Krankenkassen.**

Die gestern abend stattgefunden, haben bisher ein Ergebnis nicht erzielt. Die Apotheker lehnten zunächst den „Rezeptur-Rabatt“ wiederum ab und verließen ihrerseits durch vage Versprechungen von „Handverkauft-Vergünstigungen“ usw. die Verhandlungen hinzuziehen. Da nicht zu erreichen war, daß die Höhe der zu gewährenden Vergünstigungen auch nur annähernd bezeichnet werden, wurden schließlich die Verhandlungen vertagt, um den Apothekern die Gelegenheit zur Befragung ihrer Auftraggeber und zur Verantwortung der Frage in einer späteren Verhandlung zu geben. Ein eingehender Bericht folgt.

**Lezte Nachrichten und Depeschen.**

**Zahnarzt wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet.** Thorn, 26. Oktober. (Privat-Depesche.) Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des Zahnarztes Dr. dent. surg. Grün, welche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft durch den Polizei-Inspektor erfolgte. Grün wird beschuldigt, sich gegen ein Dienstmädchen des Kreis-Tierarztes Wähler, welches sich zu ihm in Behandlung begeben hatte, während der Karwoche sexuell vergangen zu haben. Dem Angebot des Angeklagten, ihn gegen eine Kaution von 70 000 M. freizulassen, wurde nicht entsprochen.

**Zum Bergarbeiter-Ausstand in Frankreich.**

Paris, 26. Oktober. (W. Z. V.) Der Arbeitsminister erklärte heute in der Arbeitskommission der Kammer, daß das Ministerium in betreff der Frage des Minimallohnes nicht intervenieren werde, da dieselbe nur direkt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geregelt werden könne. Bezüglich des Achtstundentages bemerkte der Minister, es sei schwer, eine einheitliche Arbeitsdauer für alle Vergewerte festzustellen, da dieselbe von den jeweiligen Verhältnissen bei den Vergewerten abhängt, aber man könne sich immerhin bemühen, die Frage auf geheimerem Wege zu regeln. — Das sozialistische Komitee für den Gesamtstreik veröffentlicht einen von alten großen Arbeiterverbänden an die Arbeitergenossenschaften gerichteten Aufruf, in welchem erklärt wird, es sei im Falle eines Gesamtzustandes der Vergewerte Pflicht aller Arbeiter, gleichfalls in den Ausstand zu treten.

**Berlin, 26. Oktober. (W. Z. V.)** Die Generalversammlung der Korporation der Meistern der Berliner Kaufmannschaft beschloß mit 390 gegen 113 Stimmen die Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer unter Beibehaltung des bisherigen Namens. Nach dem beschlossenen Statut gehören von den 39 Mitgliedern der Handelskammer 12 der Börse an, nämlich 9 der Fondsbörse und 3 der Produktendörse. Die 12 Vörsenvertreter werden auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts gewählt.

**Köln, 26. Oktober. (W. Z. V.)** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Solingen: Einem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung gemäß hat Oberbürgermeister Dide gestern eine Eingabe gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Reichsanwalt und an den Reichstag abgefaßt, in welcher es unter anderem heißt, daß die Fabriken und Exporteure Solingens die Veseitigung begehren, daß durch Erhöhung der Getreidezölle mit den Ländern, welche für sie das größte Absatzgebiet bilden, Kollisionskriege entstehen, welche jeden Handelsverkehr völlig unmöglich machen oder sehr erschweren würden.

**Bern, 26. Oktober. (W. Z. V.)** Das Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 1902 läßt sich bei 102 240 000 Fr. Einnahmen und 108 120 000 Fr. Ausgaben mit einem Fehlbetrage von 5 880 000 Fr. ab, was gegenüber dem Budget von 1901 eine Steigerung des Fehlbetrags um 3 070 000 Fr. bedeutet.

**Paris, 26. Oktober. (W. Z. V.)** Der nationalistische Abg. Berry wird demnächst in der Kammer folgenden Antrag einbringen: Die Kammer ersucht die Regierung, im Einvernehmen mit den andern Mächten die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um England zu veranlassen, Frauen, Kinder und Greise nicht länger in den Konzentrationslagern in Südafrika zu lassen, sondern dieselben auf neutralisiertem und gesundem Gebiete unterzubringen.

Mit dem 1. November 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am Mittwoch mit dem Abdruck des Romans

### Cressy

Von Bret Harle.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Venustr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Hand.**

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

**1 Mark 10 Pfennig pro Monat**

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7071.)

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 50 Cere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 M. in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Auslande 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Schadenersatzpflicht der Unternehmer bei Arbeiter-Aussperrungen.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Sein Hamburger Landgericht ist dieser Tage ein Zivilprozeß anhängig gemacht, dessen Ausgang für die ferneren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland höchstbedeutend werden dürfte. Derselbe resultiert aus den großen Aussperrungen, die im Sommer 1900 auf den Hamburger Werften und Docks auf Beschluß des Verbandes der Eisenindustriellen (Mitglieder des auch vom großen Hafnarbeiter-Streik faktisch bekannnten Arbeitgeber-Verbandes) vorgenommen wurden, um den Streik der Rieter auf der Reiherrig-Schiffwerft, einer verhältnismäßig geringen Anzahl Arbeiter, niederzuzwingen. Die damals so brutal ausgesperrten Tausende von Arbeitern wollen jetzt im Wege der Zivilklage Ersatz für den ihnen durch die Aussperrung zugefügten Schaden beanspruchen. Die Höhe der geltend gemachten Forderungen bewegt sich in den einzelnen Fällen zwischen 200 und 400 M. Insgesamt dürfte das Klage-Objekt bei den mehreren Tausend ausgesperrten Millionen Mark noch etwas überschreiten. Es werden nun jedoch nicht sofort alle Klagen auf einmal eingeleitet, sondern vorläufig haben elf Metallarbeiter, die ihren Schaden, den sie durch die Aussperrung erlitten haben, auf zusammen 3202,40 M. berechnen, eine Art Probeklage angehängt, um die Rechtsfrage im Prinzip bis zum Reichsgericht durchzusetzen.

Das Reichsgericht hat in einem ähnlichen Falle schon einmal entschieden. Freilich war damals die Sachlage umgekehrt. Ein Unternehmer hatte Arbeitnehmer verklagt, weil er durch ihre rechtswidrige Arbeitsverweigerung in seinem Vermögen geschädigt sein wollte. Es handelte sich um den Fall des Kommerzienrats Kuhn in Stuttgart-Berg. Derselbe hatte von einer Heilbronner Gießerei, in der ein Streik ausgebrochen war, die Fertigstellung von Arbeiten überlassen. Seine Forderung weiterten sich jedoch, diese „Streikarbeiten“ zu machen. Er drohte ihnen mittels Anschläges in der Fabrik mit sofortiger Entlassung und schritt auch zur Entlassung von 20 Formern, die bei ihrer Weigerung beharrten. Außerdem strengte er gegen diese 20 Mann eine Schadenersatz-Klage an, und er berechnete seinen Schaden, der ihm aus Wiedereinnahmen und Mehrverkauf für Löhne durch die Arbeitsverweigerung entstanden war, auf über 2000 M. In allen Instanzen drang er mit diesem Schadenersatz-Anspruch durch. Das Oberlandesgericht Stuttgart und das Reichsgericht gaben überdies noch dem Teile des Klageantrags statt, der Solidarhaft der sämtlichen Kläger für die eingeklagte Gesamtforderung verlangte.

Dieses Urteil, das im Januar d. J. rechtskräftig wurde, erregte damals großes Aufsehen in der Presse. Für die wirtschaftlichen Kämpfe war es auch zweifellos höchst bedeutsam. Wie außerordentlich häufig kommt es z. B. schon vor, daß die Arbeiter eines Betriebes vor die Frage gestellt werden, sogenannte Streikarbeiten machen zu sollen oder nicht. Die Unternehmer-Organisationen haben fast ausnahmslos ihre Mitglieder verpflichtet, bei Streiks, Sperrungen usw. einander in der Weise zu helfen, daß sie einer für den anderen die Arbeiten, die dieser wegen der Differenzen mit den Arbeitern nicht ausführen kann, zum Selbstkostenpreis fertig stellen. Nach dem oben genannten Urteil riskieren die Arbeiter bei Arbeitsverweigerung, die in solchen Fällen bei organisierten Arbeitern ausnahmslos beschlossen werden wird, eine Schadenersatzklage des Unternehmers gegen sie. Aber die Tragweite des Urteils geht auch noch erheblich weiter. Die Schadenersatzpflicht wurde aus der Nichterfüllung des bestehenden Arbeitsvertrages hergeleitet, der durch die Arbeitsverweigerung eine vorzeitige rechtswidrige Auflösung erfahren habe. Mit anderen Worten: es können die Arbeiter bei jedem Streik — bei dem die durch Arbeitsvertrag festgesetzte oder die gesetzliche Kündigungsfrist nicht inne gehalten wird — für den dadurch dem Unternehmer erwachsenen Schaden zivilrechtlich in Anspruch genommen werden.

Und schließlich war, was außerordentlich wichtig ist, auf Solidarhaft erkannt worden, d. h. jeder Einzelne soll haftbar sein für die gesamte Schuld, falls die anderen zahlungsunfähig und unpfändbar sind. Der Teil der Entscheidung, der die beklagten 20 Formern solidarisch haftbar für die gesamte Klageforderung machte, war vom Reichsgericht folgendermaßen begründet: Die Beklagten hätten „auf Grund einer gemeinschaftlich getroffenen Verabredung im bewußten und gewollten Zusammenwirken gehandelt, sie hätten — was die Einzelnen durch ihr Auftreten nicht konnten — mit vereinten Kräften durch rechtswidrige Weigerung der Arbeit ihren Arbeitsherrn zwingen wollen, sich ihrem Willen zu fügen.“

Das Urteil wurde scharf kritisiert, sah man doch in erster Linie seine gegen die Arbeiter gerichtete Tendenz. Jüngere Juristen kamen auf Grund der umfangreichen Rechtsausführungen des reichsgerichtlichen Urteils aber auf die Idee, daß sich vielleicht auch einmal der Spieß umdrehen lasse. Und da war die damals erst vor wenigen Monaten beobachtete große Werftarbeiter-Aussperrung ein klassisches Beispiel, an dem sich die Probe machen ließ. Eingehende Beratungen haben sodann das Resultat gezeitigt, daß, wie schon oben gesagt,

11 der damals ausgesperrten Werftarbeiter durch den Hamburger Rechtsanwalt Freiherrn Dr. von Ockershausen eine Schadenersatz-Klage angestrengt haben. Diese Klage richtet sich gegen die Hamburg-Amerika-Linie, auf deren Docks 4 der Kläger, und gegen die Werft von Blohm u. Voß, auf der 7 der Kläger bis zur Aussperrung tätig waren. Sämtliche 11 Kläger sind ausgesperrt worden, ohne daß die Kündigungsfrist innegehalten wurde, und sie sind auch wochenlang an einer Ausnahme der Arbeit gehindert worden. — Bei Gelegenheit dieser Klage wird übrigens endlich auch einmal gerichtlich festgestellt werden, wie der große Kampf entstanden ist und sich entwickelt hat. Sprach doch seinerzeit der Kaiser bei seiner bekannnten Rede in Bremerhaven auf Grund einer falschen Information, die ihm geworden, die Aufsicht aus, die Hamburger Werftarbeiter hätten die Arbeit eingestellt, um das Vaterland wehrunfähig zu machen.

In der Klageschrift wird aus der rechtswidrigen vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch die Werftarbeiter die Schadenersatzpflicht der letzteren hergeleitet, und weiter daraus, daß die Arbeiter durch die Aussperrung wochenlang an der Ausübung ihrer Arbeitskraft in ihrem Beruf und an ihrem Wohnsitz gehindert worden sind. Gestützt wird die Klage auf allgemeine rechtliche Erwägungen und in besonderer auf die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Es wird in dem Klage-Antrage aber auch, und diese Frage ist besonders bedeutsam, verlangt, die Beklagten zu solidarischer Haftung für den gesamten, den 11 Klägern erwachsenen Schaden zu verurteilen. Zur Begründung dieses Antrages wird ausgeführt: Die Beklagten hätten im bewußten und gewollten Zusammenwirken als Mitglieder des Verbandes der Eisenindustriellen (Gruppe Werftarbeiter) die Aussperrung vorgenommen, um den Willen der Rieter der Reiherrig-Werft zu brechen, und dadurch in ihrem Vermögen geschädigt. Deshalb seien sie auch für den Schaden solidarisch haftbar. Es sei zwar die Vermögensschädigung nicht Selbstzweck der Maßregel gewesen, aber die Beklagten hätten diese Schädigung als gewolltes rechtswidriges Mittel zum Zweck der Niederwerfung des Rieter-Aussperrungs-Antrages angesehen.

Dringt diese Klage, und zwar besonders der Antrag auf solidarische Haftung der Beklagten für den Gesamtschaden durch, und daran zweifeln sehr namhafte Juristen nicht, so würde das für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von allergrößter Bedeutung sein. Die brutalen Aussperrungen, wie man sie 1890 in Hamburg, dann auf den Werften im Sommer 1900 belebte, wie sie noch in diesem Jahre im Baugewerbe in Halle a. S. stattfanden, und wie sie jetzt wieder in Leipzig in der Holzbearbeitungs-Industrie drohen, dürften dann wohl kaum noch vorgenommen werden, denn mancher Unternehmer dürfte sich doch bedenken, wenn ihm die Gefahr droht, möglicherweise für Unternehmer-Kollegen, die nicht solvent sind, die Zehne zahlen zu müssen.

Der erste Verhandlungstermin in dem interessanten Prozeß ist auf den 3. Januar 1902 angesetzt, und zwar vor der Zivilkammer VII des Hamburger Landgerichts, in der der Landgerichtsdirektor Dr. Hiede jetzt den Vorsitz führt, derselbe, der vor einigen Jahren das horrende Urteil gegen den Genossen Stenzel wegen Beleidigung des belgischen Königs erlante.

### Partei-Nachrichten.

Der gefesselte Brethändler.

Wir berichteten kürzlich schon von der barbarischen Behandlung, die dem Genossen Brethenbed in Dortmund zu teil geworden. Gegen Brethenbed wurde, während er wegen Vergehens (Beleidigung) im Gefängnis saß, ein neuer Prozeß verhandelt, zu dem er aus dem Gefängnis in Herford nach Dortmund transportiert wurde. Brethenbed hatte sich zur Verbüßung seiner Strafe selbst gestellt; er war überdies von Herford nach Dortmund schon ungeselbst transportiert worden. Es lag also nicht der geringste Grund vor zu der Annahme, daß er etwa einen Fluchtversuch machen würde. Trotzdem wurde er auf dem Rücktransport von Dortmund nach Herford wie ein fluchtverdächtiger schwerer Verbrecher gefesselt.

Ein und zur Verbüßung gestellter Brief Brethenbeds, den dieser aus dem Gefängnis geschrieben hat, schildert die Seelenqualen, die ihm diese Behandlung verursacht hat. Der Brief lautet:

„Bei der Urteilsverkündung am 1. Oktober war ich anwesend, da ich auf Anordnung des Staatsanwalts so lange in Dortmund verblieb. Diese Anordnung war übrigens für mich verhängnisvoll, da ich infolgedessen an Stelle des sehr rücksichtsvollen Herforder Transporteurs einen Dortmunder Polizeibeamten zum Rücktransport erhielt. Es war der Polizeibeamte Nr. 78. Durch diesen Herrn erlitt ich die schmachvollste Behandlung, indem er mich wie einen gemeinen Verbrecher gefesselt transportierte. Juristen und Professe waren erfolglos.“

Als er mir das Schloß anlegte, zog er mir mehrmals die Arme aneinander, ob es auch fest genug saße, bis es schmerzte. So geschlossen führte er mich durch die schon sehr belebten Straßen, am Wochenmarkt vorbei, zum Bahnhof hin. Am Durchgang traf mich das härteste, da dort Frau, Mutter und Bruder standen, die herbei geeilt waren, um mir noch einen Abschiedsgruß zuzurufen. Der seelische Schmerz übermannt mich noch fortwährend, wenn ich an diesen Augenblick denke. Mit meinen Verwandten ein Wort zu reden, verbot mir der Beamte zunächst, gestattete es jedoch später, als meine Mutter in begreiflicher Aufregung hell aufschrie. Aber die Fesseln bestielt ich, selbst während der dreistündigen Fahrt im Eisenbahnwagen wurden mir dieselben nicht gelöst.

Hier in Herford führte er mich wieder geschlossen durch die Straßen der Stadt, allen neugierigen Blicken preisgegeben, bis ich endlich im schrecklichen Zustande hier im Gefängnis anlangte. Die seelischen Schmerzen, die ich erduldet, sind unbeschreiblich.“

Der Brief redet eine Sprache, so eindringlich, so wirkungsvoll und zugleich in seiner einfachen Sprache so erbitternd gegen dieses brutale, kulturwidrige System, daß wir uns jeder weiteren Bemerkung dazu enthalten können.

Mit den Ausführungen Weibel über die badischen Parteigenossen, die er in Lände anlässlich der Budgetdebatte machte, beschäftigt sich jetzt in längerer Auseinandersetzung im „Volkstribune“ Genosse Kolb in Karlsruhe. Kolb bezeichnet eine Anzahl der von Weibel über das Verhalten des „Volkstribune“ und der badischen Parteigenossen aufgestellten Behauptungen als unwichtig und auf falscher Information beruhend. Nach Darlegung des Sachverhalts spricht er die Erwartung aus, daß Weibel seine Angriffe, insbesondere soweit sie vorliegender Art sind, zurücknehmen werde.

Dazu schreibt uns Genosse Weibel, daß er auf die Ausführungen Kolbs in den nächsten Tagen im „Volkstribune“ antworten werde. Weibel hält seine sämtlichen Angaben und Angriffe, mit Ausnahme eines einzigen Punktes, in dem er unwichtig informiert gewesen zu sein erklärt, aufrecht.

Die Hamburger Recordmaurer, soweit sie Parteigenossen sind, werden Montag zu einer Versammlung zusammenzutreten, um mit der von der gemeinschaftlichen Versammlung der drei Wahlkreise bestellten Kommission zu verhandeln. Von dem Ausgange dieser Verhandlungen hängt nunmehr die letzte Entscheidung in dieser leidigen Frage für die Hamburger Genossen ab.

Protest gegen den Hungerlohn. In der Stadt Altona unterzeichneten 32 594 Personen, das ist beinahe ein Viertel der Einwohnerzahl, unsere Petition.

In Wilhelmshagen mit seinen 10 618 Einwohnern unterzeichneten 6347 Personen, also beinahe 40 Proz. der Einwohner.

In Warnstedt und einigen Dörfern der Umgegend, die 1898 zusammen 492 socialdemokratische Stimmen abgaben, wurden 1552 Unterschriften gegeben.

Aus sächsischen Orten werden noch gemeldet Seltsau 1550 Unterschriften, Langenau 800, Wittau 1950. Auch hier bedeutet das, daß beinahe ein Viertel der Einwohner unterzeichneten.

In Zittlingen (Württemberg) wurden bei 13 531 Einwohnern 4359 Unterschriften abgegeben.

Das Kolonialprogramm der niederländischen Socialdemokratie. Die im Auftrage des Utrechtschen Kongresses eingesetzte Kommission, die sich mit dem Kolonialprogramm der Partei befaßt, wird ihre Tätigkeit mit einer eingehenden Untersuchung der theoretischen Grundlagen dieses Programms beginnen und hat die dazu erforderlichen Vorschläge wie folgt verteilt: Genosse J. Saks soll den theoretisch-ökonomischen Standpunkt, den die Socialdemokratie in der Kolonialfrage einzunehmen hat, untersuchen. Van der Goes soll sich mit dem politischen Verhältnis der ostindischen Kolonien zum Mutterlande befassen und an van Gogh wurde derselbe Auftrag in Bezug auf die westindischen Kolonien erteilt, während Tafel und Anterem die ökonomische Stellung der Kolonien zum Mutterlande untersuchen. Van Kol soll eine Uebersicht über die Kolonialsysteme der verschiedenen Mächte geben und Tröster soll nachforschen, was in der socialistischen Literatur über die kolonialen Fragen gesagt wird. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sollen als Grundlage für die weitere Tätigkeit der Kommission dienen.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

Ein Wohlverhaltenszeugnis für sich selbst stellte die Polizei in Kötten (Pöten) in folgenden einem Parteigenossen in Breslau gerichteten Bescheide aus:

Auf Ihr heute eingegangenes Schreiben, worin Sie eine Parteiverammlung für Sonntag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, im Hofmannschen Gasthause zu Ren-Luboch ansetzen, und über die erfolgte Anmeldung die gesetzliche Bescheinigung erbitten, erhalten Sie folgenden Bescheid.

Der Gastwirt Hofmann hat mir gegenüber und zwar freiwillig ohne jede Beeinflussung bereits gestimmt erklärt, daß er sehr Lokal für eine Parteiverammlung nicht mehr hergibt, und gebeten, Ihnen dieses mitzutellen, falls Sie sich an mich in dieser Angelegenheit wenden wollten.

Unter diesen Umständen bin ich nicht in der Lage, die verlangte Anmelde-Bescheinigung zu erteilen und verbiete die Abhaltung der Versammlung, da die Gefahr vorliegt, daß bei der thatsächlichen Weigerung des v. Hoffmann eine Störung der öffentlichen Ordnung eintritt.

Die Polizei in Kötten muß doch sehr viel Grund zu der Befürchtung haben, daß man ihr eine Beeinflussung des Wirtes zutrauen könnte.

### Sociales.

Eine Arbeitslosen-Versammlung in Breslau, die am Freitagvormittag tagte, war von etwa 1500 Personen besucht. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie an die Vertreter der Arbeiter in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen richtet, eine schleunige Intervention an den Magistrat zu richten, welche Mittel dieser zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen gedenkt, und worin sie fordert, daß nach dem Vorbild anderer Städte auch der dortige Magistrat an die Vornahme von Notstandsarbeiten noch in diesem Winter herantritt.

Die Wohnungsverhältnisse der Saisonarbeiter. Die Amtshauptmannschaft Döbeln (Sachsen) erließ folgendes Regulativ:

§ 1. Die von den Saisonarbeitern (in der Landwirtschaft, auf Bauten, in Ziegeleien usw.) benutzten Schlafräume müssen so groß sein, daß auf jede Person mindestens 8 Kubikmeter Luftraum und 1/2 Quadratmeter Bodenfläche kommen. Röhren, Keller, offene Hausböden, Hausfluren und solche Räume, deren Benutzung zum dauernden Aufenthalt von Menschen aus sicherheitspolizeilichen Gründen unterliegt, dürfen nicht zu Schlafräumen dienen. Auch dürfen die Schlafräume nicht mit Aborten in offener Verbindung stehen.

§ 2. Der Fußboden der Schlafräume muß entweder gebleit oder cementiert sein. Er ist rein zu halten und mindestens einmal monatlich zu scheuern.

§ 3. Jeder Schlafraum muß außer einer Thür auch ein genügend großes, leicht zu öffnendes Fenster in der Außenwand des Hauses erhalten, damit Licht und Luft freien Zutritt haben.

§ 4. Als Lagerstätten haben Betten oder Strohsäcke zu dienen. Eine Lagerstatt darf höchstens von zwei Personen zu gemeinschaftlicher Ruhe benutzt werden. Wird ausnahmsweise eine allgemeine Streu aufgeschlagen, so ist das Stroh mindestens allwöchentlich zu erneuern. Auch hat jede Person ein besonderes Kopfkissen und eine besondere Decke zu erhalten.

§ 5. In jedem Schlafraume dürfen — soweit es sich nicht um Ehepaare oder um Eltern und Kinder handelt — nur Personen des gleichen Geschlechts untergebracht werden; auch muß darin die Höchstzahl der Aufzunehmenden durch leicht erkennbaren Anschlag angegeben sein.

§ 6. Die Schlafräume sind von den zum Einnehmen der Mahlzeiten bestimmten Räumen zu trennen.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

§ 8. Dieses Regulativ tritt am 1. Januar 1902 in Kraft.

Daß solche minimale Anforderungen an die Unterbringung von Menschen erst noch polizeilich erzwingen werden müssen, kennzeichnet am besten die kulturwidrigen Zustände, die bei uns, die wir andere Völkern Kultur bringen wollen, noch herrschen.

### Gerichts-Beilage.

Margarine statt Butter. Wegen unlauteren Wettbewerbes war der Bäckermeister Haddeil aus Steglitz angeklagt worden. Er hatte im Verkaufsfloß seiner Konditorei und Bäckerei ein Plakat mit Aufschrift ausgehängt: Alle Waren unter Garantie in reiner Natur butter gebacken. Thatsächlich wurde aber, wie das Landgericht feststellte, in dem Betriebe zum Backen der geringeren Backwaren, z. B. der Schreden, neben Butter auch Talg sowie Margarine verwendet. Das Landgericht verurteilte H. zu einer Geldstrafe von 300 M. und das Kammergericht verwarf seine Revision mit folgender Begründung: Nach den Feststellungen des Vorderrichters habe der Angeklagte das der Wahrheit nicht entsprechende Plakat in der Absicht ausgehängt, den Kunden eines besseren Angebots zu erwecken und das Publikum zu täuschen. § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb sei mit Recht angewendet worden. Das Plakat sei als eine für einen größeren Personenkreis bestimmte öffentliche Preisangabe anzusehen. Daß der Preis der Waren nicht angegeben sei, wäre gleichgültig, da der Preis der Backwaren überall der gleiche sei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 27. Oktober.  
Freie Volkshöhle. Sessing.  
Theater. 10. Abteilung (gelb-grüne Karten) und 11. Abteilung (grüne Karten): Gespenster. Anfang 2 1/2 Uhr.

Carl Weisk Theater. 2. Abteilung (rot-blaue Karten) und 3. Abteilung (blaue Karten): Das Freiwild. Anfang 2 1/2 Uhr.

Cyberhaus. Fra Diabolo. — Phantasten im Bremer Rathsaal. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittags 12 Uhr: Vorstellung zum Fischen des Berliner Kruppen-Bereins.

Montag: Die Reißerfinger von Nürnberg.

Schauspielhaus. Florio und Flavio. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Julius Caesar.

Neues Opern-Theater (Aroll). Faust. Anfang 7 Uhr.

Mittags 12 Uhr: Populäres Konzert der herzoglich Meiningenschen Hofkapelle.

Montag: Geschlossen.

Schiller. Jugend. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Heimat.

Montag: Hans Hudelein.

Deutsches. Die Wälder. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verunkelte Glocke.

Montag: Die Nacht der Finsternis. Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Die Goldgrube.

Montag: Ueber unsre Kraft. (2 Teil.) Sessing. Die Fre Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Die Zwillingsschwester.

Neubau. Sein Doppelgänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Das blaue Kabinett.

Montag: Nora. Scandinavisches Gastspiel.

Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Der Proberpeil.

Montag: Das ewig Weibliche.

Deutsches. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachmittags: Die lustigen Weiber von Windsor.

Montag: Nigardo Hochzeit.

Secessionstheater. Der alte Kronen-Bunte Brett. Anfang 8 Uhr.

Montag: Diefelbe Vorstellung.

Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Die Geisha.

Montag: Die Geisha.

Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Diefelbe Vorstellung.

Luise. Bei keinem Deuten. Anfang 8 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Don Carlos.

Montag: Der Goldbauer.

Carl Weisk. Der Mädchenbrunnen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Diefelbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Vandalen. Anf. 7 1/2 Uhr.

Nachm. 3 Uhr: Bar und Zimmermann.

Montag: Die Vandalen.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:

**Ueber den Wolken**  
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 105.

Horwarths wunderbare  
**6 Liliputaner**

mit ihren kleinsten Pfunden  
der Welt  
und Pracht-Equipage!

**Berliner Aquarium**  
Unter den Linden 68a.  
Eingang Schadowstr. 14.

Heute Sonntag Eintrittspreis:  
**25 Pf.**

Reichhaltigste Ausstellung  
der Welt an lebenden Seetieren,  
Reptilien etc.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:

**Ein tolles Geschäft.**  
Große Ausstattungssposse  
mit Gesang und Tanz in 4 Akten.  
Paula Worm in 8 Verwandlungen.  
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen.  
Fritz Helmerding als Wolroggen.  
Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Theater**  
**Schall und Rauch,**  
Unter den Linden 44.

Sonntag, den 27. Oktober 1901:  
Nachm. 4 Uhr: III. pop. Konzert.  
Abends 8 1/2 Uhr:

**Neues Programm!**  
In Vormundschafftssachen. Ein Gelbmalis. Don Carlos. Die Weber.  
Das Zahnweh.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.

Abends 7 1/2 Uhr! Abends 7 1/2 Uhr!  
Zum erkennen!

**Der Mädchenbrunnen.**  
Große Berliner Ausstattungssposse  
mit Gesang und Tanz in 4 Akten von  
Kurt Junge. Musik von W. W. W.  
Nurgen und folgende Tage: Diefelbe  
Vorstellung.

**Metropol-Theater.**  
**Schön**

**war's**

**doch!**

Gr. Berliner Ausstattungssposse  
mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.

**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Eise de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**

Gastspiel:  
**Saharet!**

Anfang 1 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**

Heute  
zum letzten Male:

**Frau Luna**

mit dem Luftballett  
**Grigolatis.**

Ferner:  
10 sensation. Specialitäten.

Kassen-Eröffnung 6 Uhr.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 30. Oktober:  
**König Aqua.**

**Passage-Theater.**  
Wieder-Auftreten

von  
**Traudchen**

**Hundgeburch!**

**Sozo \* Kühne**

etc.  
Das glänzende  
**Oktober-Programm.**

18 erstkl. Nummern.

## Palast-Theater

(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Heute, Sonntag, den 27. Oktbr.:

**Gr. Extra-Vorstellung.**  
15 Sensations-Nummern.

Letzter Sonntag.  
Direktor Wilhelm Fröbel  
in der hochkomischen Operette  
**Weibliche Barbieri.**

Großer Erfolg.  
**Die drei Silbersterne.**  
Der Musik-Sport-Act.

Lebende Kissen - Photographien.  
Anfang 7 Uhr.

Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.  
In Vorbereitung:  
**Grossstadtzauber.**

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.

„Bosco“.  
Neysel. Britton.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4 a.

Wiederankunft von  
**Adolf Hoffmann.**

Jeden Sonntag,  
Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**

**Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Soiree: Tanz.  
Anfang Sonntag 7 Uhr,  
von 5-7 Uhr Konzert.

Entree 50 und 75 Pf. Hochentags  
Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.  
Wochentags Vereinsbillets gültig und  
Tanz frei. Alle anderen Tage bleiben  
die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

**Achtung!**

**Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).**  
Am Sonnabend, den 2. November, im „Berliner Vater“,  
Kastanien-Allee 8/9:

**Großes Herbst-Vergnügen**

veranstaltet von  
**Socialdemokratischen Parteigenossen der Schönh. Vorstadt**  
unter Mitwirkung des Berliner Uk-Trio.  
Reichhaltiges Programm!

**Konzert und Tanz.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. (220/8) Billet 25 Pf.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
**Schlussmarsch:** Auf zur Flugblattverbreitung!

**Arbeiter-Bildungsschule.**

Heute, den 27. Oktober 1901, im grossen Saale des  
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

**Liliencron- und Falke-Abend.**

Recitationen. — Festrede. — Gesang.  
MITWIRKENDE:

Max Heinsick (Violine). | Frau Moest-Schoch  
F. Rückwardt (Viola). | (Gesang).  
A. Löffler (Violon-Cello). | Friedrich Moest  
Waldemar Meger-Quartett. Leitung: | (Recitationen).  
Kapellmeister Erben. | Dr. Rudolf Steiner  
(Am Flügel). | (Festrede).

**Rauchen nicht gestattet.** Die Saalthüren bleiben  
während der Vorträge geschlossen.

Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Billet 50 Pf.  
inkl. Garderobe und Liedertext. 5/8

**BALL.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Billets sind an der Kasse und an folgenden Stellen  
zu haben: Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz; Horsch, Engel-  
Ufer 15; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Demminerstr. 32.

**Wollen Sie mal herzlich lachen,**  
so gehen Sie nach

**Cirkus Renz-Tunnel!**

**Belling mit der Orgel ist wieder da!**

Außerdem das große Oktober-Programm.

**Heute Sonntag: Gala-Vorstellung.**

**Cirkus Renz Riesen-Tunnel**

Wo amüsiert man sich grossartig?  
in **Schnegelsbergs Festsälen**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Zuh. Max Schindler.

Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**  
verbunden mit Cigarren, Bonbon-Regen und  
diversen Ueberraschungen. 24440\*

Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

## Cirkus Busch.

Sonntag, den 27. Oktober:  
2 große brillante Vorstellungen,  
nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Nachm. hat jeder Erwachsene auf allen  
Sitzplätzen 1 Kind unter 10 Jahren frei.  
In beiden Vorstellungen: Krassnick's  
Affen u. Bross mit seinen 5 Elefanten.  
Abends 7 1/2 Uhr:

**Ein guet Brandenburg allowago.**

**Cirkus Schumann**  
Renz-Gebäude, Karlstrasse.

Sonntag, den 27. Oktober:  
2 große ansehenswerthe  
Gala-Vorstellungen.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ganz besonders  
gewähltes hervorragendes Programm,  
u. abends 7 1/2 Uhr: In beiden Vor-  
stellungen, nachmittags und abends

**Mr. Ephraim**  
Thompson der Unlöslbare, mit seiner  
unvergleichl. bestehenden neuen **Elefanten-Nummer.**

In beiden  
Vorstellungen Auftreten samtl. neu  
engagierten Specialitäten, sowie Dir.  
H. Schumanns neueste Original-  
dressuren. U. a.: **Ein Stündchen**  
**in der Arche Noahs.**

Nachmittags auf allen 1 Kind frei  
Blättern ohne Ausnahme (ausser  
jedes weitere Kind halbe Preise (ausser  
Valerie), abends jedoch volle Preise.  
Abends zum 16. Male:

**A Travers Paris**  
(Quer durch Paris)  
mit dem Schlußact: **Nordseebad**  
**Scheveningen.**

Große Ausstattungs-Pantomime  
in 8 Akten mit feinsten Licht- und  
Wasser-Effekten von René Louis, Paris.

**Casino-Theater**  
Lothringersstrasse 39.

5 neue Debüts  
u. a. Mr. Resieps, zum erstenmal  
in Berlin. — Die drei reisenden  
Silvius — Steidl.

**Berlin N. — Berlin W.**  
Anf. wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Gesellschaftshaus**  
Zwinnmühlstr. 12.

Tägl. Theater u. Specialitäten-  
Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.  
Säle für Gesellschaften, Vereine,  
Festlichkeiten zu vergeben. 13488\*

## Turn-Verein „Fichte“

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).

**Wohlthätigkeits-**

**Künstler-Konzert**

für den Unterstützungs-Fonds des Vereins.

**Sonnabend, 9. November,**

in den neu renovierten Sälen der

**Brauerei Friedrichshain (fr. Lips).**

Am Königsthor. Am Königsthor.

Mitwirkende:  
**Berliner Tonkünstler-Orchester.**

Kapellmeister Herr Franz v. Blon.  
Konzertmeister Herr Alfred Wittenberg (Solovioline).  
Konzertsängerin Frä. Anna-Lise Gronwald.  
Komponist Herr Max Wagner (Klavier).  
Frau Clara Wessel (Harfe).

**Schäferscher Männerchor der Elber.**  
Chormeister Herr Otto Schäfer.

Nach dem Konzert: **Ball.**

Anfang präc. 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands.**

Sonnabend, den 9. November 1901:  
im „Böhmischen Brauhause“, Landsberger Allee:

**Herbst-Fest**

bestehend in  
grossem Sinfonie-Konzert und Solisten-Vorträgen.

Kapellmeister: Herr Fischer.  
Anfang Punkt 8 Uhr. Entree inkl. Tanz 0.60 Wt.  
Billets sind im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27, und beim Kollegen  
Greier, Köpenickerstr. 1, 2. Aufgang 4 Tr. zu haben. 21/11  
Wähe willkommen. Zahlreichen Besuch der Kollegen erwartet  
Das Vergnügungskomitee.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige  
Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. H. Mütt.

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

**Restaurant Moritz Uhle,**  
Kreuzbergstr. 50, Fagbachstraßen-Ecke.

Jeden Sonntag frisches Gänse- und Hase-Braten, Elbslein, Sauerfohl.  
Großer Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr, a. Concert 50 Pf.; reichhaltige  
Abend-Speisentarte, keine Preise; vorzügliche Biere. 14488

Son 4 Uhr an: **Frei-Konzert.**

**Restauration, Lortzingstr. 24.**  
Ecke Graunstrasse.

Bereinszimmer mit Pianino zu vergeben. (21792\*)  
Um fremdbüchigen Zutritt bittet  
**Carl Koblenzer.**

**Franke's Speisehalle**

**Neue Grün-Strasse 39** (zwischen Kommandanten-  
und Seydelstrasse).  
Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte  
zum Preise von 10-30 Pf.  
Bier 1/10 10 Pf., 2/10 5 Pf.

Speisezeit ununterbrochen von vor-  
mittags 8-10 Uhr abends.  
Kaffee 5 Pf. Milch 5 Pf.

**W. Noacks Theater. Märkischer Hof,**  
Friedrichstr. 16.

**Benjion Schöller.**  
Poffe in 3 Akten von Karl Laufs.

**Heute Tanzfränzchen.**

Montag:  
**Philippine Welsler.**

**Deutsche Konzerthallen,**

An der Spandauer Brücke 3.  
Vornehmst. Vergnügungsort!  
Täglich: **Internationale**  
**Konzerte.**

Specialität-Doppel-Vorstellung  
von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der**  
**Berliner Bock-Brauerei.**

Vorzügliche Küche.  
Gut gepflegte Biere.

**Johannisthal.**  
**Raus Park-Restaurant.**

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**  
Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung.  
Saal für Vereine u. Versammlungen.

**Alhambra**  
Wallnertheater-Strasse 15

Jeden Sonntag und Dienstag:  
Großer Extra-Ball bei doppelt be-  
leuchteten großen Orchester. Anfang  
6 Uhr. **A. Zameitat.**

**Restaurant zur Pfalzburg,**  
Frl. Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 66.

Jeden Sonntag: **Tanz-Kränzchen.**  
**Hermann Otto.**

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Helmat.**

Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Jugend.**

Ein Liebedrama in 3 Aufzügen von  
Mar Halbe.

Montag abends 8 Uhr:  
**Hans Hucklebein.**

Dienstag abends 8 Uhr:  
**Hans Hucklebein.**

## Central-Theater.

Heute 2 Vorstellungen:  
Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen  
**Die Geisha.**

Operette in 3 Akten von S. Jones.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Puppe.**

Operette in 3 Akten von Kudran.  
Im zweiten Bilde Einlage: **Die**  
**frische Katze**, gesungen von Fräulein  
Mia Werber.

Montag und Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Geisha. Mittwoch: Die Puppe.  
Einlage: **Die frische Katze**, gesungen  
von Mia Werber.

## Urania

Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:

**Grosser Ball.**

Anf. 4 Uhr. Siehe Aufschlagplakat.  
Empfehle mein Lokal zu Fest-  
lichkeiten und Versammlungen.  
24390\* **C. F. Walter.**

## Echt chinesische

**Mandarinendaunen**

Das Pfund Mk. 2.85  
südländische Daunen wie alle in-  
ländischen, garantiert neu und  
staubfrei, in Farbe ähnlich den  
überhäuten, unheimlich feinfäd-  
ig und haltbar: 3 Pfund  
genügen zum großen Über-  
bett. Tausende Anerkennungs-  
schreiben. Verpackung unversehrt.  
Bestand gegen Nachn. von der  
ersten Bettfedernfabrik  
mit elektrischem Betriebe

**Gustav Lustig,**  
Berlin S., Oranienstr. 66.

Man verlange Proben!

## II. Wahlkreis.

10. Kommunal-Wahlbezirk. Dienstag, den 29. Oktober 1901, abends 8 Uhr, bei Rautenberg, Hajenheide 53 (Bildel):

### Wähler-Versammlung.

Referent der Kandidat Genosse Fritz Zubell über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion.

9. Kommunal-Wahlbezirk. Mittwoch, 30. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstraße Nr. 5/6:

### Wähler-Versammlung.

Referent der Kandidat Genosse Dr. med. Alfred Bernstein über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion.

4. Kommunal-Wahlbezirk. Mittwoch, 30. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Zühlke, Demmeisstraße Nr. 14:

### Wähler-Versammlung.

Referent der Kandidat Genosse Fritz Zubell über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion. Um recht regen Besuch ersucht Das Wahlkomitee.

**Achtung!** **Sozialdemokratischer Verein** für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. **Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:** **General-Versammlung** im Alten Schützenhause, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und Diskussion. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Partei- und Vereinsmitteilungen. 4. Verschiedenes. Da es die erste Generalversammlung nach der Reorganisation ist, so erwarten wir vollständiges Erscheinen aller Mitglieder. Das Protokoll des Väterer Parteitages gelangt zur unentgeltlichen Verteilung. Nur Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41:

## Volks-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow über: Die Verteuerung des Lebensunterhalts und die Konsumgenossenschaften. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen (Männer wie Frauen) erwartet. Die Agitationskommission Nordosten.

**Achtung!** **Rixdorf.** **Achtung!** Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Thomas, Hermannstr. 48-50:

## Socialdemokratische Parteiversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Schubert aus Schönberg. 2. Diskussion. Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Charlottenburg-Teltow-Beeskow-Storkow. Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, bei Herrn Bauer, Berlinerstraße 86 (Charlottenburg):

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Welche Interessen haben die Frauen an den Stadtverordnetenwahlen? 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Kreis- und Ortsvertrauensperson. 4. Verschiedenes. Um recht zahlreichen Besuch besonders der Frauen bittet Die Kreis-Vertrauensperson: Frau Thiel, Tempelhofer.

**Kleber (Tapezierer).** Mittwoch, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Jannasch, Inselstr. 10,

## Gr. öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht und Abrechnung der Lohnkommission. 2. Diskussion. 3. Die Ziele und Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform. 4. Verschiedenes. Die Lohnkommission der Kleber Berlin und Umgebend. 3. K.: Sad Nessel, Stallgerstr. 116.

**Große öffentliche Versammlung** aller Rassenmitglieder der

## Orts-Krankenkasse für Wäschefabrikation

am Dienstag, den 29. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Uppa), am Königsthor. Tages-Ordnung: 1. Die Zustände in unserer Kasse und die bevorstehenden Delegiertenwahlen zur Generalversammlung. 2. Der vom Vorstand vollzogene Anschluß der in Alt-Plattieren und Wäschereien beschäftigten Mitglieder. 3. Freie Aussprache. Die Einberuferin: Frau Eue, Königbergerstr. 24.

**Samariter-Kursus** für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Diese abend präcise 6 Uhr bei Schulze, Grenadierstr. 33,

## Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. P. Bernstein über: „Der Alkoholismus eine Kulturpest.“ Nach der Versammlung: Tanz. Gütliche willkommen. Morgen, Montag, abends 9 Uhr: II. Lehrstunde in der Filiale Brunnenstr. 150. Vortrag über Psychologie. Neue Teilnehmer können noch eintreten.

**Herren-Vortrag** Mittwoch, den 30. Oktober, abends 1/9 Uhr, in Schabmakers Festsaal, Stallgerstr. 126, und Freitag, den 1. November, abends 1/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: Sogen. unheilb. Männerleiden. Nur f. Herren! Einz. frei!

## Berlin IV. Osten.

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Große Frankfurterstraße Nr. 117:

## Kommunalwähler-Versammlung

für den 22. Wahlbezirk die Stadtbezirke 152-156 und 158-159 umfassend.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Ref.: Genosse Dr. R. Friedberg. 2. Diskussion. - Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung zu agitieren. Das Wahlkomitee.

## Moabit.

Am Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Ahrens Brauerei“, Turmstraße:

## Kommunalwähler-Versammlung

für den 44. und 45. Bezirk. Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referenten Genossen Fritz Zubell und Borgmann. 2. Diskussion. Die Parteigenossen werden ersucht, in den uns noch fernstehenden Kreisen für diese Versammlung zu agitieren. Die Wahlkomitee.

**Achtung!** **VI. Wahlkreis.** **Achtung!** Dienstag, den 29. Oktober, abends 1/2 9 Uhr:

## Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung

im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7. Tages-Ordnung: Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Genosse Carl Freudenberg. Der Einberufer: Johannes Katsor.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße 29:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom III. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Gewerkschaftskontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Anträge und Verbandsangelegenheiten. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Stock- und Celluloid-Arbeiter!

Am Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“ (unterer Saal), Alexanderstr. 27c:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmanns über die gegenwärtige Lage in der Stockbranche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## Branche der Korbmacher.

Montag, 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Neuwahl eines Kommissionsmitglieds. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Da wichtige Sachen zu erledigen sind, bittet um zahlreichen Besuch Die Kommission.

## Verband der Tapezierer.

Montag, den 28. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Kombinierte Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht der Ortsverwaltung und des Kassierers. 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Regelung des Versammlungswesens. Mitgliedsbuch legitimiert. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds zu erscheinen. Die Verbandsleitung.

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

(Zachverein. Zahlstelle Wien.) Montag, den 28. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wolff, Fruchtstraße 36:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Die Lage in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zur Beachtung! Das Erscheinen sämtlicher im Osten wohnenden sowie arbeitenden Kollegen ist notwendig. Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer, Cementierer und Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin IV.

Sonntag, den 3. November 1901, mittags 1 Uhr, bei Nümann, Brunnenstraße 188:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Versicherungsgesetze. Referent: Kollege August Dähne. 2. Diskussion. 3. Die heutige Lage im Baugewerbe, specia für Cementierer. 4. Verschiedenes. Achtung! Die Kollegen werden ersucht, die Versammlung zu besuchen und die Handzettel zur Agitation zu benutzen. Der Einberufer. Zähne vorzügl. Abend, Garantie, Teilzahl, Plomb., Schmerz-, Zahn-, Umarm., schlecht, Geb. Goldstein, Oranienstr. 133

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.

Am Donnerstag verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter

## Paul Flemming.

Seine letzten Stunden! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober 1901, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus zu Grig aus statt. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

## Ferdinand Haack

am 23. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, am dem Heiligen Kreuztrichhof in Mariendorf statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

## Nachruf.

Central-Verband der Elektromonteuere u. Berufsgenossen Deutschlands.

## Sektion Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treuer Kollege

## Emil Thiede

infolge eines Unfalls verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 27. d. M., in Schönhagen (Samariter-Kirchhof) statt. Treffpunkt für die Mitglieder: 2 Uhr, Bahnhofsstraße (Strahlenbahn). Um rege Teilnahme bittet Der Vorstand.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes und Bruders sagen wir allen unseren Freunden und Bekannten insbesondere den Herren Kollegen, unseren tiefgefühltesten Dank. 13728

Margarete verw. Giesch. Anna Burdach geb. Giesch.

## Dankjagung.

Allen denen, die an der Beerdigung meines lieben Vaters, des Arbeiters

## Ferdinand Sorge

teilgenommen haben, besonders dem Wahlverein des 4. Berliner Wahlkreises, Oß, den Kollegen der Filiale 7 der Städtischen Arbeiter und den Kollegen des Central-Verbands unsern innigsten Dank. 14488 Die trauernden Hinterbliebenen.

## Buss' Salon.

Gr. Frankfurter-Strasse 85. Empfehle meinen Saal mit schönem Nebenzimmer noch einige Sonnabende, Buhtag zu freilichsten, einige Wochentage zu Versammlungen. 24382 Otto Theel.

## Rösliner Hof.

Köllner-Strasse No. 8. Erster u. zweiter Weihnachtstag zur Matinee frei.

## Engl. Garten.

Alexanderstraße 27c. Sonnabend, den 18. November, Totensonntag, Sonnabend, den 30. November, Saal frei unter ganz coulantem Bedingungen.

## Hoffmanns Volksgarten Westend

find Säle für Sonnabende zu freilichsten unter coulantem Bedingungen zu vergeben. 26212

## Zur gefälligen Beachtung!

Hatte mein 10842

## Lokal Taubenstr. 47.

neben der Urania, den verehrten Parteigenossen und Vereinen belien empföhlen. Freilichstentag, Mittagsstich von 12-2 Uhr. Schultze's Bier. Hochachtung Karl Schmidt.

## Achtung!

## Vereine.

Umständehalber ist für Sonnabend, den 23. und Sonnabend, den 30. November, der große Saal frei geworden. C. Pohl, Gewerkschaftshaus.

## Graumann's Festsäle (früher Renz)

Naunynstrasse 27. 21982

Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. - Sonnabende und Sonntage im Dezember, Januar, Februar und März noch an Vereine zu vergeben, Buhtag, Ostvester und Neujahrstag noch frei. Gustav Graumann.

## Sonnabend, der 9. November frei geworden.

## Andreas-Fest-Säle, Andreas-Strasse 21,

am Androsplatz. Sonnabend, 7. Dezember, wie auch Wochentage zum Maskenball 1902 noch frei. Die Säle sind neu dekoriert, die Parkettböden auf Sprungfedern erdaut. Scheinwerferbeleuchtung bei Polonaisen in über 100 verschiedenen Farben, desgleichen ca. 600 Projektions-Bilder nach Wahl für die Partien stehen den Vereinen und Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung. Hochachtungsvoll 25002

Carl Stechert. Telephon: Amt VII Nr. 5323.

## Robert Dieseler,

Restauration und Stehbier-Halle. Ecke

145 Brunnenstr. 145, Rheinsbergerstr. 11. Spelsen u. Getränke. 25992



Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

- A. Vertrauenspersonen: I. Wahlkreis: Georg Opyel, Fischerstr. 85. II. Wahlkreis: Paul Scholz, Fiedrichstr. 35, IV. III. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7, v. IV. IV. Wahlkreis: Emil Voigt, Pflasterstr. 31, part. (Südost) V. Wahlkreis: Paul Schneider, Blumenstr. 49, III. (Ost) VI. Wahlkreis: (Roabit): Johann Farr, Pultitzstr. 10. (Wedding und Oranienburger Vorstadt): Aug. Sinze, Pantstr. 13. (Rosenhaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Herm. Raskch, Grünhaldenstr. 65. (Schönhauser Vorstadt): A. Wänisch, Schönhauser Allee 103.

- Rieder-Barnim: Adolf Gatz, Weissensee, Lechnerstr. 5. B. Pressekommision: I. Wahlkreis: Fritz Felgentreff, Oranienstr. 183. II. Wahlkreis: Albrecht Hülle, Mariendorferstr. 1. III. Wahlkreis: Karl Alboldt, Immanuelstr. 27. IV. Wahlkreis: O. Otto Wächner, Andreadstr. 76. VI. Wahlkreis: Wilhelm Freyhalter, Gartenplatz 1, vorn III. Rieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197. Emil Gerstenberger, Neu-Weissensee, König-Grauhof 41.

- C. Lokalkommision: I. Wahlkreis: F. Lucht, Hasenheide 51, Quergeb. IV. II. Wahlkreis: Wils. Wenz, Wälfstr. 6, Hof Quergeb. VI. III. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, v. IV. IV. Wahlkreis: O. Blume, Gubenerstr. 6, part. (Ost) V. Wahlkreis: Wils. Sedler, Reichenbergerstr. 122, Quergebäude I. Rieder-Barnim: Paul Kette, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 20a. Alle Zuschriften in Lokalangelegenheiten sind an Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstr. 66, v. IV, zu richten.

- D. Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg: I. Wahlkreis: Baldeur Manasse, Friedensstr. 13. II. Wahlkreis: Fritz Rinke, Reichenbergerstr. 128. III. Wahlkreis: Karl Dimmid, Luisen-Ifser 11. IV. Wahlkreis: O. Albert Wafewig, Friedrichsbergerstr. 20. SO.: Wilhelm Jödel, Köpnickstr. 190. VI. Wahlkreis: Max Kiesel, Schulstr. 22. Rieder-Barnim: Georg Freywaldt, Rankow, Florast. 30.

- E. Vorsitzende der Wahlvereine: I. Wahlkreis: Hugo Wolderski, Steglitzerstr. 84. II. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 157, IV. III. Wahlkreis: Paul Hoffmann, Opyelnerstr. 21. IV. Wahlkreis: O. Ernst Vader, Große Frankfurterstr. 34. VI. Wahlkreis: C. Fahrenow, Hofstr. 35, Hof I.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossen und Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß für den 10. Kommunal-Wahlbezirk am Dienstagabend 8 Uhr bei Rautenberg (früher Videl), Hasenheide 53, eine öffentliche Versammlung mit dem Referat des Kandidaten, Stadtverordneten Genossen Fritz Jubell, stattfindet; 9. Kommunal-Wahlbezirk. Der Kandidat für den 9. Bezirk, Genosse Dr. med. Alfred Bernstein, referiert in der am Mittwochabend 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-8, stattfindenden Volksversammlung über: Die bevorstehenden Kommunalwahlen; 4. Kommunal-Wahlbezirk. Bei Jähle, Dennenwegstr. 14, findet am Mittwoch, den 30. d. M., eine Volksversammlung statt mit dem Referat des Kandidaten Genossen Fritz Jubell über: Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, für recht guten Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Den Parteigenossen des Ostens zur Nachricht, daß am 29. Oktober eine Kommunalwähler-Versammlung für den 22. Wahlbezirk (Stadtbezirke 152-156 und 158-159) Große Frankfurterstr. 117 (Königsbont) stattfindet. — Desgleichen wird eine Versammlung am 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Andreadstr. 21, bei Stechert für den 23. Wahlbezirk (Stadtbezirke 168-174) abgehalten. Wir ersuchen die Genossen der betreffenden Bezirke, in den uns noch fernstehenden Kreisen für diese Versammlungen recht regen zu agitieren.

An die Parteigenossen der Provinz Brandenburg (ausschließlich der sechs Berliner Wahlkreise) richten wir noch einmal das dringende Ersuchen, so rasch wie möglich, spätestens aber bis zum 30. d. Mts., die Petitionskisten gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Genossen Karl Dimmid, Berlin S, Luisen-ufer 11, einzulegen, damit dieselben rechtzeitig an die Controlstelle abgeführt werden können. Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

Mariendorf und Umgegend. Heute, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet in Mariensfelde bei Diekmann (früher Deutschbein) eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Julius Raskch hält einen Vortrag über: „Ist Religion Privatfache?“

Schmargendorf. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Wirtschaftshaus Schmargendorf seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte und Neuwahlen.

Rankow. Montag findet bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstr. 13, abends 8 1/2 Uhr, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Robert Schmidt-Vorlin einen Vortrag über „Gewerbegerichte“ hält.

Lokales.

„Unpolitische“, „Parteilose“ und verwandte Geister. In dem Kampfe um das Rote Haus, der im November bei den Stadtverordneten-Wahlen zum Austrag kommen soll, treten neben dem Freisinn und der Socialdemokratie noch etliche andre Gruppen auf, die zwar nicht um ihrer Stärke willen (die Zahl ihrer Anhänger ist ja nur gering), wohl aber wegen der Besonderheit ihres Standpunktes eine Betrachtung verdienen. Man kann sie unter dem Namen der „Parteilosen“ oder der „Unpolitischen“ oder unter einer ähnlichen Bezeichnung zusammenfassen. Denn wenn sie sich auch in manchen Punkten von einander unterscheiden, so ist ihnen doch das Eine gemeinsam, daß sie alle mit der Forderung, von ihrem politischen Standpunkt abzusehen, in den Wahlkampf ziehen.

Da ist zunächst die famose „Bürgerpartei“ oder, wie man sie sonst auch noch nennt, „parteilose Bürgervereinigung“. Früher bekannte sie sich offen zur konservativ-antisemitischen Richtung. Seitdem sie aber eingesehen hat, daß sie unter dieser anrüchlichen Firma kein Geschäft mehr machen kann, ist sie „parteilos“ geworden und will, sofern man ihren Versprechungen glauben darf, nur noch „den Mittelstand retten“. In der Stadtverordneten-Versammlung ist sie gegenwärtig durch wohlgezahlte zwei Mann vertreten. Die Braven haben in den in letzter Zeit immer zahlreicher gewordenen Fällen, wo bei der Behandlung kommunaler Angelegenheiten das staatspolitische Gebiet gestreift werden mußte, unentwegt auf Seiten der Regierung bezw. der Krone gestanden. Das war ihr gutes Recht; aber ihr Verhalten in diesen Fragen bestärkt (was übrigens auch von keinem Verständigen jemals in Zweifel gezogen worden war), daß die parteilose Bürgervereinigung nach wie vor die Reaktion so eifrig fördert, wie nur je in ihrer offen konservativ-antisemitischen Zeit. Wie sie sich die „Rettung des Mittelstandes“ denkt, das zeigt ihre Stellungnahme zu gewissen wirtschaftlichen Fragen. Als die städtischen Behörden gegen die Erhöhung der Getreidezölle petitionierten, da erklärte sich in der Stadtverordneten-Versammlung die „Bürgerpartei“, vertreten durch den Stadt. Reichsamm. Ulrich gegen die Petition. Die Verteuerung der Lebensmittel durch Zuckerzölle bedrückt zwar nicht allein den Arbeiter, sondern auch den kleinen Beamten und schädigt zugleich auch den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, da sie die Kaufkraft der unbemittelten Bevölkerung verringert. Aber was verschlägt das einem „Mutter des Mittelstandes“! Durch ihr Verhalten in der Zollfrage konnte die „Bürgerpartei“ im Roten Hause allerdings nur einen Heiterkeitserfolg erzielen. Anders dagegen wirkte die Art, in der die Wohnungsfrage von ihr behandelt wurde. Bei der Beratung über den grotesken Vorschlag einer König-Friedrich-Stiftung, die mit einer ganzen Million Mark zur Vinderung der Wohnungsnot beitragen sollte, erntete der bürgerparteiliche Stadtverordnete Pregel bei einem großen Teil seiner freiheimig nennenden Kollegen lebhaften Beifall, als er die Wohnungswucherer weiß zu waschen suchte. Der mittelstandtreibende Vertreter der „parteilosen Bürgervereinigung“ Schuller an Schuller mit den freisinnigen Hausagrarier — es war ein amüsantes Schauspiel!

Der Vorwurf, daß die „Unpolitischen“ in der Regel nur der Reaktion bewußt oder unbewußt Vorschub leisten, wird von einer andren sich als „unpolitisch“ einschreibenden Gruppe, der sogenannten „Mieterpartei“, mit Entrüstung zurückgewiesen. Die „Mieterpartei“ trat zum erstenmale vor 2 Jahren auf, bei der Nachwahl im Roabitier 44. Bezirk der 3. Abteilung. Auch diesmal ist sie im 44. Bezirk auf dem Plan erschienen, und zwar — soviel bis jetzt bekannt geworden ist — wiederum nur hier. Die Führer sind Rationalsoziale, die Gesellschafft besteht in erster Linie aus Beamten, die aus der „Bürgerpartei“ übergelaufen sind. Wie sich ihr Kandidat zu den sich händernden Eingriffen der Staatsregierung und des Trägers der Krone in städtische Selbstverwaltung stellt, ist nicht klar. Fragen der Reichs- und Staatspolitik haben, seiner Ansicht nach, nichts mit der Gemeindeverwaltung zu thun; also braucht er von solchen Fragen überhaupt nicht zu sprechen. Ein bequemer Ausweg! In wirtschaftlicher Beziehung sind an der „unpolitischen Mieterpartei“ besonders bemerkenswert die bodenreformerischen Vorschläge zur Bekämpfung des Wohnungswuchers. Es paßt freilich schlecht zu diesem Programm, daß vor zwei Jahren, als es im 44. Bezirk zur Stichwahl zwischen dem Socialdemokraten und dem „Bürgerparteilicher“ kam, die „Mieterpartei“, soweit sie sich an der Stichwahl mit wenigen Ausnahmen zur „Bürgerpartei“ zurückzogen, obwohl deren Vertreter in öffentlicher Versammlung darüber gemurmelt hatte, daß man den Bodenpekulanten nun auch noch den Gewinn schmälern wolle. Wie diese Schwankung möglich war? Sehr einfach! Die „Unpolitischen“ hatten es aus Rücksicht auf die Richtung, zu der sie sich in Fragen der Staatspolitik bekennen, nicht über sich vermocht, den „Bürgerparteilicher“ im Stich zu lassen. Sie piffen auf den Kampf gegen den Wohnungswucher und unterstützten einen Mann, der in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht die ärgste Reaktion vertrat und obenein nach seinem eignen Geständnis selber ein bißchen in Wausellen speuliert.

Eine dritte Gruppe von „Unpolitischen“ bilden die Hausbesitzer. Früher liegen sie lediglich den Freisinn bei den Stadtverordneten-Wahlen für die Interessen des Hausagrarierums arbeiten. Beide Teile fanden sich dabei nicht schlecht. Der Freisinn unterstützte die Hausagrarier, und die Hausagrarier wirkten in ihren Vereinen für gut freisinnige Wahlen — so wusch eine Hand die andre. Nun hat es aber einem großen Teil der Berliner Hausbesitzer schon lange nicht mehr behagt, daß ihre freisinnigen Vertreter daneben noch die Aufgabe zu übernehmen hatten, in der städtischen Verwaltung auch die Partei-Interessen des Freisinn nach Kräften zu fördern. Um einer solchen Kräftezerpflünderung vorzubeugen, wollen die „Unpolitischen“ unter den Hausbesitzern sich künftig im Roten Hause ihre eignen Geschäftsführer halten. Da aber die Hausbesitzer allein keinen ihrer Sonderkandidaten durchbringen könnten, wenigstens nicht in der plebejischen 3. Abteilung, so mußten sie sich nach Hilfe umsehen. Sie waren entschlossen, jeden zu nehmen, der dumm genug wäre, ihnen seine Hilfe anzubieten. In dieser Erwartung haben sie sich denn auch nicht getäuscht. Die Hilfe ist ihnen zu teil geworden, und zwar von der „Bürgerpartei“. Die „Bürger-

partei“ hat diesmal in einigen Bezirken vollständig darauf verzichtet, eigne Kandidaten aufzustellen. Sie hat sich zur Unterstützung der „unpolitischen“ Sonderkandidaten der Hausbesitzer bereit erklärt und wird sich also mit dem Freisinn in dem Kampf für den Wohnungswucher begegnen. Das Beispiel, das ihr Parteiführer Pregel in der Stadtverordneten-Versammlung gegeben hat, scheint ihren Ehrgeiz geweckt zu haben. Ob man aber in den Kreisen des „Mittelstandes“, den die Pregel und Konforten „retten“ wollen, so ohne weiteres und überall bereit sein wird, diese Art von „Mittelstandstretterei“ mitzumachen? Zwar die Hausbesitzer rechnen sich — merkwürdigerweise — selber zum „Mittelstand“. Sie haben also ein gewisses Anrecht darauf, daß die bürgerparteilichen Rettungsversuche auch ihnen zu gute kommen. Im übrigen treten ja die Hausbesitzer selber mit für den „Mittelstand“ ein. Sie schimpfen auf die Warenhäuser, sie fordern Befreiung des Straßenhandels — was will man noch mehr! Sie bekämpfen zwar die Warenhäuser und den Straßenhandel nur deshalb, weil ihnen in ihren Häusern so viele Läden leerstehen; aber, wie gesagt, sie gehören zum „Mittelstand“. Wer will es ihnen verübeln, daß sie da zuerst sich selber „retten“ wollen? In diese für den Wohnungswucher kämpfende Gemeinschaft paßt übrigens auch die „Mieterpartei“ vollständig hinein, so sehr ihr Kandidat den Wohnungswucher bekämpft. Sollte im 44. Bezirk, wo der Herr als Mitbewerber auftritt, wieder eine Stichwahl nötig werden, so würden die aus der „Bürgerpartei“ abgewanderten Berehrer des den Wohnungswucher bekämpfenden Mieterkandidaten in die erweiternde Lage kommen, dem von der „Bürgerpartei“ unterstützten, den Wohnungswucher verteidigenden Kandidaten der Hausagrarier ihre Stimme zu geben. So kann's einem gehen, wenn man durchaus „unpolitisch“ bleiben will!

Alles in allem: eine sehr gemischte Gesellschaft, diese „Unpolitischen“! Aber jeder des andern würdig! Möge die arbeitende Bevölkerung Berlins am 6. November diesem teils wunderlichen, teils widerwärtigen Mischmasch daselbe Schicksal bereiten wie dem Freisinn und das Ganze mit eisernem Wesen auslegen!

Die freisinnigen Eugen Richterscher Schattierung sind nun auch mit ihrem Kandidaten in 44. und 45. Kommunal-Wahlbezirk (Roabit) herausgerückt.

In einer „liberalen“ Wählerversammlung, die am Freitag in den Armbrusthallen stattfand, begründete der Referent, Herr Dr. Biemer, ihr Vorgehen damit, daß der Roabitier Bezirksverein ohne sie, die richtigen freisinnigen, gefragt zu haben, Kandidaten aus dem Grundbesitzerverein aufgestellt hätte. Auch enttäuschte er sich darüber, daß die Herren vom Grundbesitzerverein ihren Kandidaten als den von allen Ordnungsparteien aufgestellten bezeichneten, auch sie gehörten zu den Ordnungsparteien. Herr B. trat dann tapfer für die Erhaltung der Selbstverwaltung ein. Diese Ausführungen mußten jedoch auf jeden, der die Vorgänge der letzten Zeit im Roten Hause verfolgt hat, einen komischen Eindruck machen. Die üblichen Ausfälle gegen die Socialdemokraten, die die Klassenverehrung treiben, fehlten natürlich in den breiten inhaltlosen Ausführungen nicht. Von den vorgeschlagenen Kandidaten konnte der eine nichts reden, weil er nicht wußte, und der andre, ein Rentier Schlomann, entpuppte sich in seinen Ausführungen als wackelhafter Hausagrarier. Wohnungen aus den Taschen der Steuerzahler für Habentische bauen, das gehe nicht an, das losse die ganze arme Bevölkerung nach Berlin und es gäbe so schon genug Mietspreller. Ein braver freisinniger Mann! Der Kandidat unrer Partei im 44. Bezirk, Genosse Glocke, kennzeichnete in der Diskussion die Halbheiten der Ausführungen des Referenten sowohl als auch den echt reaktionären Standpunkt des freisinnigen Kandidaten. Nach den Ausführungen des letzteren sei doch wirklich kein Unterschied zu machen zwischen den antisemitisch-freisinnigen Kandidaten des Grundbesitzervereins und den ihren; sie könnten sich Zeit und Mühe sparen und Arm in Arm die Socialdemokratie bekämpfen. In politischer Beziehung seien sie ziemlich gleichwertig und in sozialer Beziehung seien beide Richtungen gleich rüchständig.

In den Schlussausführungen des Referenten mußte zur Widerlegung der Ausführungen des Genossen Glocke auch Genosse Ed. Gerustein herhalten, der den Beweis geführt habe, daß die Grundprinzipien der Socialdemokratie irrig seien. Wenn dieser Trost bei den freisinnigen nur lange vorhält!

Die Gemeinde-Waisenträte hielten gestern die erste Sitzung nach den Ferien ab. Wie der Referent, Magistratsassessor Tschow, ausführte, hat das neue Fürsorge-Erziehungsgesetz der städtischen Waisenverwaltung eine Fülle von Arbeit gebracht; während im ersten Jahr nach Einführung der Zwangsverehrung nur etwa fünf Fälle in der städtischen Waisenverwaltung vorkamen, hat diese seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, also seit dem 1. April, schon 812 Anträge zu bearbeiten gehabt. Trotzdem sind bisher Schwierigkeiten in der Unterbringung der Kinder nicht entstanden. Mit Ausnahme der prostituierten Mädchen, für die im Mummelburger Arbeitshaus ein besonderer Pavillon eingerichtet ist, werden zunächst alle der Fürsorge-Erziehung verfallenen Kinder im Waisenhaus in der Alten Jakobstraße untergebracht, von da aus werden sie verteilt, die Knaben kommen nach Nichtenberg, die Mädchen nach Kleinbeeren, ein großer Teil in Privatanstalten. Nachdem die Kinder eine Zeitlang die strenge Anstaltszucht durchgemacht haben, werden die, welche dazu geeignet erscheinen, in Familien aus Land, möglichst weit von Berlin, in Pflege gegeben. Bis zur Beendigung der Schulzeit wird streng darauf gesehen, daß jeder Pflegsling in einer Anstalt oder Familie seines „Glaubens“ untergebracht wird. Der Referent ging dann auf die Frage der Mitwirkung der Waisentratsmitglieder ein. Er empfahl, von dem Rechte, unmittelbar beim Vormundschaftsgericht Anträge auf Anordnung der Fürsorge-Erziehung zu stellen, möglichst wenig Gebrauch zu machen, sondern das Material lieber zunächst an die Waisenverwaltung weiter zu geben. Im übrigen empfahl er dringend, sich immer vor Augen zu halten, daß die Fürsorge-Erziehung, die den Vertriebenen doch immer mit einem gewissen Mafel behaftet, das letzte Mittel sein soll, das erst anzuwenden sei, wenn alle andren vergeblich erschienen.

Aus der städtischen Waisenverwaltung ist ein bemerkenswerter Beschluß zu melden. Schon bisher wurden die der Waisenpflege unterstellten Kinder in den ersten beiden Lebensjahren durch angestellte Aerzte und besondere Pflegerinnen beaufsichtigt. Diese Fürsorge durch beförderte sträße, die sich bewährt hat, soll nunmehr bis zum schulpflichtigen Alter der Kinder ausgedehnt werden, ebenso will die Polizei für eine Beaufsichtigung der Halbkinder bis zum sechsten Jahre sorgen.

Zum Milchkrieg. Gegen die Milchcentrale veröffentlicht die Milchhändler ein an die kleinen bäuerlichen Milchproduzenten gerichtetes Flugblatt, dessen Angaben, wenn sie der Wahrheit entsprechen, ein eigenartiges Licht auf dieses Unternehmen werfen. Die kleinen Produzenten, heißt es darin, würden durch die Berichte in der „Deutschen Tageszeitung“ fortgesetzt über die wahre Lage der Milchcentrale im Unklaren gehalten. Dem Großgrundbesitzern dagegen und den speziellen Freunden des Herrn Ring, des Leiters der Centrale, sei die Sachlage sehr gut bekannt. Die Großgrundbesitzer dürften auch längst mit Erlaubnis des Herrn Ring ihre ganze Milch nach Berlin schicken, den kleinen Besitzern aber werde weiter zugemutet, zwei Drittel ihrer Milch von Berlin fernzuhalten und so

mit Verlust zu arbeiten. Sie würden von Woche zu Woche hin-  
gehakt. Aber der angekündigte große Sieg kommt noch immer  
nicht, und der Absatz der Ringmilk wird in Berlin von Tag zu  
Tag geringer, weil immer neue Vorräte ringfreier Milk nach  
Berlin geschickt werden, und wie die Milchhändler, so die  
Bäcker, die Konditoren, die gesamte Arbeiterklasse, ja die ge-  
samte Stadtbevölkerung mit ganz geringen Ausnahmen die Ring-  
milk in Verzug gebracht haben. Das Ende werde sein, daß die  
kleinen Verkäufer mit ihrem ganzen Milchvorrat für das nächste Jahr  
draußen bleiben müssen und überhaupt keinen Absatz nach Berlin  
mehr finden, während die Großgrundbesitzer und Herrn Rings be-  
sondere Freude sich gesichert hätten. Das Flugblatt empfiehlt zur  
Vermeidung weiterer Schädigung sofortige Auflösung der dörflischen  
Milchverwertungs-Gesellschaften, die sich an die Centrale ange-  
schlossen haben.

Die elektrischen Versuchsfahrten der Studiengesellschaft sind  
jetzt, nachdem hierzu die Genehmigung des Ministers erteilt worden  
ist, auf die Strecke der Militärbahn von Mariensfelde bis  
Pöffen ausgedehnt worden und zwar ist die Maximal-Geschwin-  
digkeit von 100 auf 120 Kilometer per Stunde er-  
höht worden. Während der an den Vormittagstunden statt-  
findenden Versuchsfahrten werden naturgemäß die sämtlichen Neben-  
übergänge der Bahn gesperrt; gestern beteiligten sich Gef. Vaurat  
Bock und Vaurat Ganyer von der königlichen Eisenbahndirektion  
Berlin an den Fahrten, die vollständig befriedigend verliefen. Nach  
einiger Zeit soll die Höchstgeschwindigkeit noch mehr gesteigert  
werden; mit der gegenwärtigen Geschwindigkeit kann die 28 Kilo-  
meter lange Strecke Mariensfelde-Pöffen in rund 20 bis 25 Minuten  
zurückgelegt werden.

**Preußens Gastfreundschaft.** Aus Preußen angewiesen sind  
als „lästige Ausländer“ acht österreichische Staatsangehörige und  
der italienische Drehorgelspieler Giuseppe Vertonazzi, der schon  
64 Jahre zählt. Unter den Österreichern befindet sich der 19-jährige  
Kaufmann Oscar Kaufmann aus Wien und der 43-jährige Schau-  
spieler Josef Weinstock aus Lemberg.

Die **Eittlichkeitbewegung und der Kampf gegen die  
Prostitution** beschäftigte gestern eine unter dem Vorsitz des Fräulein  
Anna Pappay im Bürgeraal des Rathhauses abgehaltene Ver-  
sammlung. Referent war die Vorsitzende des Dresdener Zweig-  
vereins der Internationalen Föderation, Frau Dr. Scheven,  
welche eingehend über die Arbeiten des Kongresses der  
Föderation in Frankreich berichtete und an der Hand von Zahlen  
nachwies, wie glänzend die Aufhebung der staatlichen Kontrolle auf  
die Abnahme der Prostitution wirke. Als Beispiele führte die  
Mednerin England an, in der es gar keine polizeiliche Aufsicht gebe,  
sowie Holland, die Schweiz und Frankreich, wofür es noch erfolg-  
reichen Versuchen die Aufhebung der staatlichen Kontrolle bevorstehe.  
Nach längerer Diskussion, in welcher auch Frau Anna Cauer  
das Verhältnis der Abnahme der Prostitution bei Aufhebung  
der allgemeinen wirtschaftlichen Lage besprach, wurde folgende  
Resolution angenommen: „Die auf Anregung des Berliner Zweig-  
vereins der Internationalen abolitionistischen Föderation am  
25. Oktober im Bürgeraal des Rathhauses veranstaltete öffentliche  
Versammlung verurteilt das herrschende System der polizeilichen  
Reglementierung der Prostitution als hygienisch wertlos und  
moralisch verwerflich und tritt dafür ein, daß statt dessen die Ver-  
kämpfung der Geschlechtskrankheiten angestrebt werde durch  
Erleichterung der Kasernen- und Krankenhaus-Behandlung ohne jeden  
polizeilichen Zwang und ohne jeden Unterschied der Person und des  
Geschlechtes.“

**Der unüberwindliche Zwang.** Bei einem Diebstahl in einem  
Warenhaus in der Leipzigerstraße wurde gestern die 21-jährige  
Tochter eines Gutsbesizers abgeführt. Das junge Mädchen  
kaufte ein paar Handschuhe und ließ bei dieser Gelegenheit ein  
zweites Paar in ihrer Tasche verschwinden. Zur Rede gestellt,  
erklärte das weinende Mädchen, nicht zu wissen, was sie zu dem  
Diebstahl verleitet habe. Sie will einem unüberwindlichen Zwange  
nachgegeben haben. Von einer Strafanzeige hat die Firma Abstand  
genommen.

Wenn Frauen und Töchter von Gutsbesitzern, Fabrikanten  
oder sonst gut situierten Wägern heißen, so liegt, was wissenschaft-  
lich längst festgestellt, allemal Kleptomanie oder sonst eine mitleid-  
erweckende krankhafte Erscheinung vor. Um gemeinen Dieb-  
stahl, der moralisch gar nicht streng genug beurteilt werden kann,  
handelt es sich dagegen allemal, wenn eine Arbeiterfrau für  
ihr Kind ein paar Socken oder ein Häßchen wegnimmt.

**Altes Steingerümpel.** Die acht Sandsteinfiguren, die in den  
Anlagen des Leipzigerplatzes stehen und deren Ausbesserung schon  
vor Jahresfrist in Angriff genommen werden sollte, gehen immer  
mehr ihrem Verfall entgegen. Kürzlich sind sie wieder von einer  
Kommission besichtigt worden, doch ist man sich über die Ausbesserung  
noch nicht schlüssig geworden. Diese dürfte auch, wie der Augen-  
schein lehrt, kaum noch möglich sein oder sich wenigstens sehr  
schwierig gestalten, denn die Doppelfiguren sind arg verformt.  
Fast allen fehlen die Köpfe, den meisten auch noch andere Glied-  
maßen, wie Arme oder Beine. Irrendwelchen höheren Wert haben  
die Bildwerke nicht. Ihre künstlerische Bedeutung steht noch unter  
der mancher Figuren in der Siegesallee.

In **Sachen der Beschränkung des Straßenhandels** bereiten  
die Straßenhändler, einer Anregung des Oberbürgermeisters folgend,  
eine Denkschrift über die jetzigen Zustände im Straßenhandel, über  
ihre Wünsche und Beschwerden vor, die als Material einer neuen, an  
den Magistrat gerichteten Protesteinsgabe gegen die geplante Polizei-  
verordnung dienen soll. Auch eine weitere öffentliche Straßenhändler-  
Versammlung wird in den nächsten Tagen stattfinden. Die  
Straßenhändler klagen, wie berichtet wird, übrigens selbst über  
zweifelhafte Konkurrenz; erstens treibe die zunehmende Arbeitslosigkeit  
immer mehr Leute zum Straßenhandel und zweitens bemächtige  
sich das Großunternehmertum in stets steigendem Maße  
dieses Handelszweiges. Die Großhändler senden entweder ihre  
Wagen in großer Zahl unter Aufsicht unmittelbarer Angestellter auf  
die Straße, oder sie überlassen den Händlern mietweise Wagen  
und Waren.

Das **Letzte Haus** in der Königgräberstraße läßt sich am Victoria-  
Platz in Schöneberg einen Neubau errichten. Gestern ist der  
Grundstein dazu gelegt worden.

Am **Morgen des 11. November** tritt eine ringförmige  
Sonnenfinsternis ein, die bei uns als teilweise Sonnen-  
finsternis wahrzunehmen sein wird. In Deutschland kann man nur  
das Ende der Erscheinung beobachten, die Sonne geht noch etwa zur  
Hälfte verfinstert auf. Das Ende der Sonnenfinsternis tritt in Berlin  
um 8 Uhr 11,2 Minuten ein, in Magdeburg 8 Uhr 10,2 Minuten,  
in Hannover 8 Uhr 9,8 Minuten.

Die **Verhaftung dreier Berliner Geschäftsfreisender** wird  
aus Jittau in Sachsen gemeldet. Es wird ihnen folgendes Schwindel-  
manöver zur Last gelegt: Sie bereiten die Städte Sachsen, um  
den Einwohnern an der Hand vielversprechender bedauerlicher An-  
preisungsarten Vergrößerungen von Photographien in Kreide voll-  
kommen kostenfrei zu offerieren, vorausgesetzt, daß man ihrer Firma  
dafür durch Bestellung des dazu gehörigen Rahmens zu dem Preise  
von 8 M. entgegenkomme. Auf das verlockende Angebot hin fanden  
sich auch zahlreiche Besteller, und einige Tage später meldete sich bei  
diesen, der Verabredung gemäß, ein weiterer Vertreter der Gesell-  
schaft, um ihnen unter Vorzeigung eines ziemlich fertigen Kreideportraits  
irgend eines anderen Bestellers aus der betreffenden Straße  
Rahmenmuster zur Wahl vorzulegen. Der Kauf solcher Rahmen  
wurde dem auch daraufhin abgeschlossen, wobei der Fremde die ent-  
sprechenden Beträge gegen Quittung gleich in Empfang nahm. Die  
Besteller mußten jedoch schließlich die Wahrnehmung machen, daß sie  
einem Schwindler-Konkordat in die Hände geraten waren; denn die  
Leute erhielten weder Portrait noch Rahmen, und die Spießbuben  
hatten inzwischen auf Rimmerwiedersehen die Stadt verlassen. Nach-

dem die polizeilichen Ermittlungen ergeben hatten, daß die von  
den Fremden genannte Firma in Berlin überhaupt nicht existiert,  
wurden sie jetzt in einem Gasthof zu Jittau ermittelt und fest-  
genommen. In ihrem Besitz wurden sieben Pfennige als ihr Gesamt-  
Vermögen vorgefunden.

**Prof. v. Liszt über die deutsche Justiz.** Interessante Aus-  
führungen über den Lehr gerichtlicher Zeugnisaussagen machte der  
berühmte Strafrechtslehrer Prof. v. Liszt kürzlich in einer Ver-  
sammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen  
Glaubens in der „Philharmonie“. Der Vorsitzende Rechtsanwalt  
Dr. Hornig erstattete Bericht über den Stand der königlichen Affäre.  
Die Einstellung des Verfahrens gegen Lewy, besonders aber durch  
die Gutachten des Ober-Medizinal-Kollegiums, welche die  
Grundlagen der Blutmord-Behauptungen, den Schättschnitt  
und die Blutere der Leiche, als ausgeschlossen bezeichnen,  
sei die Sachlage für jeden nicht Böswilligen geklärt.  
Im Anschluß an das Referat erklärte Professor v. Liszt, die Un-  
sicherheit und Gefährlichkeit eines der wichtigsten Teile des Ver-  
weismaterials im Strafverfahren, der Zeugnisaussagen, sei  
eine anerkannte Thatsache. Versuche hätten gezeigt, daß sich selbst  
bei ganz unbefangenen, intelligenten Menschen zwischen der Wahr-  
nehmung und der Aussage darüber, je nach der dazwischenliegenden  
Zeit, Vorstellungen geltend machten, die das Bild trübten und den  
Aussagen zumindest in einzelnen Punkten ihre Zuverlässigkeit raubten.  
Bei befangenen, ungebildeten Zeugen sei dies in um so höherem  
Maße der Fall, ebenso bei späteren wiederholten Vernehmungen,  
wo die Zeugen in der Regel nicht an ihre ursprüng-  
liche Wahrnehmung, sondern an ihre letzte Aussage anknüpften.  
Zu König sei der Einfluß einer Massenuggestion  
zweifellos und die große Zahl falscher Aussagen darauf zurück-  
zuführen. Falsch und gefährlich sei es gewesen, auf diese Widersprüche  
eine Reihe von Reineidprozessen aufzubauen. In König  
habe sich wieder gezeigt, daß unser gesamter kriminalistischer Apparat  
nur bei alltäglichen, gewerksmäßigen Verbrechen prompt arbeite,  
in anderen Fällen aber meist versage, nicht zum geringsten Teil  
wegen der mangelnden psychologischen Vorbildung der Richter und  
Staatsanwälte. Die Hauptforderung aller, die an einer geordneten  
Rechtspflege ein Interesse hätten, müsse deshalb zunächst eine Um-  
gestaltung des ganzen Voruntersuchungsverfahrens, begründet auf  
einer besseren psychologischen Wertung der Zeugnisaussagen, bilden.

Die **elektrische Bahn vom Görliger Bahnhof** in Berlin  
über Treptow, Baumhuldenweg, Alt-Glienide nach Grünau kann  
jetzt als gesichert gelten. Der Firma Niedemann u. Co. in Berlin  
ist nämlich von der Eisenbahnbeförde die Genehmigung zum  
Kreuzen der Schienen der Görliger Bahn erteilt und damit das  
Haupthindernis beseitigt. Der Bau dürfte nun im Frühjahr be-  
ginnen.

Der **neue Vorortbahnhof „Porkrahe“** ist jetzt soweit fertig,  
daß er, neueren Bestimmungen zufolge, bereits am 1. Dezember d. J.  
zugleich mit der Verlegung des Anhalter Vorortverkehrs nach dem  
Vordammer Ringbahnhof in Betrieb genommen wird.

Die **Görligerstraße** von der Stallgasse bis zur Säbener-  
straße wird wegen Umpflasterung vom 29. d. Mts. ab für Fuhrwerke  
und Reiter gesperrt.

Ein **Wechselwandler** wurde gestern Abend in der Person  
des gälischen Gainers Leopold Feuerstein von einem Kriminal-  
beamten in der Friedrichstraße festgenommen. Feuerstein war der  
bisherige Kriminalpolizei von der Friedrichstraße schon vor längerer  
Zeit signalisiert worden.

Ein **Heiratschwinder** wurde vorgestern, Freitagabend, fest-  
genommen, als er gerade seinem Opfer 500 M. abgenommen hatte.  
Eine Witwe aus der Ranningsstraße hatte in der Zeitung angezeigt,  
daß sie sich wieder zu verheiraten wünsche. Unter den Angeboten  
befand sich auch das eines Mannes, der sich Magistratsbeamter Karl  
Woldt nannte und die Witwe um ein Zusammenkommen an  
einem von ihm vorgeschlagenen Ort bat. Die Frau ging  
nicht dorthin, erhielt aber bald den Besuch des Herrn  
Woldt in ihrer Wohnung. Hier wußte er sie durch  
sein süßliches Reden, sein feines Auftreten und die Versicherung,  
daß er am 27. Oktober beim Charlottenburger Magistrat eine  
Stellung als Vicarant anstreben werde, zu bestirnen. Da der  
angebliche Woldt in der Ranningsstraße bereits eine Wohnung gemietet  
hatte, so trug die Witwe kein Bedenken, ihn auch mit Geldmitteln  
zu unterstützen, damit er die verlangte Kaution von 1500 M. zu-  
sammenbringe. Daran schickte noch 600 M. Die Frau, die aus Preußen  
gebürtig ist und dort noch ein Guthaben von ihren Eltern liegen  
hatte, fuhr hin, um sich dieses auszahlen zu lassen und bekam auch sofort  
500 M. Damit lehrte sie vorgestern Abend zurück. Auf dem Stettiner  
Bahnhof erwartete sie um 6 Uhr Herr Woldt, der das Geld sofort in  
Empfang nahm. Ohne sein Wissen hatte sich aber auch ein hier an-  
gestellter Bruder der heiratslustigen Frau, dem die Geschichte etwas  
verdächtig vorgekommen war, eingefunden. Der Mann war auch so  
vorsichtig gewesen, seinen Verdacht dem auf dem Stettiner Bahnhof  
stationierten Kriminalbeamten mitzuteilen, und rettete so seiner Schwester  
das Geld. Der Beamte nahm Herrn Woldt fest, sobald er sah, daß er das  
Geld erhalten hatte. Die Witwe war zwar anfangs damit keineswegs  
einverstanden, freute sich aber nachher um so mehr, daß es so ge-  
kommen war, denn Herr Woldt entpuppte sich nun bald als ein  
Schwindler. Seine Behauptung, daß er in Treptow wohne, wurde  
ihm in kurzer Zeit als unwahr nachgewiesen. Und als er schließlich  
keinen Ausweg mehr sah, räumte er auch ein, daß er kein Magistrats-  
beamter Karl Woldt, sondern ein beschäftigter und wohnungsloser  
Franz Pautschke sei, der früher einmal eine Weinstube gehabt habe.

**Schmerzhaftes Brandwunden** zog sich der Privatier Wolf in  
der Zimmerstr. 45 bei einem Zimmerbrande zu, der Sonnabend früh  
8 Uhr erfolgte. Wolf, der schon wiederholt Krankenaturen durch-  
gemacht hat, leidet besonders an Schlaflosigkeit. In letzter Nacht  
war nun durch die umgeworfene Tischlampe das Bett in Brand  
geraten, wobei der Wohnungsinhaber Brandwunden an der Brust  
erlitt, die von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden und  
nicht gefährlich sind. Wolf war noch selbst nach der benach-  
barten Feuerwehr in der Lindenstraße gegangen, um den  
Brand zu melden. Letzterer blieb auf das Bett be-  
schränkt. Kurz vorher brannte Aurfürststr. 15 der Fuß-  
boden. Emanuelstr. 87 wurden Zimmermöbel durch Feuer  
beschädigt. Hölzer und Hohlbleche wurden Reichensbergerstr. 115a  
in einer Stuhlfabrik eingeschmolzen. Ein Mann nach der Kaserne  
in der Veing Friedrich Carlstraße war auf einen Schornsteinbrand zurück-  
zuführen. Vom Anhalter Güterbahnhofe wurde ein Preshohlen-  
brand und von Friedenstr. 52 ein Kellerbrand gemeldet. Sonn-  
abendnachmittag war Prinzen-Allee 69 Stroh und Reisig im Garten  
in Brand geraten und gleichzeitig mußte Kleine Hamburgerstr. 7  
ein kleiner Brand abgelöscht werden, der durch Abgerollten Teer  
verursacht war.

Im **Zoologischen Garten** ist jetzt zum erstenmal ein  
asiatisches Ries-Bild-Schaf ausgestellt, eines jener  
gewaltigen Tiere, welche die Gebirge des nördlichen und mittleren  
Asiens bewohnen und deren Hörner so groß sind, daß ein kleiner  
Wästenfuchs sich bequem darin verbergen könnte. Es giebt derartige  
Riesen, daß ihr Schädel mit dem Gehörn fast einen halben Centner  
wiegt und daß die Gehörnhörner von einander über einen Meter  
entfernt sind. Besonders merkwürdig ist, daß der hier ausgestellte,  
von Hagenbeck eingeführte, prächtige Voch zu einer in den meisten  
Museen noch nicht vorhandenen, nur kurzer Zeit erst neu beschriebenen  
Art gehört. Dem westindischen Vergleich, Ovis sairensis Lydekker,  
Bischöfe waren früher über ganz Europa, Nordafrika, Nord- und  
Mittel-Asien und Nordwest-Amerika verbreitet; heute sind sie in  
Europa fast ausgestorben und nur noch auf Sardinien, Korsika und  
Areta vorhanden. Auch in den weiten Gegenden von Sibirien sind  
Bischöfe selten geworden. Jedes Flußsystem hat eine eigentümliche  
Form des Bischöfes aufzuweisen.

**Berliner Aquarium.** Der Eintrittspreis beträgt heute, am letzten  
Sonntag im Monat, nur 25 Pf. pro Person.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Wir machen nochmals auf den  
heute Abend im großen Saal des Gesellschaftshauses stattfindenden  
Lhrker-Abend (Littencron und Halle) aufmerksam und bitten  
das Publikum, sich frühzeitig mit Billets zu versehen und pünktlich  
zu erscheinen, damit Störungen vermieden werden.

**Konzert und Musikvortrag.** Der Starbano Bruno-Band veranstaltet  
am Sonntag, den 28. Oktober, abends um 8 Uhr, einen seiner neuesten  
Lichen öffentlichen Bundesabende im Bürgeraal des Rathauses. Dem  
Hauptvortrag des Abends wird Herr Prof. Wilhelm Freudenberg, königl.  
Musikdirektor, hollen, und zwar über „Rust und Weltanschauung“. Der  
Vortrag wird durch musikalische Erläuterungen und Proben illustriert  
werden, angeführt durch das Freudenbergische Doppelquartett unter Mit-  
wirkung von Frau Prof. Freudenberg. Proben aus Palestrina, Orlando  
di Lasso, aus neueren Meistern wie Schubert, Freudenberg, Raff werden die  
wissenschaftlichen Darlegungen unterbreiten. — Herr Direktor Woch hat den  
recitatorischen Teil des Abends übernommen. — Zum Vortrag gelangt  
Beethoven's Kreuzersonate durch die Damen Fräulein Lize Kupper und  
Fräulein Helene Berglund. — Gäste sind willkommen.

### Nach den Nachbarorten.

Die **Stadtverordneten-Sitzung in Spandau**, die am Donner-  
stag tagte, ergab drastischer noch als bisher, wie wenig der dortige  
Magistrat im Volle wagt, und wie herzlich gering diejenigen an  
Zahl sind, die mit seinen Maßnahmen heute noch regelmäßig zu  
frieden sind.

Die Verschleppung der Angelegenheit betr. Abfindung einer  
gegen den Brotwucher gerichteten Petition um nahezu 8 Monate,  
und die schließliche Nichtbefriedigung des Stadtverordneten-Verschusses  
haben sogar die liberalen Stadtväter gewaltig vor den Kopf  
gestoßen. In der Donnerstag-Sitzung unterlag diese Angelegenheit  
zugleich mit folgendem Antrage unserer Genossen einer erneuten Be-  
ratung.

„In Erwägung, daß eine weitere Verzerrung der Lebens-  
mittel und Bedarfsartikel durch die von der Regierung geplante  
Erhöhung der Böhle für Spandau, dessen Einwohnerzahl fast zu  
neun Zehnteln zu den arbeitenden und minder bemittelten Be-  
völkerungsklassen gehört, von verhängnisvoller Bedeutung sein  
würde, indem sie die Lage des Arbeiters, des Handwerkers, des  
Beamten und kleinen Kaufmanns ganz erheblich verschlimmern, die  
Not in diesen Kreisen bedeutend steigern und die Armenlasten der  
Gemeinde ganz wesentlich vermehren würde, richtet die Stadt-  
verordneten-Versammlung zu Spandau an den hohen Bundesrat  
und an den hohen Reichstag das dringende Ersuchen,  
unter keinen Umständen irgend einer Erhöhung  
der Böhle auf Lebensmittel und auf die wesenblichsten  
Bedarfsartikel seine Zustimmung geben, sondern mit aller Macht  
für langfristige Handelsverträge einzutreten zu wollen, welche allein  
eine Garantie für ein stetes und gesundes Gedeihen von Handel  
und Industrie bieten.“

Stadtv. Jenne (lib.) gab in seinem Referat eine ausführliche  
chronologische Uebersicht über die in dieser Sache von den Stadt-  
verordneten, der Kommission und dem Magistrat gefassten Beschlüsse  
und ging dann mehr auf die vom Magistrat hervorgerufene „rechtl-  
liche“ Seite über, wobei er zu dem Resultat kam, daß sich die  
Stadtverordneten mit ihrem Beschluß sehr wohl im Recht  
befänden. Die auf Beschluß der gemischten Kommission vom  
früheren Rammerey Hörtemann verfasste Petition stützt sich in ihrer  
Begründung auf die Thatsache, daß in Spandau 54 Proz. der  
Steuerzahler ein Einkommen von unter 900 M., 42 Proz. ein  
solches zwischen 900 und 3000 M. und nur 4 Proz. ein Einkommen  
von über 3000 M. versteuern. Während das Durchschnitts-  
Einkommen der Steuerzahler in Berlin 2703 M. und in Char-  
lottenburg gar 4382 M. beträgt, beläuft sich das Durchschnitts-  
Einkommen in Spandau nur auf 1730 M. Der Redner  
beantragte die Einlegung eines Ausschusses, der die  
Abfindung einer selbständigen Petition durch die Stadtverordneten  
allein beraten solle. Namens unserer Fraktion sprach sich Stadtv.  
Nieger in zustimmendem Sinne aus; er knüpfte daran eine scharfe  
Kritik an das Verhalten des Magistrats, dem die wirtschaftliche Lage  
des weitans größten Teils der Spandauer Bevölkerung gänzlich  
unbekannt sein müßte, denn sonst wäre es unverständlich, weshalb  
er die von Herrn Jenne vorgelesenen Zahlen, die in ihrer Bedeutung  
ganze Hände sprächen, nicht besser zu würdigen verstehe. Diese  
Darlegungen veranlaßten den Oberbürgermeister Köhler, gegen  
unser Genossen vom Leber zu ziehen, er warf ihm vor, daß Nieger  
über die Spandauer Verhältnisse überhaupt nicht orientiert  
sein könne, da er nur Nachts in Spandau sich auf-  
halte und alles abends in die Versammlungen bringe um dort  
die Unzufriedenheit zu schüren. Er freute sich schon auf  
die nächste Sitzung im „Vorwärts“, in welcher Nieger schreiben würde,  
er habe den Magistrat gründlich abgeföhrt.

Herr Köhler, diesmal hat er sich ganz allein „abgeföhrt“,  
denn in seinen weiteren Ausführungen beriet er sich erstlich  
Wah von sozialer Erkenntnis, daß ihn schwerlich jemand darum be-  
weiden wird.

Der Antrag Jenne wurde hierauf einstimmig an-  
genommen und in den Ausschuß von unserer Seite der Stadt-  
verordnete Scholz gewählt.

Die **Angst vor der socialdemokratischen Sturmflut** hat in  
Spandau in bürgerlichen Lager Freunde und Feinde einander in  
die Arme getrieben. Dreizehn Vereine haben sich zu gemeinsamem  
Handeln bei den am 12. November beginnenden Stadtverordneten-  
Wahlen zusammengesetzt, um mit vereinten Kräften den bösen Socis  
an den Krügen zu gehen. In lieblicher Harmonie präsentierten sich  
neben den „Hirsch-Dunderschen“ „Gewerksvereinen“ die organisierten  
Haus- und Grundbesitzer, die vom letzten Anzeichen der Nieschagraube  
noch nicht recht verschont haben. Vor der „roten Gefahr“ horrt bei  
den edlen Brüdern, die einer des andern wert sind, eben alle Feind-  
schaft auf, und da wird dann auch tüchtig mit dem Esel ge-  
raffelt.

Ihre Kandidaten haben die Herren auch bereits nominiert,  
hoffentlich erweisen ihnen die Wähler der dritten Abteilung, die  
doch wahrhaftig in den letzten Jahren mit dem Kommunalstreik  
genügend trübe Erfahrungen gemacht haben, nicht den Gefallen, die  
Kandidaten der „vereinigten Ordnungsparteien“ schmacht zu  
finden. Wer irgend denken gelernt hat, wählt am 12. November  
nur die Kandidaten des Klassenbewußten Proletariats. Diese sind:  
Lührer Albert Reue, Schuhmachermeister G. Stellenberg,  
Schneidermeister Aug. Staar und Restaurateur G. Wehe.

Das **Statistische Amt der Stadt Charlottenburg** hatte mit  
Hilfe der Polizeidirektion zu Anfang September die zum Oktober-  
termin frei werdenden Wohnungen und Geschäftslöcher ermittelt  
lassen, und zwar sowohl die damals leerstehenden wie die damals noch  
benutzten und hat dann Mitte Oktober festgestellt, welche Lokalitäten  
zu diesem Zeitpunkt noch leer standen. Dabei ergab sich folgendes:  
Zum Oktober-Termin waren frei 10 Wohnungen von je 1 Zimmer  
ohne Küche, 86 Wohnungen von je 1 Zimmer mit Küche,  
76 Wohnungen von je 2 Zimmern mit Küche, 148 Wohnungen  
von je 3 Zimmern und Zubehör, 149 Wohnungen von je  
4 Zimmern und Zubehör, 104 Wohnungen von je 5 Zimmern und  
Zubehör, 355 Wohnungen von je 6, 7 und 8 Zimmern und  
Zubehör, 72 Wohnungen von je 9 und 10 Zimmern und  
Zubehör und 28 Wohnungen von je 11 und mehr Zimmern und  
Zubehör, insgesamt 978 Wohnungen. Von diesen waren Mitte  
Oktober noch unvernietet 1 von 1 Zimmer ohne und 6  
von je 1 Zimmer mit Küche, 23 von 2, 70 von 3, 90  
von 4, 84 von 5, 285 von 6, 7 und 8, 64 von 9 und 10 und  
23 von 11 und mehr Zimmern. — Geschäftslöcher mit  
Wohnungen waren zum Oktober-Termin 170 und ohne  
Wohnungen 125 frei, insgesamt 295. Davon waren Mitte Oktober  
vermietet 114 mit und 84 ohne Wohnungen. Im ganzen entspricht  
der jetzt vorhandene Vorrat an Wohnungen (626) dem vor etwa zwei  
Jahren (Anfang November 1899) ermittelten Bestande (630), nur daß  
damals mehr kleine Wohnungen vorhanden waren (18 mit einem,  
30 mit zwei, 119 mit drei Zimmern usw.) jetzt mehr große. Das  
Charlottenburger Statistische Amt (Postenstraße 12) läßt übrigens  
Wohnungssuchende Einsicht in die Adressen der freien Wohnungen  
nehmen.

In Jechendorf wird bald ein neues Ortsviertel entstehen. Es ist nämlich von der Gemeindevertretung das Projekt der Bau- gesellschaft Potsdamerstraße, betreffend die Unterführung des neuen Bahnhofs an der Beerenstraße und die Straßenanlage in dieser Gegend gutgeheißen worden. Der Bahnhofsbau soll ebenfalls bald in Angriff genommen werden. Zum Bau eines neuen Armenhauses wurden 10 000 M. bewilligt. Die Beiträge zu den Handwerkskammern in Höhe von 163,75 M. sollen von den hiesigen Handwerksmeistern eingezogen werden. Auf den einzelnen Meister entfallen 10 M., auf jeden Gesellen 5 M. und auf den Lehrling 2,50 M.

Aus Nowawes schreibt man uns: Eine von dem hiesigen Gewerksverein (Hirsch-Dunder) einberufene Versammlung, zu der auch die Gemeindevertretung und die Arbeitgeber eingeladen waren, beschäftigte sich mit der Frage der Errichtung eines Gewerkegerichts. Nach dem Referat des Dr. M. Hirsch erhielt unser Genosse Grahl das Wort, der ausführte, daß das Justizministerium eines Gewerkegerichts bisher an dem Widerstand der Gemeinde Neuenhof gescheitert wäre. Bereits vor Jahren ist in der Nowaweser Vertretung ein solcher Antrag angenommen, jedoch von der Neuenhofer Vertretung verworfen worden, weil diese auf dem Standpunkt stand, daß Neuenhof ein mehr landwirtschaftlicher Ort sei, trotzdem stehen Fabriken auf dem dortigen Terrain. Die Neuenhofer Vertretung hat auch bei Gelegenheit der Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohns ihren reaktionären Charakter gezeigt, indem sie einen bedeutend niedrigeren Satz festsetzte, wodurch die Arbeiter in vieler Beziehung Schaden haben. Die Versammlung gab nun durch eine Resolution ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß die Neuenhofer Vertretung beauftragt werden, ganz energisch für das Zustandekommen eines Gewerkegerichts einzutreten.

Durch eine verirrte Kugel vom Tegeler Schießplatz wurden gestern vormittag die Insassen eines Segelbootes in große Gefahr gebracht. Das Fahrzeug strich an der Liebesinsel vorüber, als plötzlich eine Kugel über die Köpfe der Bootinsassen hinweg durch die Takelage prüff und das Segel durchschlug. Der Schuß ist zweifellos auf dem etwa tausend Meter von der Liebesinsel entfernten Schießplatz der Garde im Tegeler Forst, auf welchem Mannschaften der Spandauer Garnison übten, abgegeben worden. Die Angelegenheit ist auf dem Amtsbureau in Zegel gemeldet und die Untersuchung eingeleitet.

## Gerichts-Zeitung.

Der östreichische Graf Wilhelm von Wickenburg stand gestern unter der Anklage der Untreue bezw. Unterschlagung, Betrugs und Zechprellerei vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat in seinem Leben schon recht viel durchgemacht, er gehörte früher als Offizier der östreichischen Armee an, wurde aus derselben wegen eines Fehltritts entlassen, ging nach Amerika und hat sich in letzter Zeit hier in Berlin als Weinreisender und Agent durchs Leben geschlagen. Er ist schon in Wien einmal wegen Zechprellerei verurteilt worden und hat noch zwei andre Vorstrafen wegen Betrugs erlitten. Er gehörte zu den „Pumpgrafen“, die, wenn Not an Mann ist, die Ebbe ihres Portemonnaies durch die Ausbeutung ihres langweiligen Namens zu überwinden verstehen. Einer seiner Bekannten übergab ihm eines Tages zwei Anteilscheine an einer eingetragenen Genossenschaft mit dem Auftrag, ihn darauf Geld zu verschaffen. Nun befand sich der Graf gerade zu jener Zeit selbst in finanziellen Nöten, denn sein Schmeißer war ihm schon wiederholt erkrankt mit dem Verlangen nahe gerückt, endlich einmal seine Rechnung für den geliefertsten Anzug begleichen zu sehen und seine Zimmervermieterin, bei der er gleichfalls recht tief in der Kreide stand, verlangte ebenfalls sehr kategorisch Bezahlung. Der Angeklagte sah die beiden Anteilscheine als ein Geschenk des Himmels an und rettete sich damit aus der Verlegenheit, indem er das eine Papier dem ungeduldigen Schmeißer, das andre seiner Wirtin verpfändete. — Bei den beiden Betrugsfällen handelte es sich nur um kleine Beträge. Der Angeklagte sah eines Abends in dem bekannten Pilsener Bier-Restaurant „Hütte“ in der Taubensstraße und entdeckte „zufällig“, daß er sein Geld bei sich habe. Er wandte sich deshalb an den Wirt, Herrn Wendt, überreichte ihm seine Wirtenskarte und bewog ihn, ihm „bis zum nächsten Tage“ 20 M. zu leihen. Die Bitte wurde erfüllt, der Herr Graf ließ sich aber dann nicht mehr sehen. Diefelbe Erfahrung machte ein Kassier im Restaurant „Taubenhäus“ in der Taubensstraße, wo der Angeklagte ein ständiger Gast war. Er bediente den Grafen eines Abends und gewährte ihm Kredit bis zum nächsten Tage, da der Graf, als er seine Rechnung begleichen wollte, „entdeckte“, daß er kein Geld bei sich habe. Von diesem Tage an ließ sich der Angeklagte auch im „Taubenhäus“ nicht mehr sehen. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nur wegen der Unterschlagung der Anteilscheine zu 3 Monaten Gefängnis. Weitere Straftaten wird der Graf hier nicht verüben können, denn er hat bereits einen Ausweisungsbefehl in der Tasche und muß nach Verhängung seiner Strafe das Land verlassen.

Wom Polizeikampf gegen das Streifpostenflecken. Während des Maurerkriegs in Halle war der Maurer Braune als vermeintlicher Streifposten durch den Gendarm Stein von der zum Stadtgebiet gehörenden Delitzscherstraße fortgewiesen worden, nach einiger Zeit aber wieder zurückgeführt. Braune wurde deshalb der Uebertretung der Hallescher Straßen-Polizeiverordnung angeklagt, wonach den zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung auf öffentlichen Straßen ergehenden Anordnungen von Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist. Das Landgericht sprach den Angeklagten jedoch mit folgender Begründung frei: Obwohl der Gendarm nicht städtischer Sicherheitsbeamter sei, hätte er an sich doch die Befugnis gehabt, einzuschreiten, denn nach der Instruktion für die Gendarmen seien die Gendarmen berufen, die Polizeibehörde allgemein bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Hier hätten aber die Voraussetzungen eines Einschreitens gefehlt. Der Gendarm habe nur vermutet, daß B. Streifposten gewesen sei und Arbeitswille bezeugt habe. Festgestellt sei dies nicht. Der Angeklagte habe, ohne daß ihm dies widerlegt werden konnte, behauptet, daß er nur unverfänglich mit Kollegen gesprochen, und die Absicht gehabt habe, Arbeitsgelegenheit zu suchen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß Braune der Aufforderung des Gendarmen unbedingt hätte folgen müssen, selbst wenn die Meinung, er sei Streifposten, falsch gewesen wäre. — Das Kammergericht verwurde indes die Revision der Staatsanwaltschaft und führte aus: Die Straßen-Polizeiverordnung sei mit Recht nicht angewendet worden.

Die Ueberfüllung der Eisenbahnwagen vor Gericht. Ein Prozeß, der sich freilich nur um ein geringfügiges Wertobjekt drehte, der aber allgemein von großer Bedeutung ist, hat jüngst mit der Beurteilung des Eisenbahnstatus geendigt. Es handelt sich hierbei um die oft besagte, leidige Ueberfüllung der Wagenabteile. Der Sachverhalt ist folgender: Am Himmelstagesabend löste auf dem Bahnhof Friedrichstraße der Justizrat Wagner zwei Fahrkarten nach Potsdam und bestieg mit seiner Gattin einen Wagenabteil zweiter Klasse in dem Zuge, der morgens 7 Uhr 45 Minuten vom Bahnhof abgeht. In dem Abteil befanden sich noch zwei andre Personen. In Charlottenburg kamen zwei Herren dazu, so daß der für sechs Personen bestimmte Abteil vollständig besetzt war. Kurz vor Abgang des Zuges bestiegen noch fünfzehn (15) Personen denselben Abteil, obwohl sie nicht Fahrkarten der zweiten Klasse hatten. Zu dem Abteil befanden sich nunmehr nicht gedrängt 21 Personen. Justizrat Wagner machte seinen Widerspruch gegen eine derartige Ueberfüllung sowohl bei dem Bahnhofsvorsteher in Charlottenburg, als auch später in Oranienburg geltend. Aber ohne Erfolg. Die Beamten machten nicht den geringsten Versuch zur Abhilfe, sie schienen vielmehr die Einpferkung der Reisenden als etwas Selbstverständliches anzusehen. Erst in Wannsee verließen die meisten Personen den Wagen. Justizrat Wagner erhob in der Meinung, daß ein

Reisender, der den vollen Fahrpreis zahlt, auch eine entsprechende Leistung der Eisenbahn verlangen kann, Klage gegen den Eisenbahnfiskus und verlangte Rückzahlung für die Strecke von Charlottenburg bis Wannsee mit 80 Pf., oder doch, da er ja tatsächlich bis Potsdam gefahren war, den Unterschied des Preises für die Fahrarten der zweiten Wagenklasse und der billigeren Personentransportpreise, der Militärfahrkarte, mit 60 Pf. Dilem zweiten Antrage hat das Igl. Amtsgericht I hier stattgegeben in seinem Urteil vom 5. Oktober d. J. und den Fiskus zur Zahlung von 60 Pf. verurteilt.

Ein abstoßendes Bild aus dem nächtlichen Straßenleben Berlins entrollte die Verhandlung, die gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stattfand. Der russische Wilhelm Grajed und der Arbeiter Robert Trech waren des gemeinschaftlichen Straßenraubes beschuldigt. Der Arbeiter Karl Gröger hatte am Abend des 16. April seine Arbeit aufgegeben und 20 Mark rückständigen Lohn ausgezahlt erhalten. Er knielte am Abend und letzte bei dieser Gelegenheit die beiden Angeklagten, welche gleich ihm obdachlos waren, kennen. Gegen Mitternacht befanden sie sich an der Kottbuser Brücke, wo sie von einer Händlerin warme Bierkeulen kauften. Schon vor mehreren Stunden hatten die Angeklagten beschlossen, eine Gelegenheit herbeizuführen, bei der sie ihn seiner Barschaft berauben könnten. Als sie nach dem Durchgehen an der Kottbuser Brücke eine Diene bemerkten, forderten sie Gröger auf, sich derselben zu nähern. Dieser entsproch der Aufforderung, ließ sich mit der Diene in eine Unterhaltung ein und eifernte sich mit ihr, während die Angeklagten dem Paar in einiger Entfernung folgten. Es währte nicht lange, bis Gröger seine Begleiterin wieder verließ und zu den Angeklagten zurückkehrte. Diese brachen nun eine Gelegenheit zum Streit vom Haupte. Trech verfehlte ihm mehrere Faustschläge ins Gesicht, während gleichzeitig Grajed ihm von hinten fortgesetzt Faustschläge gegen den Kopf verfehlte. Um sich der Schläge zu erwehren, hielt der Mißhandelte beide Hände vors Gesicht. Nun durchsuchte Grajed dessen Taschen und entnahm ihnen gegen 18 Mark. Trech raubte dem Halbbläubten noch Uhr und Kette und dann liefen beide Räuber davon. Da die Angeklagten geständig waren, erlirigte sich die Verweisungsaufnahme. Die Geschworenen verurteilten den Angeklagten, von denen Grajed bereits wegen Straßenraubes vorbestraft ist, die Zahlung von milderen Umständen, worauf Grajed zu sechs, Trech zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

## Vermishtes.

Abermals ist eine Ordnungssäule geborsten. Aus Neunkirchen O.S. wird vom 23. Oktober berichtet: Heute wurde der hiesige Amtsanwalt Bode wegen Sittlichkeits-Verbrechen, begangen an zwei Schülern im Alter von 8 und 9 Jahren, verurteilt. Der Verurteilte war Kirchenrat der evangelischen Kirche. Herr Bode verübte seine stillen Verbrechen in den hiesigen Parlanlagen.

Ueber ein Eisenbahn-Unglück wird aus Magdeburg berichtet: Sonnabend früh ist infolge starken Nebels ein von Göttingen kommender Güterzug über Einfahrtssignal in Gr. Banzleben gefahren und mit einem Rangierzuge zusammengestoßen. Ein Lokomotivführer ist tot, 3 Fahrbeamte leicht verletzt.

Moderne Weiber. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Wer gern wissen möchte, wie „moderne Weiber“ aussehen, der erkundige sich bei unserem katholischen „Intelligenzblatt“, dem „guten Elfen“, der über dieses Thema einen äußerst belustigend geschriebenen Aufsatz brachte. Derselbe entkammt der Feder eines reichsländischen Geistlichen, des Herrn Kanonikus Guerber, der längere Zeit hindurch den Wahlkreis Schweizer im Reichstage vertreten hat. Nach der Schilderung des Herrn Pfarrer, der es ja wissen muß, sehen „moderne Weiber“ also aus: „Moderne Weiber! Was ist denn das für eine Species? Es ist ein Unkraut, welches an Stelle christlicher Frauen auf dem öden Boden moderner Gottlosigkeit gewachsen ist. Das sind Kreaturen ohne weibliches Gefühl, ohne weibliche Tugend, verbildet in höheren Töchterkulturen, verrogen in unchristlichen Familien, mit Romanen gesättigt, Kapperbürr, ungenießbar, gefeind wie Ratten, grüßlich elend und bedauerenswert — moderne Weiber. In der Familie sind sie, was ein Vater ist, der unter die Sozialisten gegangen ist. Dazu wird man gebildet in der Staatschule. Gott bewahre ein Land vor solchen Raupennestern!“

Der Herr Pfarrer hat recht! Was nutzen uns die Weiber, wenn sie Kapperbürr und deshalb ungenießbar sind? Da loben wir uns eine nette, runde Pfarrhofsdöckin! Die hat wenigstens „weibliches Gefühl“ und ist mit viel nahrhafteren Dingen gefüttert, als mit Romanen, wie jene „Raupennester“, vor denen uns Gott bewahren möge. Nur was das „Gefühl“ anbelangt, sollen die Tugendhelden der Pfarrhöfe — man sagt es wenigstens — mit den verbildeten modernen Kreaturen es in den meisten Fällen aufnehmen können. —

In der Obduktion wurde vor einiger Zeit ein fossiles Skelet gefunden, das für das eines Mammut gehalten wurde. Die Untersuchung hat indes ergeben, daß der Fund ein Walvisch-Skelet und darum besonders wertvoll ist.

Einer der reichsten Leuten. Der bekannte Millionär Morgan in New York hat dieser Tage Gemälde bekannter Maler für ca. 1 Million Dollar erworben. Mit den jüngst von ihm erstandenen Gemälden hat Morgan innerhalb der letzten 6 Monate beinahe 2 1/2 Millionen Dollar für Gemälde ausgegeben.

## Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

D. C. Das Anfangsgeld eines Schatzmanns betrug vor 6 Jahren 1100 M., jetzt stellt es sich auf 1200 M.

Wochen- Spielplan.	Sonntag 27.	Montag 28.	Dienstag 29.	Mittwoch 30.	Donnerstag 31.	Freitag 1.	Sonntag 2.	Sonntag 3.
Opernhaus	Fra Diavolo Bantafan im Brenner-Ratsl.	Die Meisterfänger von Nürnberg	Der Wildschütz	Der Propst	Undine	Samson und Dollis	Konert Edouard Colonne	Lammhäuser
Schauspielh.	Florio und Flavio	Julius Cäsar	Florio und Flavio	Romeo und Julia	Florio und Flavio	Der kommende Mann	Egmont	Florio und Flavio
Schiller- Theater	Jugend	Hans Hudebein	Hans Hudebein	Hans Hudebein	Die Brant von Messina	Die Brant von Messina	Jugend	Hans Hudebein Nachm.: Detmold
Deutsches Theater	Die Wildente	Die Nacht der Hindernis	Die Wildente	Die Hoffnung	Einfame Menschen	Johannes	Gyran von Bergerac	Der Hiberweiz Nachm.: Nora
Berliner Theater.	Nacht und Morgen	Ueber unsre Kraft II	Nacht und Morgen	Ueber unsre Kraft I	Maria Stuart	Nacht und Morgen	Die rote Klob	Die rote Klob Nachm.: Othello
Bessing- Theater	Die See Caprice	Die Zwilling- schwester	Die See Caprice	Die See Caprice	Die See Caprice	Hans Hofenhagen	Die See Caprice	Die See Caprice
Theater des Wetens	Carmen (Théa Doré a. G.)	Figaros Hochzeit	Carmen (Théa Doré a. G.)	Der Vetteludent	Der Bardier von Sevilla (H. Andrad)	Der Zigaretten- baron	Die unigen Weiber von Lindfor	Figaros Hochzeit Nachm.: Jac- u. Zimmermann
Julien- Theater	Bei kleinen Leuten	Der Goldbauer	Bei kleinen Leuten	Don Carlos	Der Verführer	Maria Stuart	Bei kleinen Leuten	Der Ver- führer. Nach- m.: Der Goldbauer

Ständiges Repertoire: Neues König. Cytha-Theater (Kroll). Diesen Sonntag: Faust. Nächsten Sonntag: Othello, der Robt von Bensch. — Neudens-Theater. Montag: Standanisches Schauspiel Nora. Dienstag bis Sonntag täglich: Dein Doppelgänger. Vorher: Im Camp. — Neues Theater. Alle Abende: Das ewig Weibliche. — Central-Theater. Montag bis Freitag: Die Geisha. Sonnabend und folgende Tage: Der Seeladell. — Thalia-Theater. Alle Abende: Ein tolles Geschäft. — Friedrich-Wilhelms-Theater. Alle Abende: Die Kaufmänner. — Schall und Rauch. Alle Abende: Kassierervorträge. — Secessions-Theater. Alle Abende: Der Wächter. — Volk-  
Wander-Theater. Sonntag bis Donnerstag: Talolo. — Carl Weich-Theater. Alle Abende: Der Wächter. — Urania. London-  
straße 48/49. Alle Abende: Ueber den Wolken. — Apollo-Theater. Specialitäten. Frau Pina. Von Mittwoch ab: König Aqua. — Casino-  
Theater. Specialitäten. Berlin N. Berlin W.

M. B. Die Feuerwehrgesellschaft von 3 M. wird auch jetzt noch besetzt: Personen, die persönlich an der Lösung des in einem Hause existierenden Brandes interessiert sind, wie Hauswirte, Hausbewohner, erhalten die Prämie natürlich nicht.

M. C. Die Frage, wieviel eine Bibel aus dem 16. Jahrhundert wert ist, läßt sich ohne weiteres nicht beantworten. Gehen Sie zu einem größeren Antiquar.

J. 38. Von den hiesigen Stedenhäusern nennen wir Ihnen: Für M. A. u. E.: Johanniter-Stedenhaus, Groß-Flückerstraße, Chausseestraße 30, monatlich 27-40 M. Männer-Stedenhaus, Berlin, Schönhauser Allee 59, täglich 1 M. — Für Frauen: Frauen-Stedenhaus „Bethesda“, Pflanz-  
see, Südallee, monatlich 27 M. Elisabeth-Stedenhaus, Berlin, Ober-  
wallstraße 17/18, monatlich 35 M.

M. A. u. E. M. Unangenehme Gebühren für Hebammen — eine rechtigkeitsvolle Tare giebt es nicht — werden erachtet: für eine einfache Entbindung 4-10 M., für eine verzögerte (Tag und Nacht) 6-15, für eine Zwillingsentbindung 6-15, für eine Tagwache 1,50-3, für eine Nachtwache 3-4 M., für eine Tag- und Nachtwache 4-6, für einen Besuch am Tage 0,50 M., für einen solchen in der Nacht 1-2, für Platzentlastung in der Wohnung der Hebamme 0,50-2 M.

Ein Tauner. 1. Beides sind italienische Plätze 2. Ja. 3. Das ist falsch. — D. 3. 100. Kein. — J. R. Falls der Vertrag nicht eine gegenseitige Vereinbarung enthält, hat der Wirt den durch gewöhnlichen Mißbrauch oder durch Unfall herbeigeführten Schaden (z. B. zerbrochene Scheiben) zu befettigen. — W. 7. 17. Sie sind im Jurius. Zahlen Sie zur Vermeidung von Mißständen vor dem Termin. — D. 2. 2. Es kann Unterschlagung in dem Vorgehen gefunden werden: bedroht mit Geld- oder Gefängnisstrafe. — G. M. 32. Es genügt schriftliche Benachrichtigung. — G. N. 58. Ja, aber 6 Wochen lang hat die Herabsetzung für die Kur- und Verpflegungskosten aufzukommen. — Erfart N. 1. In die Ehe wegen Ehebruchs geschieden, so ist die Heirat zwischen den Personen, deren Ehebruch durch das Ehegerichtsgericht als vorhanden erachtet ist, verboten. Tölpeln von diesem Verbot (zu beantragen bei dem Ehegerichtsgericht) ist zulässig. 2. Die neunmonatliche Barrefrist gilt vom Tage der Rechtskraft ab, das Amtsgericht dispensiert auf Antrag von der Barrefrist, wenn ein Hebeamtliche beibringt. — Zult. 1. bis 3. Wenden Sie sich an den Richter. 4. Auf Anordnung der Schuldenentlastung: ja. — S. 108. Sie müßten den Erben gegenüber die Forderung Ihrer Tochter geltend machen. — R. 2. 100. 1. und 2. Ja. — P. 6. 7. 1. Das Gebot ist abgänglich des Krankengeldes zu zahlen. 2. Falls keine andre Vereinbarung vorliegt, kann unter Einhaltung einer 14tägigen Kündigungsfrist nach der Wieder-  
genehmigung geltend gemacht werden. — O. N. 14. Weiber wäre eine Klage un-  
schicklich. Ihre Frau hätte für die Zeit vom 2. Mai ab als Selbst-  
versicherung das volle Beitragsgeld zahlen sollen. — R. 7. 14. 1. Die Gemeinde hätte nur dann keinen Anspruch, wenn allein die Kinder als Erben eingetragt wären. 2. Ein Testament braucht nicht beglaubigt, muß aber eigenhändig und formgerecht geschrieben und unterschrieben sein

Marktpreise von Berlin am 25. Oktober 1901 nach Ermittlungen des Igl. Vollzugsbehörden.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen	gut	14,40	Kartoffeln	neue, D-Gr.	8,-
	mittel	13,70			1,70
	gering	13,00	Rindfleisch	Reule 1 kg	1,40
Roggen	gut	12,90	do. Bauch		1,40
	mittel	12,30	Schweinefleisch		1,60
	gering	11,60	Kalb- fleisch		1,80
Hirse	gut	14,40	Hammelfleisch		1,60
	mittel	13,60	Butter		2,80
	gering	12,90	Eier	60 Stk	5,00
Hafer	gut	15,20	Kartoffeln	1 kg	2,20
	mittel	14,60	Kale		2,50
	gering	14,50	Hanser		2,60
Malzstroh		7,50	Gerste		2,00
Heu		6,50	Barste		1,80
Erbsen		40,-	Schote		2,80
Erbsenbohnen		50,-	Wiese		1,40
Wicken		60,-	Reife	per Schaf	16,-

\* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 26. Oktober. Getreide. Heute nahm die Tendenz im Frühverkehr und die Preisgestaltung am heutigen Frühmarkt, insbesondere für Weizen, einen energischen Anlauf zur Festigkeit und zwar im Anblich auf ein höheres Ostreich-Ungarn und Amerika, sowie schlesische Saatenlandschaften, nachrichten aus Argentinien. Das Getreidegeschäft wurde leicht durch einige Fragen für Sohlen gehoben, die Preisungspresse hellten sich anfangs für Weizen 1 M., für Roggen 1/2 M. höher als gestern. — Der Mittagmarkt zeigte jedoch ein ganz entgegengekehrtes Bild. Man kam wieder auf die inländische Kartoffelmarkt zu sprechen, die nach vorliegenden Veranmeldungen quantitativ und qualitativ alle Erwartungen übertreffen und den Preis für Weizen wesentlich erschweren soll. Da überdies die vorher vorhandene Konjunktur aufgehört, so wurde das Geschäft sehr still und die Preise gingen ungenügend auf geringes Niveau zurück. Angeboten war taben Donauware aus schlesischer Roggen zu beinahe rentablen Preisen. Der Mehlmarkt lag vollkommen lustlos bei nominal unveränderten Preisen. Hofer war still. Mais auf Amerika reichlich 1 M. gedeckert. Raddi etwas schwächer.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde 70er loco mit 33,30 M. (unverändert), 50er mit 52,90 M. gehandelt.

Schlaf: Weizen weiter nachgehend, Roggen gegen gestern gut behauptet.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 26. Oktober 1901. Amtlicher Bericht der Direction. Zum Verkauf standen: 2855 Rinder, 1047 Kühe, 1122 Schweine, 7504 Schafe. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Fremdw.) Ochsen: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewicht, höchstens 7 Jahre alt 63-65, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 56-61, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 53-55, d) gering genährte jeden Alters 50-52. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewicht 60-63, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 54-58, c) gering genährte 48-52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewicht 60-60, b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtgewicht bis zu 7 Jahren 53-54, c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 51-52, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45-50, e) gering genährte Kühe und Färsen 40-43. — Kälber: a) fleische fleischiger (Polmischgewicht) und beste Saugkälber 75-77, b) mittlere fleischiger und gute Saugkälber 70-74, c) geringe Saugkälber 53-60, d) ältere, gering genährte (Fleisch) 40-45. — Schafe: a) Rindlammere und jüngere Rindlammere 65-68, b) ältere Rindlammere 55-63, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wirtschaft) 55-58, d) fleischer Rindlammere (Lebendgewicht) 24-32. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 230-280 Pfund schwer, 63, b) schwere, 280 Pfund und darüber (Raser) 60-62, c) fleischige 57-59, d) gering entwickelte 58-59, e) Sauen 55-57. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

# Das beste Genussmittel für den Magen und unentbehrlich für jede Haushaltung ist

Nur echt mit vollem Namenzug Dr. med. Woerlein's Magenfrank a. M. 1., 150, 3,- per Flasche.

## Diätische Thees.

- Fabrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh. Erfüllend in Berlin:
- C.**  
Dr. Albert Bernards, Einhorn-Apothek, Kurstr. 34/35.  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Königl. 59.
- W.**  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.  
C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Kur- hofstr. 139.  
Max Eckert, Adler-Droguerie, Kutt- straße 1, Ecke Alvenslebenstraße.  
Bruno Stürkow, Rollendortplatz 8.  
W. Köppen, Alvenslebenstr. 26a.  
Dr. H. Rosemann & Co. Nachf., Pallas- straße 24.  
H. O. Korth, Viktoria- und Genthiner- straßen-Ecke.  
Hans Schoone, Magdeburgerstr. 25.  
Eugen Gowing, Vinfür 15.  
Paul Oelgart, Tennowstr. 14.  
H. F. Berger, Neue Steinmühlstr. 3.
- SW.**  
Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 56.  
Apoth. E. R. Helmiger, Drog., Kochstr. 3.  
Gustav Rettig, Bellealliancestr. 91.  
Ernst W. Wehrich, Bismarckstr. 1.  
C. F. Ancker, Friedrichstr. 249.  
Johannes Scopa, Friedrichstr. 240/241.  
Kurt Bahr, Bismarckstr. 15.
- NW.**  
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Par- fumerie, Luisenkr. 39.  
Herm. Bardorff, Westpoststr. 30.  
H. Bischoff, Weisestr. 31.  
Herrlich Mohltz, Erdemstr. 42.  
F. u. R. Nades, Wilhelmshagenstr. 52.  
Felix Glöcher, Strömstr. 40.  
Hans Nossack, Stephanstr. 56.
- N.**  
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Par- fumerie, Glatzstr. 97.  
Hugo Barth, Brunnstr. 18.  
Franz Berner, Brunnstr. 102.
- NO.**  
Eich. Loose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königl. 19.  
Franz Bahl, Neue Königl. 85.
- S.**  
Max Lichterfeld, Alvens-Droguerie, Brinzenkr. 66.  
Apotheker H. Chronick's Droguerie, Gneisenaustr. 54.  
Ernst Oelgart, Dofenstraße 61.  
Ernst Schröter, Bismarckstr. 27.  
Hugo Wolter, Kottbuser Damm 42, am Herrmannplatz.
- SO.**  
Otto Reichel, Glienckebahnstr. 4.  
Eugen Reichel, Köpenickerstr. 134/135.
- O.**  
Julius Beetz, Petersburgerstr. 72.  
Jos. Gülden, Petersburgerstr. 37.  
Gustav Rehm, Franziskaner-Kloster 120.  
Max Angermann, Königsbergerstr. 13.  
Gustav Bergung, Weidenweg 75.  
Franz Zimmer, Theaterstr. 62a.  
Albert Burde, Köpenickerstr. 9.  
E. Tschaler, Köpenickerstr. 9.  
Hermann Müller, Vaugstr. 16.  
F. Jacob, Andreas-Droguerie, Kleine Andreasstr. 11 (Andreasplatz).
- Schöneberg.**  
Borussia-Apotheke und Droguerie H. Doehl, Hauptstr. 141.
- Friedenau.**  
Georg Oelgart, Rhein-u. Hedwigstr.-Ecke Steglitz.
- Heinrich Hasse, Droguerie zur Post, Albrechtstr. 15.**
- Gr. Lichterfelde.**  
Max Winde, Döberstr. 7a.  
Apotheker M. Gartz, Droguerie West- baar, Kurstr. 12.  
Paul Remus, Steglitzerstr. 47.  
Otto Borstall, Bismarckstr. 31.
- Hixdorf.**  
Paul Lemcke, Kaiser Friedrichstr. 242.  
Robert Trinkeker Nachf. Max Künzel, Berlinstr. 25.  
G. R. Frenzel, Prinz Handjerystr. 45 und Herrmannstraße 227.  
A. Jangblat, Bergstr. 157 u. Walter- straße 26.  
Johannes Golck, Steinmühlstr. 37.

# Jeder einen Preis

## Preisrättsel.

für 4 richtige Lösungen unserer 4 Preisrättsel.

Ferner Prämien im Werthe von **3200 Mark**

Unsere ausführlichen Prospekte hierüber mit Abbildungen der Preisrättsel werden in Berlin u. Vororten durch nachstehende unserer **Warenausgabestellen gratis** versandt.

**W. Kurfürstenstr. 97.** C. v. Zeddelmann; **Lützowplatz, Schill- strasse 6.** J. Staberow; **Charlottenstr. 29.** Gebr. Petzold; **SW. Belle-Alliancestr. 16.** J. Liebmann; **Kochstr. 3.** E. R. Helmiger; **Bernburgerstr. 9.** Fritz Gensch; **8. Oranienstr. 45.** A. Neumann; **Rosenhalde 62.** G. Zimmermann; **80. Köpenicker- strasse 21.** Otto Wolff; **O. Andreasstr. 77b.** Paul Schöne; **NO. Landsbergerstr. 117.** Rich. Ziehe; **Franseckstr. 35.** Otto Metshke; **N. Zionskirchplatz 4.** J. Wollstein; **Gericht- strasse 73 u. 58.** Paul Michaelis; **Chausseest. 121.** B. Braun; **NW. Thurmstr. 1.** C. Riedel; **C. Seydelstr. 31a.** F. Sprenger; **Neue Friedrichstr. 74.** Albert Seefeld; **Charlottenburg: Knesebeckstr. 92.** H. Körnig; **Sophie Charlottenstr. 24.** Alfred Böttcher; **Stuttgarter Platz 7.** Michael Niedbalski; **Schöneberg: Habsburgerstr. 4.** F. Eichmann; **Gross- Lichterfelde-Ost.** J. Raabe Nachf.; **Friedenau, Oscar Prouse, Hauffstr. 15; Steglitz, Drogerie Schwabe, Schlossstr. 66a; Tempel- hof, Otto Hildebrand, Dorstr. 44; Rixdorf, Carl Liehr, Hermannpl. 4; Halensee, Emil Lautenbach, Westfälischestr. 54; Wilmerstr. 4; Herm. Hecht, Wilhelm-Aue 29; Weissensee, Centr.-Drog., Paul Henicke, Königs-Chaussee 58.**

Prospekte nach ausserhalb versendet gratis u. franco

**Maether & Co. Nachf., Berlin SW. 47, Kreuzbergstrasse No. 30.**

Fernsprecher Berlin, Amt VI. No. 1629.  
Telegr.-Adr. Maether-Berlin, Kreuzbergstr.  
Giro-Conto Dresdner Bank Berlin, Ländenstrasse.  
Zweimal goldene Medaille u. Ehren Diplom Berlin 1896. — Staatsmedaille 1892.  
Höchste Auszeichnungen auf vielen Fachausstellungen.  
Ca. 25,000 Verkaufsstellen in Deutschland.

Zurückgesetzte

# Teppiche

in herrlichen Mustern für Salon und Wohnzimmer  
6, 8, 10, 15, 20, 25-50 M.  
Prachtvolle

# Portieren

in Wolle, in Leinwand vom einfachsten bis elegantesten Genre.

# Schöne Gardinen,

englische Tüllgardinen und Stores, Erbstüll, Spachtel und Schweizer Tüllgardinen, Stores und Rouleaux in größter Auswahlsweise.

# Läuferstoffe, Bett- vorlagen, Tisch-, Reise-, Divan- und Steppdecken

zu meinen bekannt sehr billigen Preisen.

# J. Adler

Teppichhaus.  
Königstr. 20/21,  
dicht am Rathaus.

# Special-Haus grössten Stils.

**J. H. Garich,**  
Büfens-Garbit.  
Stallschreiberstrasse 22.  
Rein Gändler. Lang- jahr. Fachmann.  
Billigste Bezugsquelle! Liefer. f. Wiederverkäufer. — Preisliste gratis. — Höhe wie nebenstehend mit Ständer u. Rod 12,50 ohne 8,50 ohne 5,-  
Büfen schon von 2,50 an.  
Büfen nach Maß, keine Anprobe mehr nötig, bis 3,00 mehr. — Anfertigung unter eigener Leitung, daher Garantie für prima Qualität. [1153L\*  
Geschäftszeit 8-8, Sonntags 9-10.

### 7. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Oktober 1901, vermittels der aus dem Verlosung über 2332 987 und des betriebsfähigen Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

105 884 242 596 626 92 805 1148 88 (5000) 287  
701 709 812 984 2050 109 16 241 345 96 428 817 909  
3076 113 47 75 86 561 79 (1000) 714 876 4006 70  
99 126 211 (3000) 435 77 029 820 5114 423 089 708  
4070 221 441 858 96 961 7033 139 63 332 432 311 927  
45001 58 99 8161 305 75 4602 62 730 932 96 0117  
205 399 576 (30000) 610 36 39 742 98 804 987

10016 243 402 985 11020 207 89 (5000) 72 87  
903 695 745 75 888 917 12225 431 59 78 512 31  
61 (1000) 688 702 804 78 88 13021 102 245 94 (5000)  
216 446 712 920 14040 47 236 329 402 8 747 880 (3000)  
79 915 15028 215 (5000) 389 409 739 851 16140 83  
226 313 78 91 388 696 900 17115 213 305 514 676 296  
15001 18105 99 250 73 357 63 455 544 (1000) 793 99  
844 (3000) 949 79 19020 41 76 77 415 659 74 615  
20209 103 65 452 72 601 16 75 713 30 387 315 454  
205 416 45 549 77 699 751 79 899 - 22273 97 315 457  
632 62 967 21 38 87 96 - 23007 346 652 702 55 210 41  
24537 673 706 28 78 885 - 25531 49 28 154 210 41  
15001 303 34 511 42 83 677 906 47 97 26205 181  
483 86 585 705 811 87 857 56 - 27065 67 90 344 488  
757 69 974 (3000) - 28161 265 98 348 (5000) 85 424 77  
694 19 772 820 - 29128 53 56 93 290 448  
19 772 820

30946 113 97 388 410 69 616 861 67 915 31019  
(5000) 47 101 (5000) 322 494 303 626 831 32114  
77 87 834 82 482 521 36 81 896 922 65 33061 219  
440 76 91 502 607 705 932 34032 174 262 333 34 (3000)  
608 45 74 (1000) 742 83 846 35270 80 418 74 780  
36982 411 83 884 617 990 37106 48 65 94 388 467  
79 504 711 846 38133 285 306 30 322 73 784 39057  
250 59 88 440 507 602 756 (1000) 911 38  
40112 89 212 499 640 65 74 703 857 (5000) 41114  
89 214 72 361 87 880 910 35 79 42906 88 118 39  
53 89 200 425 591 792 832 47 993 43044 161 69 791  
59 79 885 96 44274 307 41 647 820 45119 49 59  
383 415 644 926 36 73 85 (5000) 46381 501 11 (1000)  
636 819 925 47263 74 84 98 99 314 85 48089 70  
403 79 589 909 49041 198 522 824 70 97 954  
50212 67 (5000) 518 45 (5000) 764 829 967 51116  
618 705 52086 105 12 296 881 817 (1000) 41 53037  
86 88 239 324 50 90 778 802 92 911 54145 251 285  
264 (5000) 826 (5000) 910 85 55923 (1000) 70 198 98  
393 482 663 897 50013 896 561 606 30 (1000) 61 870  
57170 77 841 656 803 913 89 58071 238 91 303 700 20  
44 59106 45 95 96 308 338 453 629 721 806  
60158 319 77 409 10 603 874 940 98 72 93 61296  
391 415 922 851 938 (5000) 63 62294 (5000) 463 718  
859 919 79 63056 66 223 34 435 80 86 623 759 957  
308 59 435 321 (5000) 644 744 69 94 909 60496 124  
94 (3000) 205 359 480 533 676 854 935 67024 357 410  
(5000) 42 613 640 739 68094 41 62 (3000) 817 668  
773 176 (3000) 69148 54 289 338 47 639 847 957  
70256 40 781 91 875 79 95 71092 154 212 28 43  
89 325 (1000) 41 464 72052 190 231 65 379 496 (5000)  
561 880 969 73015 174 292 616 29 857 74407 63 500  
689 767 75164 229 312 49 59 (5000) 78 798 937 39  
76059 94 135 61 65 217 350 65 306 647 778 77191 203  
78 707 419 604 624 78028 56 88 89 248 50 317 32 70  
423 99 516 826 94 79061 68 136 41 (3000) 96 248 300  
269 87 889 907

80113 430 329 624 702 3 6 9 35 42 38 525 81574  
62 900 80 90 82117 (5000) 55 241 42 393 491 615 762  
874 930 83143 274 456 548 95 633 707 84644 112 285  
15001 621 766 821 61 968 858082 206 312 (1000) 49 418  
44 87 517 43 636 75 104 86288 306 12 (3000) 65 408 64  
620 781 920 87085 163 88 233 321 476 (1000) 840 898  
835 944 88093 285 447 650 748 957 89099 209 637 85  
69 65 77

90000 144 234 673 89 773 801 78 945 46 91087  
(3000) 142 357 829 937 42 92244 427 70 587 93008 21  
28 58 70 336 406 551 73 609 97 704 23 77 91 95 835 900  
94182 214 62 (1000) 369 404 42 51 69 502 21 66 91 772  
99 879 912 95125 (5000) 427 729 893 97180 204 7  
96081 (5000) 156 497 690 (5000) 97 893 97180 204 7  
66 419 (5000) 59 335 (5000) 610 613 84 938262 456 321  
66 99017 199 295 392 494 94 680 43 101154 99 253  
100008 124 205 358 530 932 45 63 101154 99 253  
473 808 958 102302 432 872 600 774 81 833 62 (1000)  
973 80 103018 39 435 162 301 535 (3000) 625 806 11 921  
43001 62 104011 480 831 699 743 861 913 105142  
206 (1000) 77 904 72 417 519 776 848 106065 151 220  
56 (3000) 56 91 410 79 651 744 813 29 107088 489 728  
68 881 926 37 75 108189 (5000) 489 588 93 783 857  
109092 38 153 54 86 353 697 749 879 907  
110 629 50 216 26 38 81 (5000) 415 (3000) 51 578  
487 730 600 111084 67 243 387 515 602 77 98 909 15  
112150 90 267 367 512 26 (5000) 65 (3000) 676 113032  
(3000) 82 145 71 88 (3000) 290 344 303 54 76 623 91 812  
(5000) 67 922 35 75 114073 106 63 596 77 (5000) 82  
(5000) 624 724 34 84 836 115017 211 33 330 473 567 66

### 7. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Oktober 1901, vermittels der aus dem Verlosung über 2332 987 und des betriebsfähigen Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

120888 261 339 748 97 844 932 121128 68 79 211  
328 460 32 571 122062 72 97 127 259 82 335 450 123203  
(1000) 247 637 720 75 802 949 124050 108 42 35 99  
(3000) 258 66 394 454 64 99 628 42 (1000) 833 89 946  
(5000) 58 272 (5000) 582 627 806 23 63 076 126172  
(5000) 85 125697 (5000) 614 807 (1000) 907 127280 588 55  
206 66 272 (5000) 405 614 807 (1000) 907 127280 588 55  
89 96 735 840 97 128007 83 192 99 231 332 484 753 83  
815 129081 254 69 (1000) 303 (3000) 51 482 (5000) 520  
78 629 704 45

130082 84 99 (5000) 126 42 55 98 238 44 94 346  
467 500 624 (3000) 733 86 377 936 131003 179 367 490  
523 55 57 707 922 132083 226 424 684 715 944 51  
133090 94 189 299 443 (1000) 525 36 677 803 134275  
355 (1000) 67 403 544 855 89 97 135040 36 120 265 355  
65 485 595 732 801 976 136090 161 292 66 94 306 73  
492 345 829 137388 970 138125 71 230 31 461 747  
991 139117 90 382 409 53 609 777 832 (1000) 980  
140012 160 162 (5000) 486 574 639 33 829 920 88  
141023 61 (1000) 231 468 579 663 896 142001 150 88  
89 882 89 (1000) 961 143001 134 75 221 422 552 788  
830 144018 257 320 73 456 63 (5000) 705 7 145124  
(1000) 305 19 450 653 705 88 818 57 697 146189 89  
351 501 58 699 642 854 147085 382 433 67 577 800 960  
148202 37 460 558 72 608 764 806 77 149042 137 (5000)  
38 42 (3000) 203 55 57 511 847 71 915 22

150166 14 (3000) 213 (5000) 95 345 413 814 151035  
96 116 288 322 (5000) 4 423 152084 265 549 95 632  
30000 747 70 (5000) 903 (5000) 37 96 (1000) 900  
153020 211 61 351 944 (1000) 15 33 724 57 865 93  
154000 (5000) 325 432 66 503 (5000) 34 621 852 (5000)  
155008 (3000) 115 21 258 332 431 41 354 56 632  
156173 228 40 357 450 505 48 733 22 48 35 341 62  
104 47 620 754 65 828 158031 280 44 88 700 73  
(1000) 373 701 806 44 912 159217 201 42 88 700 73  
160043 173 265 (1000) 388 400 33 601 (5000) 477  
832 62 79 971 161309 35 305 (5000) 89 146 297 68 74  
88 578 674 720 899 947 77 162070 85 146 297 68 74  
533 695 870 163591 402 677 833 46 913 87 (5000)  
164078 131 39 259 410 637 558 166007 9 28 64 162  
175 357 59 516 70 830 937 58 167040 56 202 312 87  
214 423 80 87 89 728 800 935 167040 56 202 312 87  
41 598 678 777 89 307 168217 73 482 532 (5000) 34  
63 69 640 719 802 30 84 169021 128 383 505 31 617  
766 89

170036 327 400 9 79 551 945 171011 439 (5000)  
57 75 907 715 27 29 40 41 879 83 965 (1000) 172062  
162 297 315 462 538 644 49 89 720 44 964 173325  
485 568 623 764 910 174322 25 51 544 827 42 914 91  
175041 268 525 69 678 736 69 176145 216 369 507  
83 835 39 52 58 905 67 177088 124 28 65 466 80  
227 178015 102 43 62 64 21 26 30 74 427 39 48 500  
622 711 58 874 179290 301 4

180294 325 433 (5000) 94 567 682 724 37 (1000)  
916 181212 329 672 701 822 35 907 182191 87  
171 91 424 828 55 676 908 38 183179 353 406 37  
792 184000 136 221 62 85 216 21 431 43 83 788 92  
97 803 76 800 185034 53 73 179 314 250 463 (5000)  
39 72 960 186017 618 187174 (5000) 250 391 527  
679 90 188045 290 300 7 62 408 593 655 770 189250  
66 377 480 533 688 720 (500) 48 598

190035 99 101 67 96 269 71 318 418 74 690 944  
191327 54 (5000) 466 46 527 732 874 683 192042 134  
56 224 72 327 45 67 84 (3000) 507 610 32 78 873 933  
99 192143 325 75 84 (1000) 540 194040 66 101 275  
99 61 759 948 195889 667 906 34 62 (3000) 196003  
177 333 550 86 639 (5000) 845 923 197125 290 333 62  
832 198082 (5000) 517 56 796 (5000) 830 947 54 199065  
(1000) 94 171 212 29 314 463 (5000) 65 565 710 859 95  
209090 16 50 60 139 89 267 326 (5000) 629 77 732 936  
210106 358 440 72 504 26 (5000) 76 617 25 26 906  
211005 559 722 41 804 212093 (1000) 133 293 343  
85 445 752 213983 456 821 662 86 (1000) 705  
214000 110 238 72 87 320 (3000) 625 78 969 61 215115  
599 619 822 87 97 952 216200 (5000) 18 318 439 500  
771 79 21 901 88 217682 294 17 53 403 507 45 634  
(3000) 74 218039 103 93 391 436 573 76 694 813  
80 219196 378 92 681 671 90 796 873

220924 197 459 86 87 831 680 827 63 935 221102  
226 309 57 587 632 45 66 800 909 18 77 222101 (3000)  
295 281 372 425 88 572 682 78 88 735 905 223076  
248 592 871 918 224429 535 628 31 58 716 32 815  
44 44 50

Im Gewinnrabe vertheilt: 1 Gewinn zu 500 000 Mark,  
2 zu 200 000 Mark, 2 zu 150 000 Mark, 1 zu 100 000 Mark, 2 zu 75 000  
Mark, 1 zu 50 000 Mark, 5 zu 30 000 Mark, 12 zu 15 000 Mark,  
28 zu 10 000 Mark, 50 zu 5000 Mark, 794 zu 3000 Mark, 1043 zu  
1000 Mark, 1970 zu 500 Mark

### 7. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Oktober 1901, vermittels der aus dem Verlosung über 2332 987 und des betriebsfähigen Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

159 221 (5000) 75 544 633 52 892 984 (1000) 1022  
237 697 713 74 83 863 993 2373 415 99 521 682 (5000) 89  
857 907 3136 219 86 96 450 92 531 52 716 960 4110 19  
260 479 508 724 82 840 41 5030 (5000) 216 54 62 84 75  
585 (1000) 977 6009 73 175 94 270 84 473 543 608 453

Litterarische Rundschau.

Venedict Friedländer: Die vier Hauptrichtungen der modernen sozialen Bewegung. Marxistische Socialdemokratie; Anarchismus; Eugen Dührings socialitäres System; Henry Georges Neo-physiokratie. 2 Bände. Berlin 1901.

Die neue Schrift des Herrn Venedict Friedländer zeigt, daß er seit seinem ersten geräuschvollen Auftreten für Eugen Dühring wieder die Manier seiner Polemik noch auch die Art seiner Auffassung in irgend erheblicher Weise zu revidieren für nötig gefunden. Noch immer gilt ihm Eugen Dühring als die von Engels schändlich verfolgte Unschuld und als der große bahnbrechende Kopf des Socialismus, dem dieser Ruhm nur durch die Verdrehungen, Intrigen, das Totschweigen und die Kalamitäten der Marxisten vorenthalten wird.

Freilich ist Dühring für Friedländer nicht mehr der einzige sociale Prophet; neben und über Dühring steht jetzt der weiland berühmte Amerikaner Henry George mit seinen mehr als phantastischen Bodenreformplänen. Weil die Selbstkritik im socialistischen Lager gegenwärtig gewisse Seiten der Marxistischen Theorie in Frage zieht, die einst Dühring mit höchst wegwerfenden Worten bedacht hat, darum gilt unheimlich dieser Revisionismus als eine nachträgliche Rehabilitation Dührings. Die Verstein-Debatten, erklärt er, sind eigentlich — Dühring-Debatten! Die Engels-Lug-Trug- und Schmähschrift gegen Eugen Dühring war der „offenbarliche moralische Bankrott“ der Partei. Sie häusert bei Friedländer als die böse That, die fortwährend Böses muß gebären, sozusagen als eine Art biblische Erbblende. „Es ist insofern das persönlich schlechte Streichen (!) jenes Mitbegründers des Marxismus der ganze Socialismus auf einen toten Punkt geraten (!). Denn wenn irgend etwas an der Stagnation und der offenkundigen Gefährlichkeit der Socialökonomie in wahren Tagen schuld ist, so ist es die Engelsche Schmähschrift (!), und zwar nicht wegen der darin sich enthaltenden Irrthümer, sondern wegen der darin sich offenbarenden Unheilbarkeit (!).“

Die erregte Phantasie des Herrn Friedländer wittert einen teuflischen Plan, Dühring, nachdem man sich einmal so furchtbar gegen seine Größe vergangen, aus der Welt, wenigstens aus der socialistischen Welt, herauszuschmeißen. Darum konnte Vernunft seine Quelle (d. h. Dühring) nicht gut ansetzen; es lag da jenes Hemmnis im Wege, das die Engelsche Schmähschrift heißt... Er konnte die Sache nicht beim rechten Namen nennen, da er alsdann sofort nicht halb, sondern ganz totgeschlagen worden wäre. Und nicht nur der große Dühring, sondern der noch größere Henry George, obwohl dieser den endgültig wahren Weg zur Lösung der socialen Frage aufgefunden hat, wird in der Partei systematisch totgeschwiegen. Der Marx-Engelsche Scholasticismus zittert eben vor überlegener Macht dieser Geister!

Daß Herr Friedländer mit seiner Iomischen Legendenbildung einigen Erfolg über die engsten Kreise der Dühringianer hinaus haben sollte, ist schwerlich anzunehmen. Die Schmähdungen und Verleumdungen, mit denen beide Bände bis zum Rand gefüllt sind — das oben Citierte ist nur eine ganz winzige Probe — dürften auch dem sonst vertrauensvollsten und sachkundigsten Leser ein heilames Misstrauen gegen die Phantasie des Autors einflößen. Immerhin ist es — damit nicht bei nächster Gelegenheit Herr Friedländer mit seinen Totschweigen von neuem auf die Bühne tritt — ein öffentliches Zerküßungsgeschehen seines Buches hier sehr wohl am Platze. Wir wollen, was er als positive Leistungen seinem verehrten Dühring und verehrten George nachschaut, die Leistungen, vor deren Glanz sich der Marxismus verdecken muß, dem Urtheile der Leser unterbreiten. Es ist das die einfachste Methode, um zugleich über das ökonomisch-theoretische Urteilsvermögen und die Kompetenz des Herrn Friedländer selbst in Sachen des Socialismus sich anschaulich zu unterrichten.

Die „Darstellung“ und „Kritik“ des Marxismus, die in dem ersten Bande des Buches gegeben wird, ist — abzüglich der hier wie überall eingespreizten Schimpereien — bei weitem nicht in gleichem Maße specifiisch charakteristisch für Herrn Friedländer. Er selbst weist in der Vorrede ausdrücklich darauf hin, daß er in diesem (ebenso wie in dem dem Anarchismus behandelnden) Abschnitt von Andrej Kropotkin wiederhole und daß er „nur betreffs der Formulierung und einiger spezieller Gedankenwendungen hier und da einige Originalität“ in Anspruch nehmen könne. Daß die Marxistische Werttheorie, daß die Formulierung der Marxistischen Geschichtsauffassung, daß endlich auch die Perspektive, die Marx der weltlichen gesellschaftlichen Entwicklung stellt, so großartig genial und fruchtbar alle diese Konzeptionen sind, der Kritik bedürfen, ist ohne weiteres zuzugestehen und wird principiell wohl auch von den theoretischen Gegnern Vernunft in der Partei nicht bestritten. Aber Kritik und Kritik ist ein Unterschied. Was man vom Kritiker, wenn er des Namens würdig sein soll, — in erster Reihe verlangen muß, ist, daß er Wille und Fähigkeit beweise, den Gedankengängen, gegen die er seine Polemik richtet, wirklich nachzugehen. Er muß sich bis zu dem geistigen Niveau der zu kritisierenden Theorie heraufgearbeitet haben und die Probleme, auf welche dieselbe Antwort geben will, überhaupt verstehen. Eine nähere Beleuchtung der Friedländerischen Kritik von diesem Standpunkt aus, müßte hier, sollte darüber nicht der zweite, wie gesagt, charakteristischere Teil des Friedländerischen Buches zu kurz kommen, in Rücksicht auf den Raum des Blattes unterbleiben.

Dies nur eine kurz andeutende Stichprobe! Friedländer kann sich in Zweifel gegen die Marxistische Ableitung des Warenwertes aus der Arbeitszeit nicht genug thun. Nun ist richtig, — und Marx selbst hat das in äußerst origineller Weise nachgewiesen —, daß die von der Konkurrenz normierten Preisgrenzen der Waren von diesem Arbeitswert nicht nur zeitweilig, sondern dauernd abweichen müssen. Man kann sagen: dann hätte die Bestimmung des Wertes durch die Arbeitszeit von vornherein nicht als „Wertgesetz“, sondern nur als vorläufige, durch die Beobachtung der wirklichen Preisbildung weiterhin in bestimmter Weise zu korrigierende „Werthypothese“ formuliert werden sollen. Jedenfalls hätte eine solche Hypothese dann auch insofern die Logik für sich, als sie die Preisgröße — wenigstens provisorisch — in Beziehung zu einem selbst quantitativ bestimmbar Moment, nämlich den in den Waren enthaltenen Arbeitsgrößen, setzt. Die weitere Aufgabe ist, zu untersuchen, inwieweit die Konkurrenz bis in gewisser Hinsicht auf die Verwirklichung dieser Regel hinwirkt, andererseits Abweichungen von ihr erzeugt. Friedländer hat von dieser, dem wirklichen Problem nachgehenden Kritik keine Ahnung. Er korrigiert die Logik, die in dem Bestreben, von einer gewissen quantitativ fixierten Maßbestimmung auszugehen, sich dokumentiert, einfach dadurch, daß er, nach Carens Vorgang, Arbeit und Seltenheit zusammen addirt und dieses unaussprechliche Begriffsmonster unter dem schönen Titel des „Verhältnungsverhältnisses“ als Maß und Bestimmungsgrund der Werte proklamiert! Wie tief er mit einem

„Qualifizierte“ Arbeit ist Arbeit, bei der außer dem unmittelbaren Arbeitszeitaufwand die bei der Erlernung der qualifizierten Handlungen vorausgehende Arbeitszeit mit in Betracht kommt. Und in diesem Sinne ist die Arbeitszeit, was weder Dühring noch Friedländer bei ihrer Marxistik einzusehen vermögen, auf Quanten „einfacher Arbeit“ reducierbar. Der aus diesem Qualitätsunterschiede der Arbeit abgeleitete Einfluß Friedländer gegen die Komensurabilität der Arbeitsmengen ist also haltlos.

solchen Zusammenwerfen absolut heterogener Momente unter das Marxistische Gedankeniveau herabstößt, davon fehlt ihm jede Vorstellung.

Was man von der Friedländerischen, durch den Ertrag neuerer Schriften bereicherten, Marxistik sagen muß, gilt doppelt, ja dreifach und zehnfach von der Dühringischen. Auch da wo sie schwache Stellen der Marxistischen Theorie angreift, bleibt sie ungleichmäßig hinter dem Niveau des Gegners zurück. Ein wenig verblüfft durch das mächtige Getöse, mit welchem Friedländer die kritischen Heldenthaten Dührings anpreist, habe ich, gern bereit, die Einrede einer früheren Besprechung zu korrigieren, nochmals das Original, Dührings „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus“ vorgenommen. Ich empfehle jedem, dem das Friedländerische Buch in die Hand fällt, ein gleiches zu thun und die Friedländerische Kritik der Dühringischen Marx-Kritik mit der jämmerlichen Wirklichkeit derselben zu vergleichen. Friedländer bringt, wo es ihm paßt, Seiten und Seiten Dühring-Citate. Warum citirt er nicht im Vorwort, was Dühring an sachlichen Erwägungen gegen Marx vorbringt? So allein könnte sich doch der Leser ein Urtheil bilden, was es mit der Leistung Dührings auf diesem Gebiete für eine Bewandnis hat. Es wäre ein arger Kontrast gewesen, das magere, klapperdürre Citatenhäuflein, das sich da zusammenbringen läßt, und die üppig rollenden Redoumontaden, mit denen Friedländer den Tiefpunkt der Dühring-Kritik feiert!

Nun zu dem Positiven, zu dem zweiten Bande! Stimmungsvoll hebt er mit einigen Vorkautelen zu Ehren Eugen Dührings und Henry Georges an, deren Systeme die „reiffsten Ausprägungen“ seien, welche die socialen Weltanschauungen bisher gefunden hätten. Sie geben den Weg an; den das sociale Denken und die sociale Praxis in der Zukunft einzuschlagen haben wird. Das soll in erster Reihe für Henry George, dann aber auch für Dühring gelten. Und diese zurechtstufende Resonanz verfolgt den Leser dann in immer neuen Formen, mit unermüdlichem Eifer den ganzen Band hindurch.

Damit vergleiche man, was der Verfasser als positive Leistungen dieser beiden Geisteshelden ins Feld zu führen hat. Drei Nummern hat Friedländer für Dühring in Bereitschaft. Erstens ist, wie man bereits aus dem ersten Bande weiß, Dühring der lähmende Vernichter des Marxismus sowie des Staatskommunismus im Allgemeinen. Sodann aber, um auf das Positive zu kommen, ist er durch sein socialitäres System — „der Beförderer der geistreichsten aller existierenden Utopien“ geworden, und endlich präsentiert er sich uns als — „Koalitions-theoretiker par excellence“.

Mit solchen Kleinigkeiten, wie mit der Frage, welcherlei Entwicklungstendenzen die kapitalistische Produktionsweise etwa aus sich heraus erzeuge und in welcherlei Beziehung die moderne Arbeiterbewegung, ihrer Taktik und ihren Zielen nach, zu jenen Tendenzen steht, hat sich ein Geist, wie derjenige Dührings, nicht abzuplügen nötig gehabt. Der Marxist „Pseudo-Historismus“ legt tief unter ihm. Dühring — und daß wir es nicht vergessen, auch dies ist nach der Friedländerischen Darstellung eine gar gewaltige Größe! — holt seine schöpferischen Direktiven vielmehr aus den Tiefen des sog. Naturrechts. Wenn, daß er der Menschheit Anweisungen giebt, wie sich dieselbe im Rahmen der Gerechtigkeit und Freiheit einzurichten haben wird!

In der ersten Periode seiner socialen Schriftstellerarbeit fand Eugen Dühring, wie uns Friedländer erzählt, in dem arbeitslosen Einkommen oder der „Besitzrente“ als solcher noch nichts anzusehen. Diese Rente sollte nur vertheilt und zwar zu Gunsten der Arbeitseinkommen vertheilt werden. Als Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles erscheinen die Arbeiterkoalitionen. Aufeinander ist es diese in der That etwas abstrakte Einsicht, daß durch gewerkschaftliche Organisationen die Löhne gehoben, also auch die Besitzrente vertheilt werden kann und soll, was Dühring seinen lehrgeheimten Ehrenmitgliedern des „Koalitions-theoretikers par excellence“ bei Herrn Friedländer eingetragenen hat. Wenigstens wachen wir bestimmte Angaben, durch welche nähere theoretische Gewerkschaftsuntersuchungen der Titel sonst etwa erworben sein mag, in der Venedict Friedländerischen Schrift vergebens. — Statt dessen hören wir, daß diese Erkenntnis der Wichtigkeit der Arbeiterkoalitionen beifolgt Lohnverhöhung, wie der Ausgangspunkt, so nach Widerlegung des „Wirtschaftskommunen-Schemas“, auch der Endpunkt der Dühringischen Socialistik war. Und Herr Friedländer muß ausdrücklich bestätigen, daß dieser Endpunkt sich von dem Anfang nur durch Hinzufigung bestimmter Unterschiede, was Dühring als „Personalismus“ bezeichnet. Dieser „Personalismus“ aber besteht, aus dem Dühringischen ins Deutsche überetzt, in nichts anderem als „in der Forderung einer allseitigen moralischen Auffassung“. Das Geständnis ist einigermaßen beschämend. Sogar Friedländer räumt ein, daß mit solchen Forderungen „zunächst wenig gewonnen ist, wenn nicht gleichzeitig gezeigt wird, was denn nun eigentlich positiv zu geschehen habe?“ Auf diese Frage aber — ich citiere wörtlich nach Friedländer — „ist vom Dühringischen Standpunkt nur eine immer erneute Betonung der Arbeiterkoalitionen und allenfalls eine Anmerkung straf- und elbitterlicher Vorschriften möglich, welche dem Streben des Arbeiters nach Lohnverhöhung im Wege stehen.“ Mit andern Worten: Herr Friedländer giebt zu, daß bei diesem Standpunkt des von ihm soeben noch zum „Koalitions-theoretiker par excellence“ ernannten Eugen Dühring das Raisonnement gerade da abbricht, wo eine Theorie der Gewerkschaften, soweit dieselbe nicht bloß historisch analysierend sein will, einzufügen hätte! Moralisch teils selbstverständlicher, teils zweifelhafter Sorte, das ist der Zuwachs, durch den das Ende sich von dem Anfang unterscheidet! Läßt sich dem geistigen Entwicklungsstadium eines Mannes, der uns als Theoretiker, oder gar der Theoretiker der Arbeiterkoalitionen aufgetreten werden soll, etwas Schlimmeres nachsagen? —

Aber vielleicht sollen wir jene großen theoretischen Leistungen des Koalitions-theoretikers darin zu suchen, daß er in seinem „socialitären System“ eine neue Art von „Arbeiterkoalitionen“ — nämlich die berühmten „Wirtschaftskommunen“ — in Funktion treten und die sociale Praxis in ebenso einfacher wie geistreicher Weise, gleichsam spielend, lösen läßt. Wobei denn freilich die beiden Hauptmittel bei näherem Zusehen zu einer einzigen, nur von dem Friedländer wohlthätig verdoppelten Hauptmittel zusammenfassen würden. — Doch sehen wir uns das System selbst, diese „geistreiche“, aber später von dem eignen Vater verworfene sociale Utopie an. Welche Vorklänge hat Dühring hier der Menschheit zu machen? Die „Besitzrente“, wie er das arbeitslose Einkommen der Kapitalbesitzer nennt, soll verschwinden; und zwar dadurch, daß die Produktionsmittel an einzelne Produktiv-Assoziationen von Arbeitern, die sogenannten „Wirtschaftskommunen“, übergeben. Diese Assoziationen arbeiten für eigene Rechnung; der Gelderlös aus dem Verkauf ihrer Produkte auf dem Markte fließt ihnen, da die Person des Privatkapitalisten bei solcher Organisation principiell ausgeschlossen ist, ungetrübt zu.

Soweit fällt das Dühringische „Wirtschaftskommunen“-Schauspiel mit den Lassalle'schen Produktiv-Assoziationen zusammen, nur daß Dühring vom Staatscredit, überhaupt von jeder Anknüpfung an die bestehenden Zustände mit echtem Vollblutradikalismus absieht. Was gegen die Lassalle'sche Idee mit Recht eingewendet worden, das wäre dann zugleich auch eine Widerlegung dieser Hochbildung. Das Neue und Geniale ist aber, daß Dühring diesen Assoziationen das Eigentum an ihren Produktionsmitteln in einem

Stemzuge zuerkennt und abspricht. Die einzelnen Arbeiterverbände sollen nämlich ein Eigentum an ihren Betriebsanlagen etc. haben, aber ein Eigentum ohne Ausschließungsrecht, ein Eigentum, das etwa genau so viel praktischen Wert repräsentiert, wie das berühmte Messer ohne Klinge, dem das Fest fehlt.

Die Absicht dabei ist leicht verständlich. Würden nämlich jene Assoziationen wirklich Eigentümer ihrer Produktionsmittel sein, so müßte sich — die Utopie einmal als Wirklichkeit angenommen — ein analoges Schauspiel wie in der kapitalistischen Welt wiederholen. Einige dieser Gesellschaften würden glänzend florieren, viele sich gerade noch durchschlagen, andre Bankrott machen. Die Angehörigen der gut florierenden Kommunen würden daher ohne besondere Arbeitsnießleistung, einfach als Grund dieser ihrer Zugehörigkeit und ihres genossenschaftlichen Eigentumsrechts ein Extra-Einkommen beziehen, das eine recht fatale Nechtheit mit der fehlenden privatkapitalistischen Besitzrente aufweise. Noch mehr, diese bevorzugten Gesellschaften wären, wenn sie ihren Betrieb ausdehnen wollten, in der Lage, fremde Arbeitskräfte, die durch den Bankrott anderer Unternehmungen arbeitslos geworden, gegen geringe Lohnzahlung einzustellen und sie — ganz nach den alten Methoden der Privatkapitalisten — auszubenten, ein Modus, der aus der Praxis der bisherigen Produktiv-Assoziationen ja genugsam bekannt ist!

Man stößt mit diesen Erwägungen eben auf jenen inneren Widerspruch, der allen Versuchen, socialistische Gleichheitspostulate mit den Voraussetzungen einer bloßen Konkurrenzwirtschaft auch nur theoretisch zu vereinigen, anhaftet. Aber Eugen Dühring, der Erfinder der „geistreichsten Utopie“ wird auch mit diesem Problem nicht entschlossen und im Handumdrehen fertig. Nicht etwa dadurch, daß er in seinem Zukunftsbild über die dähringische Konzeption einer bloßen Konkurrenzwirtschaft hinausgeht und eine von oben her einwirkende „gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und Verteilung“ postuliert — damit hätte er ja vor dem so herzhafte verklärten „Staatsrechtsthum“ des Marxismus abgedankt — sondern, indem er, ein echter Doktor ein Eisenbart der Deconomie, die schon bestehende Planlosigkeit der Konkurrenz in unbegrenzte Freiheit. Wie gesagt, die mit einander konkurrierenden Produktiv-Assoziationen sollen nur mit dem famosen Eigentum ohne Ausschließungsrecht ausgestattet werden; d. h. jede Wirtschaftskommune soll „jede sich zur Aufnahme meldende Arbeitskraft als gleichberechtigten Genossen annehmen“. Eine Beschränkung erleidet diese Pflicht nur, wenn die sich Meldenden — Juden oder nicht genügend vorbereitete Arbeitskräfte sind. In der That, die Gefahr, daß neue Arten von Besitzrente die Schönheiten des socialitären Systems verunzieren könnten, wäre so beseitigt. Denn sobald nur einige der miteinander konkurrierenden Assoziationen Unternehmungen gute Geschäfte machen und ihren Mitgliedern ein überdurchschnittliches Einkommen abwerfen, werden sofort neue Arbeitskräfte herbeizürufen und Aufnahme in die gut gehenden Betriebe verlangen. Es wäre vergebens, wenn die alten Mitglieder in solchen Betrieben sich darauf berufen, daß das Geschäft auf einen bestimmten Umfang zugeschnitten ist, daß Arbeitsräume und Werkzeuge nur für eine bestimmte Menschenzahl ausreichen, daß der Absatz der zu produzierenden Waren über ein bestimmtes Maß hinaus sich nicht von heut auf morgen würde erhöhen lassen! Alles umsonst! Sie müssen jedem, der sich meldet, um als neuer Arbeiter an den höheren Einkommen dieser Korporationen teilzunehmen, sperrangelweit die Thore öffnen. Also in allem Ernst, die Ausdehnung der einzelnen Betriebe ist in dem socialitären System nicht mehr von der die geschäftlichen Chancen zweckmäßig abwägenden Vernunft der Betriebsinhaber, sondern einfach von dem automatisch wirkenden, blinden Jubelzug fremder Arbeitskräfte abhängig, die jene Chancen der Ausdehnungsmöglichkeit weder kennen noch direkt persönlich daran interessiert sind.

Wirklich, ein ausgezeichneter Mittel zur Vertheilung der „Besitzrente“! Nur schade, daß dieses Mittel, durch welches jede lästige und planmäßige Anpassung des Betriebsumfangs an den wechselnden Umfang des Kundenbedarfs unmöglich gemacht wird, das eventuelle Extra-Einkommen oder die Besitzrente in der Weise beseitigt, daß es alle aufstrebenden Assoziationen unsehbar dem Bankrott überliefert. Der Bankrott ist in dem Dühringischen System der große Gleichmacher. Auf eine solche kindliche Gedankenlosigkeit läuft das von Friedländer mit vollen Waden als „geistreichste aller Utopien“ ausgeprägte socialitäre System hinaus.

Wer glaubt, ich hätte in der Darstellung der Dühringischen Eigentumsreform übertrieben, der wird gebeten, das dritte Kapitel im zweiten Bande des Friedländerischen Buches selbst nachzulesen.

Besonders ergötzlich wirkt es, daß Herr Friedländer diese Art genossenschaftlicher Utopie, in welcher einer Anpassung der Produktion an die Nachfrage noch unendlich mehr als in dem heutigen Kapitalismus erschwert, ja direkt unmöglich gemacht wäre, ganz nativ als diejenige Wirtschaftsform feiert, bei der Ueberproduktion und Krisen von vornherein ausgeschlossen seien! Wenn also Kaustöy in seiner Erläuterungsschrift zum Exterter Programm darauf hinweist, daß die bloße Einführung des Genossenschaftseigentums Ueberproduktion und Krisen noch keineswegs aus der Welt schafft, so dokumentiert sich darin, nach Herrn Friedländer, wieder die alte socialistische Erbblende, die böshafte Absicht, Dührings grandiose Problemlösungen totzuschweigen. Denn: „Von der Möglichkeit des Bestehens von Genossenschaften, nach Art der Dühringischen Wirtschaftskommunen, bei denen alle diese Einwände (nämlich der Hinweis auf Ueberproduktion und Krisen) hinjählig sind (!), geht er (Kaustöy) sich den Anschein, nichts zu wissen. — Das nur zur Charakteristik der Marx-Epigon.“ (S. 63.) Spottet seiner selbst, und weiß nicht wie!

Zweifelhaft bleibt übrigens, ob Friedländer, der von der Dühringischen Originalität nicht Mühmens genug machen kann und überall geheime, Dühring entnommene Plagiate herauswittert, es nicht weiß, oder sich nur „den Anschein giebt, nicht zu wissen“, daß die Idee der Errichtung von „Produktiv-Assoziationen“, in denen Gruppen von Arbeitern ihre eigenen Anwenner werden sollen“ — also die allgemeine aus den Dühringischen Wirtschaftskommunen zu Grunde liegende Idee — längst vor Dühring in dem englischen Socialismus der dreißiger und vierziger Jahre begeistert Vertreter gefunden hat. Dühring ist nur der Wiederanzwärtler dieser Idee, der sie zudem durch die Konstruktion seines Eigentums ohne Ausschließungsrecht ins ganz Abfurde umgewandelt hat. Unter andern findet sich hierüber auch in der „Geschichte des britischen Trades-Unionismus“ der beiden Webbs, die einen etwas begründeteren Anspruch als Dühring auf den Titel des „Koalitions-theoretikers par excellence“ besitzen dürften, mancherlei Interessantes. Es ist eine merkwürdige Ueberraschung, wenn man bei Dühring in seiner „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus“ die böhmische Ablanzelung Owens gelesen hat, in dem Webbs'schen Buche (S. 126) den Nachweis zu finden, daß eben dieser Owen ein gut Teil, ja das beste Teil von Dührings socialitären Ideen einfach vorweggenommen hat.

Es sieht so aus das „socialitäre System“. Herr Friedländer bleibt uns den versprochenen „geistreichsten Utopien“ genau so schuldig, wie er uns den „Koalitions-theoretiker par excellence“ schuldig blieb. Aber was bleibt dann als große, wegweisende positive Leistung Dührings auf dem socialen Gebiete noch übrig? Etwa sein Antisemitismus? —

Was Friedländer an seinem Heros Döhning, vor allem auch an dem großartigen socialitären System desselben, anzusehen hat, ist, daß er keinen principielle Unterschied zwischen Kapital — damit meint der Verfasser: durch Arbeit erzeugte Produktionsmittel — und Grund und Boden machte. Eine solche Nichtunterscheidung verleiht nämlich gegen das — „Naturrecht“ der Herren Henry George und Friedländer. Danach hat nämlich der Producent ein unbeschränktes Eigentum über sein Produkt, und darf dasselbe auch vermieten, woraus mit einigen annütigen Springen dann weiterhin das Recht des industriellen Kapitalisten auf Zins und Profit gefolgert wird. Hingegen ist der Boden kein — Produkt; also, da es keinen Produzenten des Bodens giebt, giebt es von Rechts wegen auch keinen Eigentümer desselben, und daher keinen an Private zu zahlenden Bodenpreis und Bodenpachtzins. Alles Geld kommt daher, daß man diesen inneren Unterschied nicht hat beachten wollen. Stünde, wie es sein sollte, die Natur allen gleichmäßig offen, so könnten — immer nach Herrn Friedländer — die Arbeiter das Kapital, dessen sie bedürfen, selbst erzeugen (!), und mit der Aufhebung des Bodenmonopols würden dann auch die Grundlagen einer auf Kapitalbesitz gestützten Ausbeutung mit innerer Notwendigkeit zusammenbrechen.

Die Henry-Georgische Utopie, auf welche diese Ausführungen losfeuern, wird in dem letzten Teil des Buches mit ermüdender Breite und Nüchternheit auseinandergesetzt. George, dieser in einem ungläubigen Dogmatismus verirrte Amerikaner, steht auf der Friedländer'schen Rangliste socialer Verhülltheiten noch über Döhning, er ist geradezu der „Oekonom der Zukunft“, ein neuer „Adam Smith“ und häußerhoch über die „Morgische Scholastik“ erhaben. Dieser grandiose Denker lüftet nun alle Schäden der Gesellschaft thatsächlich nach einem noch einfacheren Rezept als Eugen Döhning: Man beherrsche das oben skizzierte „Naturrecht“ und befreie das private Eigentum an Grund und Boden; alsdann wird das System der kapitalistischen Konkurrenz sich ganz von selbst mit eitel Harmonie und Gerechtigkeit erfüllen, ja auch der Emancipation der Arbeiterklasse steht dann nichts mehr im Wege.

Wie soll man aber nun das private Grundeigentum speciell das Grundrenten-Einkommen aus der Welt schaffen? Der Staat, wird man sagen, soll den Boden den Grundbesitzern ablaufen, und dann ihn an kapitalkräftige Bewerber verpachten. Die Pachtsumme, die der Staat so Jahr für Jahr erheilt, läme aber dann nicht ihm und den arbeitenden Massen zu Gute, sondern würde völlig oder zum weitaus größten Teile dazu verwandt werden müssen, um die Zinsforderungen aus der zum Zweck der Bodenexpropriation kontrahierten Staatsschuld zu decken.

Und die Schranken, durch welche die Arbeiter von der Ausnutzung der Bodenschätze früher getrennt waren, bleiben — das ist

klar — dann gleichfalls unverändert bestehen. Der Staat verlangt genau so Zahlung, wie der frühere Privatgrundbesitzer. Der Boden bliebe daher ebenso wie die übrigen Produktionsmittel ein Monopol der Zahlungskräftigen. Das ist schließlich auch Henry George klar. Darum verlangt er — das „Naturrecht“ muß wieder einmal zur Begründung herbeiführen — die unentgeltliche Konfiskation des Bodens oder, was auf einen ähnlichen Effekt hinausläuft, wenigstens eine Grundsteuer, durch welche alles aus dem Bodeneigentum geflossene (oder ziehbare) Grundrenten-Einkommen der Eigentümer an die Staatskasse abgeführt wird. Es ist das seine bekannte Forderung der single tax. — Alle andren Steuern sollen in Fortfall kommen.

Eine wahrhaft glänzende „Naturrechts“-Leistung! Die Steuern sollen sich nicht mehr nach der Größe der Einkommen, direkt oder progressiv, richten, sondern ganz unabhängig von der pekuniären Leistungsfähigkeit der Bürger, nur einen bestimmten Teil derselben und auch den nicht nach Maßgabe seines Einkommens, sondern seines Grundrenten-Einkommens treffen! Und das im Namen der Gerechtigkeit! Aber welche ein Unterschied besteht denn zwischen den heutigen Besitzern der Produktionsmittel und den heutigen Besitzern von Grund und Boden? Haben diese nicht ihre Grundstücke durch ebenso legitimen Kauf, wie die Industriellen ihre Produktionsmittel erworben? Oder war der Kauf jener etwa darum nicht legitim, und muß darum gerechterweise durch Wegnahme des Ertrages bestraft werden, weil vor hundert oder tausend Jahren der betreffende Boden aller Georgischen Naturrechts-Philosophie entgegen in Privateigentum übergegangen und bis auf den heutigen Tag mit dieser Erbsünde belastet ist? — Darum soll heute der Kaufmann und Bankier frei ausgehen, während alles, was irgend wie Grund und Boden in Besitz hat, also auch die Unzahl kleiner Landwirte für den Fiskus bluten muß? — Die Ungerechtigkeit der Maßregel wird durch die Sinnlosigkeit derselben noch übertrieben. Denn all die Phantasien, daß so dem Arbeiter das Land erschlossen werde, daß sich die Löhne heben müßten, lösen sich, sobald man nur ein wenig näher hinsieht, in eitel Dunst und Nebel auf. Wird etwa das Land dadurch, daß sein Grundrenten-ertrag nun nicht mehr im Kaufpreis kapitalisiert an den früheren Bodeneigentümer, sondern als jährliche Steuer an den Staat zu entrichten ist, billiger oder sonstwie den Arbeiter leichter zugänglich? Der einzige Vorteil, der bei einer solchen Besteuerung für die Arbeiter etwa herausschaut, wäre, daß der Staat ohne indirekte Besteuerung des Proletariats enorme Geldsummen einfach in Steuerform annehmereien würde, Geldsummen, die vielleicht in den Dienst einer weitwünschenden Socialreform geleistet werden könnten. Aber würde dieser sehr wünschenswerte Zweck — soweit er überhaupt realisierbar — sich nicht auf eine ungleich einfachere und gerechtere Weise, ganz ohne Henry Georges System erreichen

lassen? Nämlich durch eine gleichmäßige, energisch progressive Besteuerung aller Kapitaleinkommen gleichgültig welcher Herkunft, wie unsere socialistischen Programme es verlangen? — Und unter diesem Gesichtspunkt der Erschließung neuer Revenüquellen für ein demokratisches Gemeinwesen werden doch auf absehbare Zeit hin auch alle möglichen Verstaatlichungspläne in erster Reihe zu beurteilen sein. Konkreter kann der Staat nur in Steuerform; was er von Produktionsmitteln sich zueignet, wird er nicht einfach wegnehmen können, sondern wohl ordnungsgemäß bezahlen müssen. Wo diese entgeltlichen Expropriationen aber zu beginnen haben, ob bei dem Grund und Boden, beim städtischen oder ländlichen, ob bei Bergwerken und Fabriken, bei welcher Art derselben usw., das wird doch einzig und allein von Umständen und allerhand Zweckmäßigkeits-Erwägungen abhängen. Nichts lächerlicher, als in solchen Dingen etwa mit naturrechts-philosophischen Erwägungen a la Henry George vorzurücken.

Mit welcher Blindheit übrigens Herr Friedländer, in Haß und Liebe gleich kritiklos, sich auch in die absurdesten Ausläufer des Georgischen Systems eingelassen hat, dafür hier am Schluß nur noch ein Beispiel. Mit George behauptet er, daß die Grund-urjahe der immer wiederkehrenden Krisen ganz allgemein in der Spekulation in Landwerten zu suchen sei! Wenn die Geschäfte gut gehen, steigt nämlich infolge solcher Spekulationen alsbald der Preis des städtischen Landes, also auch der der Fabrikgrundstücke. Die industriellen Unternehmer müssen nunmehr also höhere Bodenpreise oder höhere Bodenmieten bezahlen, also ihre Produktionskosten erhöhen sich entsprechend, was eine Senkung der Profite herbeiführt. Infolgedessen wird die Produktion eingekürzt, was sich nach außen hin als Krise und Arbeitslosigkeit darstellt. Ein Stillstand, der erst wenn die bösen Wirkungen dieser Bougeoisierung überstanden ist, aufhören kann! — Aber wie kommt es, um nur das Nächste zu erwähnen, daß nicht etwa nur die neuen Unternehmer, die zu den gestiegenen Preisen Boden gekauft haben, oder die, deren Bodenmieten in dieser Zeit erhöht sind, sondern ganz ebenso auch die alten Fabrikanten, die zugleich Besitzer ihrer Fabrikgrundstücke sind, durch die Krise getroffen werden?! Friedländer, der die Georgische Krisentheorie als eine der „erhablichsten Entdeckungen auf dem Gebiete der (neueren) Oekonomie“ proklamiert, hat sich offenbar nicht einmal diese ebenso simple wie für Georges Entdeckung fatalen Frage vorgelegt: Gehörte, daß er die abenteuerliche Hypothese irgendwie statistisch nachgeprüft hätte. Er dekretiert eben.

Das sind die großen gewaltigen Geister, zu denen Herr Friedländer die deutsche Socialdemokratie in die Schule schicken will. Und da er den Zeiger der Zeiten doch nicht zurückdrehen kann, fällt ihm nichts andres ein, als als über die Verurteilung der Partei ein zankendes Lamento anzustimmen.

O. S.

# CARL ZOBBEL

**Berlin SO., Köpnickstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.**

Beste Herren- und Knaben-Moden der Gegenwart. Auch für sehr korpulente Figuren die reichste Auswahl. Eleganteste Massanfertigung. Werkstatt im Hause. Sehr billige aber feste Preise. Nur prima Arbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen. **Katalog gratis und franko.**

### Bettstellen, Matratzen u. Betten

**Special-Geschäft für Kinder und Erwachsene.**

**Fertige Betten:**

No. 1. Oberbett, Unterbett, 2 Kissen	12,00 Mk.
100/200, roth-rosa gestreift	12,00 Mk.
No. 2. 100/200, „grün-rosa“	12,00 Mk.
No. 3. 100/200, „grün-rosa“	12,00 Mk.
No. 4. 100/200, „grün-rosa“	12,00 Mk.
No. 5. 100/200, „grün-rosa“	12,00 Mk.

9,00, 14,—, 50,00.

**Schlafmöbel-Bazar „Baby“.**

Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr. 50,00—50,00.

Teilzahlung gestattet, bei grösseren Raten Cassapreise.

### Carl Bogen's Trauermagazin

**Brunnenstr. 16 BERLIN N. Brunnenstr. 16.**

Trauerkleid, reine Wolle	13,00 Mk. an	Hüte	1,50 Mk. an
Bluse	3,50 Mk.	Damenjackets	5,00 Mk.
Kostümrock	3,00 Mk.	Capes	3,00 Mk.

**Schwarze Kleiderstoffe** . . . . . 50 Pf. an.

Sämtliche hierzu gehörigen Artikel sind bis zu den feinsten Qualitäten vorrätig. (2019L)

Ferner offeriere mein reichhaltiges Lager in fertigen Kleidern, Blusen und Konfektion für Damen u. Kinder zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.

Bitte die Auslagen in meinen Schaufenstern zu beachten.

### Elektrotechnik und Maschinenbau.

**II. Kursus eröffnet**

29. Oktober, abends 8 Uhr.

6 Mark monatlich.

Kunstdarstellungen nach schleunigst SW. Alte Jakobstr. 124.

Prospekt kostenlos.

**Zu kaufen gesucht:** 20250\*

### Protokolle

der Socialisten-Kongresse:

Mai 1872, Coburg 1874, Gotha 1875, 1876, 1877, Witten 1880, Aachen 1883 und andere ältere socialistische Bänder und Zeitschriften.

S. Calvary & Co., Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

### Grösstes Lager Deutschlands von Spiel-Waaren.

Verkaufsräume: 62 Fenster 16 Schaufenster

Front meines Hauses.

Besichtigung hochinteressant, auch Nichtkäufern gern gestattet!

**Nur Spielwaaren — kein Bazar!**

## Bernhard Keilich,

Grosse Hamburger Strasse 22-23.

Eckhaus Oranienburger-Strasse, beim Hackeschen Markt. Bahnhof Börse. (2011L)

### Grösstes Möbel-Kaufhaus

für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf

## !!Credit!!

bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten

Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000

und mehr auf Teilzahlung

## Central-Möbel-Halle

S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinerstr.

Bitte die 7 grossen Schaufenster zu beachten

### R. Schrödter,

Frankfurter Allee 197, bis ans Ende vom Bahnhof, im Hause der Badeanstalt.

empfeilt reichhaltiges Lager zu sehr billigen Preisen in Herren-Unterbekleidung (Hemd und Hemdkleid), unzerstörbar und nicht einlaufend, harte Qualität ca. 2 Mk. p. St. — Herbst-Neuheiten in Krautwägen und Dorschmägen.

Große Auswahl in Handarbeiten auf Kameos, Leinen, Filz etc., in Kreuz, sowohl wie in Stilk.

### Gesundheit ist Reichtum!

## Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.

Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 2431L\*

### Bad Frankfurt | Ritter-Bad

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder

täglich für Damen und Herren.

### Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Andreasstr. 23.

II. Geschäft: Brunnenstr. 95

III. Geschäft: Dönhofsstr. 67.

IV. Geschäft: Leibnizstr. 54, 55

V. Geschäft: Stralauerstr. 19

Pappwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle.

**Kinderwagen, Grösstes Lager**

**Kinderbettstellen. Berlins.** (2044L)

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Specialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren aus und ist meine Konkurrenz gornicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

# Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstr.

40 Verkaufsräume. Grösstes Institut seiner Art in Berlin. 40 Verkaufsräume.

Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Herbst- und Winter-Paletots und -Anzügen von Mk. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge, Kammyarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge. Herren-Schlafrocke, Joppen, Pelerinen-Mäntel. Alles fabelhaft billig. Ein Posten Teppiche, Herren- und Damen-Stiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Winter-Saison zum Verkauf gestellt und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden.

Bitte genau auf Hausnummer 72 zu achten.

Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die bürgerliche Frauenbewegung

sprach am Montag, den 21. Oktober, Frau Jeppler im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sie führte etwa folgendes aus:

Das Wort „Bürgerliche Frauenbewegung“, wie wir es für die Gesamtheit der öffentlich thätigen Frauen anzuwenden pflegen, bezeichnet heute durchaus nicht mehr eine durch eine gleichartige Anschauungsweise verbundene Gruppe von Frauen oder gar eine bestimmte Partei mit festen politischen und wirtschaftlichen Zielen. Im Gegenteil finde man unter den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung eine wahre Musterkarte der verschiedensten Ueberzeugungen und Persönlichkeiten. In politischer und wirtschaftlicher Hinsicht kennzeichnen die bürgerlichen Frauen völlige Zerfahrenheit und Ziellosigkeit. Wie müssen uns fragen: Ist dies stets so gewesen oder liegt etwa eine besondere, innere Ursache vor, die dieses Verhalten der Frauenrechlerinnen im heutigen öffentlichen Leben aus der geschichtlichen Entwicklung der Frauenbewegung heraus erklärt und deshalb notwendig erscheinen läßt?

Im Beginn der Emancipationsbewegung hatte diese allerdings eine gewisse historische Aufgabe zu erfüllen. Diese lag darin, daß die Frauen sich gerade in bürgerlichen Kreisen, wo der Raum im Gegensatz zum Proletariat seit dem vorigen Jahrhundert vollste soziale und geistige Freiheit genoss, am klarsten der tiefen Abhängigkeit und Unfreiheit bewußt werden konnten, die das Weib in geschlechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung niederhielt. Die Reaktion gegen diese Abhängigkeit äußerte sich deshalb in der Bourgeoisie zuerst und zwar naturgemäß in der Form der Auflehnung gegen die geschlechtliche Sklaverei, in der Form des Kampfes der Frau gegen den Mann. Diese Auffassung beherrschte damals die Emancipationsbewegung und war die Grundlage der geistigen Verbindung unter den kämpfenden Frauen.

Aber durch die sozialistische Gesellschaftskritik, die anfang die Welt zu bewegen, trat die Betrachtung der Frauenfrage bald in ein andres Stadium. Durch diese Kritik wurde das weit tiefere Elend der Proletarierinnen der Welt enthüllt, die Not der weiblichen Arbeiterklasse, der Heimarbeiterin, die tiefe Erniedrigung des Weibes in der Prostituierten usw. Man mußte erkennen, daß die geistige und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne, von der die bürgerliche Frauenbewegung alles Heil erhoffte, die soziale Knechtschaft des Weibes durchaus noch nicht aufheben könne, daß vielmehr die Wurzel des Übels weit tiefer zu suchen sei. Der Glaube an die Notwendigkeit des Kampfes der Frau gegen die Vorrechte des Mannes begann damit auch unter den Bürgerlichen langsam zu wanken, um so mehr, als inzwischen die dringlichsten Forderungen der Frauenrechlerin, die Eröffnung aller Bildungsanstalten und manches andre, bereits erobert worden war. Damit war aber zugleich das verbindende Grundprinzip unter den Frauenrechlerinnen, die Grundlage ihrer ganzen sozialen Anschauungen gefallen. Für die weitere Eröberung wirtschaftlicher Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht trat nun die Socialdemokratie mit ihrer starken sozialen Macht ein; dagegen begannen in der Reihen der bürgerlichen Frauen viele sich von ihrem früheren Arbeitsfelde abzuwenden und sich in mehr oder weniger modernem Sinne mit weiteren sozialen Problemen der Arbeiterinnen — der Prostitutionsfrage usw. zu beschäftigen. Diese Frauen bilden den radikalsten Teil der Frauenbewegung, der im Verband fortschrittlicher Frauenvereine organisiert ist, zum Teil auf einem wirtschaftlich moderneren Standpunkte steht, aber dafür wie die ganze heutige Frauenbewegung irgend einer einheitlichen, politischen oder geistigen Anschauungsweise völlig ermangelnd.

Diese geistige Verbindungslosigkeit unter den einzelnen Führerinnen trat auf dem letzten Verbandstag des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine scharf zu Tage, wie die Referentin nun an der Hand einiger der dort gehaltenen Vorträge nachzuweisen suchte.

Fraulein Lüders behandelte dort die Arbeiterinnenfrage und zwar in durchaus umfassender und durcheinstreuer Weise. Mit diesem Vortrag ständefraulein Lüders ganz auf dem Boden der modernsten Gewerkschaftsbewegung; der Zusammenhang ihrer Anschauungen mit dem frauenrechlerischen Weltbegriff sei ein ganz äußerlicher, wie denn die Thätigkeitsfelder ja eben auf einem ganz andern Gebiete liege. In starkem Gegensatz zu der Anschauungsweise dieser Vortragenden und dem sozialen Geist, der aus ihren Worten sprach, habe ein Referat von Frau Dr. Stöcker über „die gemeinsame Erziehung der Geschlechter“ gestanden, das zwar seinem positiven Inhalt nach nicht weiter ansprechbar war, aber die erste und für jeden social Denkenden notwendigste Forderung auf dem Gebiete des modernen Schulwesens, die Einheitschule, die auch den Kindern der Besitzlosen eine menschengemäße und gründliche Vorbildung sichere, ganz unermöhnt gelassen habe.

Endlich geistete Frau Jeppler noch in scharfer Weise die politische Unreife und den Mangel an klarer Auffassung, der in dem Vortrag des Frau Dr. Angspurg über „Die politische Erziehung der Frau“ zum Ausdruck gekommen sei. Fraulein Angspurg wie in der Diskussion auch Fraulein Pappig habe zwar von den Frauen gefordert, daß sie sich in den Fragen des politischen und öffentlichen Lebens eigene Ueberzeugungen bilden und daß sie bald in einen energischen Kampf um die Eröberung des politischen Wahlrechts für das weibliche Geschlecht eintreten sollten, — aber beide Damen verworfen für die Frauen ausdrücklich den Interessenstandpunkt der Parteien im politischen Leben. Die Referentin wies dagegen in eingehender Weise nach, daß eine Abstimmung oder ein Urteil in politischen oder wirtschaftlichen Fragen ohne Parteibildung, und — so lange es überhaupt Klassen in der Gesellschaft gäbe — auch ohne einen Klassen- und Interessenstandpunkt völlig unmöglich wäre.

Die bürgerliche Frauenbewegung erweise sich also in jeder Hinsicht in ihren Zielen und Anschauungen als unklar und zerfahren. Eine stärkere und einheitlichere Entwicklung derselben sei auch thatsächlich heute schon deshalb ausgeschlossen, weil aus der Bourgeoisie heraus gar keine nennenswerte Erfolgshaft mehr hinter den Führerinnen stehen könne. Die wohl versorgten Frauen hätten in ihrer Gemeinsamkeit nicht das mindeste Interesse an der Eröberung wirtschaftlicher Freiheiten für das weibliche Geschlecht; die ziemlich zahlreichen Schichten der um ihre Existenz kämpfenden bürgerlichen Mädchen dagegen — die Handlungsgehilfinnen, Lehrerinnen, kleinen Beamtinnen usw. — seien ihrer ganzen Klassenlage und social abhängigen Stellung nach nichts weiter als Proletarierinnen, die allerdings heute noch ein gewisses bürgerliches Standesbewußtsein an der Erkenntnis ihrer Lage hindere, in deren Reihen aber diese Erkenntnis schließlich immer mehr eindringen und sie damit endlich als eine Untergruppe in die großen wirtschaftlichen Klassenkampfe unserer Zeit einreihen müsse.

Dem Vortrag folgte eine äußerst lebhaft und angeregte Diskussion. Frau Dr. Stöcker erwidert: Sie habe von der Festhaltenheit und Ziellosigkeit der bürgerlichen Frauenbewegung, von der die Referentin sprach, nie etwas bemerkt; der Verband fortschrittlicher Frauenvereine wäre sich in seinen Anschauungen völlig einig; doch erklärte Frau Lüders im einzelnen durchaus nicht, worin diese Einigkeit nun eigentlich bestände. Sie erklärte nur in Bezug auf Fraulein Dr. Stöcker's Vortrag, daß die Forderung der Einheitschule, wenn sie auch nicht im Vortrag selbst zum Ausdruck kam, doch in das Programm des Verbandes mit aufgenommen sei. Frau Dr. Angspurg's Auffassung verteidigte sie ebenfalls. Sie erklärte, daß sie selbst sowohl wie die ihr nahestehenden Frauen sich heute schon deshalb noch für keine der bestehenden Parteien erklären könnten, weil sie an allen sehr viel auszusagen hätten. Vorläufig habe der Anschluß

an eine bestimmte Partei für die Frauen ja auch noch gar keine praktische Bedeutung. In Bezug auf ihren eignen Vortrag, an dem ja die Referentin nichts auszusagen gehabt habe, betonte Fraulein Lüders: sie verdanke die Möglichkeit ihrer Mitarbeit im socialen Leben gerade der Erziehung aus den Reihen der bürgerlichen Frauen.

Frau Lüth Braun trat der Referentin insofern entgegen, als sie im Gegensatz zu ihr die Ansicht aussprach, es sei durchaus nicht zu vermuten, daß die bürgerliche Frauenbewegung sobald völlig ihren Einfluß in der Öffentlichkeit verliere. Man unterschätze unter den Socialistinnen überhaupt sehr stark die Gefahr, die darin liegen könne, daß die bürgerlichen Einflüsse sowohl auf bisher noch neutrale Kreise, wie die Handlungsgehilfinnen, als auch möglicherweise auf die weibliche Arbeiterklasse selbst gewinnen könnten, sobald sie sich an der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit beteiligten. Wir sehen am Beispiele Englands, zu welcher Stärke sich der Einfluß der bürgerlichen Frauen selbst auf die politischen Wahlen entwickeln könne.

Frau J. H. er meinte im Gegensatz zu Frau Braun ebenfalls, es sei bei uns in Deutschland kein Boden für eine weitere starke Entwicklung der bürgerlichen Frauenbewegung vorhanden. Auch die Mitwirkung einzelner bürgerlicher Frauen in rein gewerkschaftlicher Thätigkeit halte sie so lange für durchaus unerschädlich, ja sogar für erzieherisch für die betreffenden Persönlichkeiten, so lange dieselben voll und ganz auf dem Boden der neutralen Gewerkschaftsbewegung stehen bleiben. Die Handlungsgehilfinnen würden im Laufe der Zeit durch die Zulassung der wirtschaftlichen Verhältnisse schon von selbst mehr und mehr dazu gedrängt werden, reine Kampforganisationen gegen das Unternehmertum zu bilden und sich damit von dem Einfluß der bürgerlichen Loszulösen, die in dem „Hilfsverein für weibliche Handlungsgehilfinnen“ heute allerdings unter diesen nur ein falsches Standesbewußtsein pflegen. Darauf erwiderte ein Mitglied dieses Vereins, Frau Gaue, pflege dort das Standesbewußtsein nur, insofern sie die Mädchen zur Forderung ausreichender Löhne erziehe. Frau Wehl, die den Hilfsverein und seine Thätigkeit persönlich sehr genau kennt, charakterisierte dagegen in sehr scharfen Worten die Leitung des Vereins, die viel mehr die Interessen der Unternehmer, als die der Angestellten zu wahren wisse.

In Schlußwort wandte sich Frau Jeppler hauptsächlich gegen die Entgegnung von Frau Lüders. Es sei allerdings bisher stets Gebrauch gewesen, wichtige Forderungen, die im Programm eines Vereins vertreten werden, bei einem an so öffentlicher Stelle gehaltenen Vortrag über das betreffende Thema auch deutlich zum Ausdruck zu bringen. Es sei überhaupt sehr zu bedauern, daß uns Fraulein Lüders von der Einigkeit und dem Zielbewußtsein, das ihrer Anschauung nach im Verband fortschrittlicher Frauenvereine herrsche, nicht dadurch überzeugt habe, daß sie uns diese Ziele und Anschauungen in klaren Worten darlegte. Auch die durch Fraulein Angspurg vertretene Stellung der bürgerlichen Frauen im politischen Leben habe Fraulein Lüders durchaus nicht verständlicher erscheinen lassen. Wenn die Damen, wie sie sagte, an sämtlichen bestehenden Parteien sehr viel auszusagen hätten, dann müßten sie eben ihre politischen Anschauungen, die nach Fraulein Lüders ja vorhanden wären, in dem Programm einer eigenen Partei zum Ausdruck bringen; sonst bleibe es nach wie vor ganz unklar, auf welche Art sie sich dem politisch verhältigen wollten.

Der Kongreß der Hebammen Dänemarks hat den Hebammenverein von Kopenhagen beauftragt, im nächsten Jahr einen Kongreß einzuberufen, der sich mit der Gründung eines Centralverbandes befassen soll. Gegenwärtig sind die dänischen Hebammen in vielen Städten und Kreisen lokalorganisiert. Für Organisationszwecke sollen die lokalen Organisationen vorläufig 25 Dore pro Mitglied zur Gründung eines gemeinsamen Fonds zahlen.

Versammlungen.

Die selbständigen Barbier und Friseur der Schönhauser Vorstadt hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Starbaum über „Die allgemeine wirtschaftliche Lage und unsere Preisermäßigung“ sprach. An der Hand einer von der „Freien Vereinigung“ im Jahre 1897 aufgenommenen Statistik zeigte er, daß 80 Proz. der Selbständigen nur durch sehr thätigkeitsreiches Mitwirken ihrer Frauen ihre Existenz aufrecht erhalten können. Schon aus diesem Grunde war eine Preisermäßigung nötig, zumal seit dem Jahre 1873 keine Aufbesserung der Preise stattfand, während die Weizen, die Lebensmittel und alle für den Geschäftsbetrieb nötigen Artikel erheblich teurer bezahlt werden müssen. Nun kam der Streik der Gehilfen, welche ihre gerechtfertigten Löhne mit Hilfe der Arbeiterklasse durchsetzten. Alles dieses, so schwerwiegend es auch ist, ist im Verhältnis zu den sanitären Vorarbeiten, welche wir sicher bekommen, ganz minimal. Wie tief einschneidend diese Bestimmungen sein werden, das mag der eine Umstand zeigen, daß die vier Vorsitzenden der Berliner Corporationen des Hieren zu dem Herrn Vorsitzenden Dr. Granier entboten wurden. In einer dieser Konferenzen sagte der Herr Sanitätsrat: Die Wäsche, meine Herren, die räumen wir gründlich, aber sehr gründlich aus. Erfordert werden für jedesmal Kasserer eine ungedrachte Serviette und Handtuch. Auf die Vorstellungen der Vorsitzenden, wie viel denn nun eigentlich für die Arbeitsleistungen der Barbier genommen werden soll, meinte Herr Dr. Granier: Ja, das ist der Gebühr gleich, wir verlangen von Ihnen, verlangen Sie doch von Publikum. — Wenn man nun sieht, mit welchen erbärmlichen Mitteln die Schmutzkonkurrenz arbeitet, und das mit allen möglichen Vorspiegelungen, wie „Lohn bewilligt“, obgleich gar kein Gehälte beschäftigt wird, da möchte man schier verzweifeln, wenn man nicht wüßte, daß der größte Teil der Bevölkerung auf der Seite der unabhängigen Geschäftsinhaber steht. Nach einer regen Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die selbständigen Barbier und Friseur der Schönhauser Vorstadt erklären, daß sie dauernd nicht mehr im Stande sind, die durch die Lohnbewegung der Gehilfen mit Hilfe der Arbeiterklasse erreichten Löhne zu zahlen, wenn ein erheblicher Teil dieser gerade zu denen sich wendet, die von Anfang an die ganze Lohnermäßigung durch Preisunterbietung zu verhindern suchen. — Die Versammelten erklären, daß sie ohne allgemeine Durchführung der Preisermäßigung nicht mehr existenzfähig sind.

Ein Fortschreiten zu den alten Preisen würde ein Derabdrücken der Löhne nach unter die vor dem Streik gezahlten Löhne unabweisbar zu Folge haben. Die Versammelten erwarten deshalb von den Einwohnern Berlins, daß sie kein Geschäft aufsuchen, welches die erhöhten Preise: Rasieren 15 Pf., Haarschneiden 35 Pf., nicht ausreicht.

Eine Protestresolution gegen den Zolltarif nahm die hiesige Ortsverwaltung des Portefeuille-Verbands am 22. d. M. nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Rosenow an. Die Resolution lautet: „Die Portefeuille- und Lederwaren-Arbeiter Berlin erheben energisch Protest gegen die geplanten Zölle, namentlich die auf Leder, Seide und insbesondere gegen die Lebensmittelzölle.“

Die Freie Vereinigung der Cilliberschnitzer Berlins nahm in gut besuchter Versammlung am 22. d. M. Stellung zum Kongreß der Freien Musikervereinigungen Deutschlands, der am 12. und 13. n. M. im Berliner Gewerkschaftshaus stattfindet. Einstimmig einverstanden war die Veranlassung mit der Gründung des Centralverbandes. Als Delegierte wurden die Kollegen G. Schoner, Lieh, Kummer und Jergang gewählt und den Kollegen Blausch, Rehl, Hase und Bräutigam die Funktionen eines Empfangscomitees

übertragen. Die Wahl Schoner's zum 1. Vorsitzenden wurde gütlich erklärt und Kollege Jergang als Delegierter zur Gewerkschaftskommission gewählt. Der Kassendbericht für das 3. Quartal ergab: Einnahme 308,20 M., Ausgabe 295,92 M., bleibt Bestand inkl. Rest 482,53 M. Der Geschäftsbericht des Arbeitsvermittlers pro Halbjahr April—September ergab, daß 80 Aufnahmestellen mit 349 Kollegen bei einem Gesamtlohn von 2718,50 M. erledigt worden sind. Der bisherige Arbeitsvermittler Kollege P. a. c. h. o. l. wurde für das laufende Halbjahr wiedergewählt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Der Schriftführer der Zastelle Nixdorf erwidert auf das Eingekamte des Genossen Kuriosky, daß in der Versammlung der sritische Beschluß mit 50 gegen 10 Stimmen bei einigen Stimmhaltungen gefaßt ist. Nixthin war der Schriftführer berechtigt, von einer großen Majorität zu sprechen, die den Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Kuriosky stellte.

Friedrichsfelde. In der Generalversammlung des „Socialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde und Umgebung“ wurde der Geschäfts- und Kassendbericht erstattet. Daraus ist zu entnehmen, daß im letzten Halbjahr vier Versammlungen und sechs Vorstandssitzungen stattfanden. Der Kassendbericht ergab eine Einnahme von 89,71 M. und eine Ausgabe von 25,15 M., so daß ein Bestand von 64,56 M. verbleibt. Dem Vorstände wurde einstimmig Decharge erteilt. Gewählt wurden die Genossen Gronwald zum 1., Kaga zum 2. Vorsitzenden; Niebe zum 1., Schubert zum 2. Schriftführer; Danke zum Kassierer; als Beisitzer die Genossen Binjeler und Thrafski. In die Lokalkommission wurden die Genossen Niebe, Brum und Bengel, in die Rechnungscommission Brum delegiert. Zu Revisoren wurden die Genossen Thrafski und Bengel bestimmt, als Delegierte zur Kreisconferenz wurden Niebe und Bengel gewählt. Der Bericht des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 127,23 M. und eine Ausgabe von 105,80 M., bleibt ein Bestand von 21,43 M. Es fanden sechs öffentliche Versammlungen statt, fünf in Friedrichsfelde und eine in Karlsruh. Genosse Binjeler wurde einstimmig zum Vertrauensmann wiedergewählt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur nächsten Gemeindevertreter-Wahl?“ wurde nach kurzem Bericht des Vorsitzenden Genossen Binjeler und Diskussion eine Kommission von drei Mitgliedern mit den Vorarbeiten betraut.

Allgemeine Familien-Tierde-Kasse. Heute Sonntag: Adress. 128 bei Diete und Marianne, 48 bei Reichenberg 3-6 Uhr.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (G. G. M.), Verwaltungsstelle Berlin I. Sonntag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 3. Tagesordnung: I. Kassendbericht pro III. Quartal. 2. Bericht über die Angelegenheit A. Red. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Verschiedene Kassangelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert. Zutritt ohne Beitrag.

Für die in Alt-Plätzerien und Wochenschriften beschäftigten Personen von großer Wichtigkeit ist eine Versammlung, die am Dienstag, abends in der Oranien-Friedrichsstraße am Rindgäßchen stattfindet. Es soll dort die Stellung genommen werden zu den bevorstehenden Delegiertenwahlen für die Orts-Veranstaltung der Wochenschriften, insbesondere auch gegen den Beschluß des Vorstandes, nach welchem vom Sonnabend, den 28. Oktober an, alle in Alt-Plätzerien und Wochenschriften beschäftigten Personen Mitglieder von der Kasse ausgeschlossen und trotz langjähriger Beitragszahlung im Falle eintretender Krankheit hilfs- und mittellos gemacht sind. Deshalb müssen auch diese Kolleginnen alle erscheinen und werden die Herren Plätzerbesitzer die bei ihnen beschäftigten Plätzerinnen auf die Bedeutung dieser Versammlung ganz besonders aufmerksam machen.

Schriften-Eingang.

Der Kampf um Arbeit! von Dr. Klaus Buchmann, Gabelberg, Stuttgart 1901, Verlag Deubald (Rudolf Wiedel), (Preis 1 M.). Kritische Kritik über Chamberlains Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Rindmann 1901. (H. Brudmann.) Preis 0,80 M. Die Mecklenburgische Verfassung. Ein Beitrag zur Geschichte des Junkertums. Von Joseph Herold. I. Teil. Mit zum landesgrundgesetzlichen Erbsvergleich. Preis 20 Pf. Rostock. Buchhandlung der Mecklenburgischen Volkszeitung.

Witterungsbericht vom 26. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecasts for various stations including Berlin, Hamburg, and other locations, listing temperature and wind conditions.

Wetter-Vorhersage für Sonntag, den 27. Oktober 1901. Mild, jedoch vorherrschend wolkig bei schwachen südwestlichen Winden, teils erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Advertisement for Roh-Tabak (Raw Tobacco) and other products, including contact information for Max Jacoby, Heinrich Franck, and August Polack, along with a notice from Dr. med. Schaper.



# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. **BERLIN.** Frankfurter Allee 89.

## Ausnahme-Preise für Damen-Putz,

soweit der Vorrath reicht:



**Toek aus Chenillenstoff**  
und Sammt-Platte mit Flitter und Schnallen garnirt  
**Mk. 5.25**



**Echter Sammt-Toek**  
mit voller Schleifengarnitur und Reiber  
**Mk. 4.75**



**Amazone mit voller Schleife,**  
Schnalle und Posen  
**Mk. 1.75**

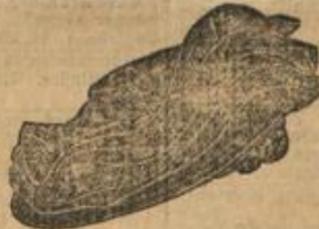
**Ungarnirte Hüte**  
Mk. 0.65, 0.98, 1.20, 1.88.  
**Kinder-Capotten**  
in Tuch, Plüsch  
Mk. 0.80, 1.20, 1.50, 2.25.



**Kinder-Hut**  
mit rosa Kurbelei und Schnur garnirt.  
**Mk. 1.20**



**Kinder-Hut**  
mit abgesteppter Rosette.  
**Mk. 1.75**



**Caplin,**  
prima, mit Tafet, Pose und Schnallen garnirt.  
**Mk. 6.75**

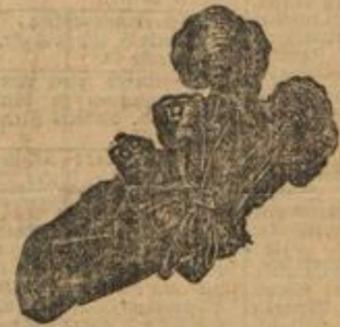


**Engl. garnirter Hut**  
mit Pose und Schnalle.  
**Mk. 1.25**

**Homespun** ungarnirt, prima Qualität, hervorragend billig.  
**Mk. 2.10.**



**Echter Sammt-Toek**  
mit langer Schlappo  
**Mk. 3.45**



**Schwarzer Sammt-Toek**  
mit Strausstedern und Chenillenborte  
**Mk. 5.25**



**Ganz weiche Amazone**  
mit voller Schleißen-Garnitur und Schnalle  
**Mk. 3.75**

**Posen, Fantasies, Vögel, Straussfedern,**  
grösste Auswahl,  
**enorm billig.**

## Neu aufgenommen: Herren- u. Knaben-Filzhüte

Prima Wollfilz-Hüte, weich u. steif Mk. 1.75, 2.25-2.75 Engl. Haar-Hüte, weich und steif Mk. 4.90 u. 5.90

**Seiden-Hüte, Cylindre 4.50, 10.00**

Man verlange Rabatt - Marken.

Sonnabend bis 10 Uhr geöffnet.

